Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Wirtschaft im Wandel

1/2011

26.01.2011, 17. Jahrgang

Oliver Holtemöller
Editorial

Andrea Gauselmann, Jutta Günther, Björn Jindra, Philipp Marek
Aktuelle Trends: Auswärtige Investoren in Ostdeutschland blicken zuversichtlich in das Jahr 2011 (S. 3)

Udo Ludwig, Lutz Schneider, Alexander Kubis
Aktuelle Trends: Wirtschaftswachstum beeinflusst Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland (S. 4)

Wilfried Ehrenfeld
Internationale Klimapolitik: Warten auf Durban – ein Kommentar (S. 5)

Arbeitskreis Konjunktur
Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland geht weiter – Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa unter Reformdruck

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt steigt im Jahr 2011 preisbereinigt voraussichtlich um 2,3%; für 2012 wird eine Wachstumsrate in Höhe von 1,7% erwartet. Der Aufschwung könnte jedoch durch die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum gefährdet werden. (S. 6)

Kristina van Deuverden, Rolf Scheufele
Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen – Eine Vorausschau der Jahre 2011 bis 2015

Anhaltend hohes Wirtschaftswachstum, zunehmend getragen von der Binnennachfrage, und eine günstige Arbeitsmarktentwicklung führen mittelfristig zu Haushaltsüberschüssen. (S. 33)

Christoph Hornych, Martin T. W. Rosenfeld, Albrecht Kauffmann, Martin Mühlberg
Was bringen Vernetzung und Kooperation für die lokale Wirtschaftsentwicklung? Bericht über eine Tagung am IWH

Einer der Schwerpunkte des dritten „Halle Forum on Urban Economic Growth“ war das Konzept der Metropolregionen als Rahmen für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Kommunen. (S. 50)

Brigitte Loose
IWH-Bauumfrage im Dezember 2010: Stimmung im Hochbau und Tiefbau trübt sich ein (S. 57)

Editorial

Angesichts der guten Lage der deutschen Wirtschaft werden zurzeit zwei Fragen rege diskutiert: Wie viel vom Aufschwung kommt bei den Menschen an? Und: Inwieweit kann die Wirtschaftspolitik die Lorbeeren für das unerwartet schnelle Wiedererstarken der Wirtschaft nach der großen Krise für sich beanspruchen? Die kurzen Antworten lauten: Ja, die meisten Menschen in Deutschland profitieren vom Aufschwung. Und: Dass es so schnell wieder bergauf ging, hat zwar auch etwas mit der wirtschaftspolitischen Reaktion auf die Krise zu tun, ist aber vor allem der weltwirtschaftlichen Dynamik zuzuschreiben.

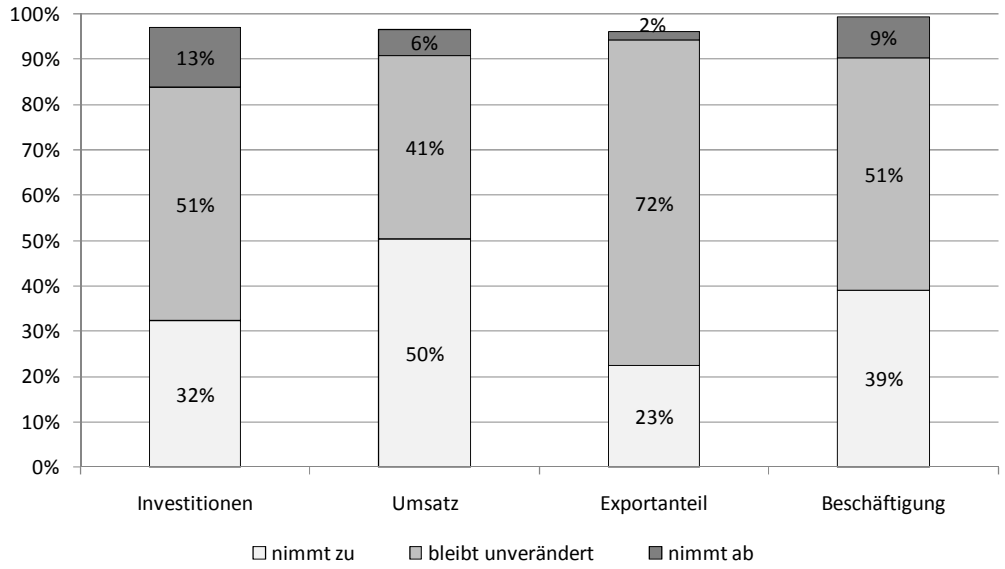
In Deutschland sind im Jahr 2010 etwa 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind um 2,7% gestiegen, nachdem sie im Krisenjahr 2009 um 1% gefallen waren. Die Arbeitslosenquote ist mit rund 7% jetzt sogar niedriger als vor der Finanzkrise. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen haben bundesweit mit 13,6% zugelegt; im Jahr 2009 waren sie um 12,6% zurückgegangen. Die gute Lage wird nach und nach auch bei den Löhnen ankommen – auch inflationsbereinigt. Weil die Anzahl der Beschäftigten und die Löhne steigen, werden das verfügbare Einkommen und damit auch die Binnennachfrage weiter zunehmen, obwohl staatliche Abgaben (beispielsweise Beiträge zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung) erhöht werden.

Welchen Anteil hat die Wirtschaftspolitik am Aufschwung? Die Maßnahmen zur unmittelbaren Krisenbekämpfung wie etwa die Garantie für Bankeinlagen, die Gründung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung und – bei aller Kritik im Detail – auch die expansive Finanzpolitik haben geholfen, den krisenhaften Absturz der Wirtschaft zu bremsen. In Deutschland war es aber vor allem die wegbrechende Nachfrage aus dem Ausland, die auf die Produktion durchschlug. Mit der schnellen Erholung des Welthandels kamen deutsche Exporte rasch wieder in Schwung. Dass der Arbeitsmarkt in Deutschland im Zuge der Krise nicht eingebrochen ist, darf mit als Verdienst der Wirtschaftspolitik angesehen werden. Es sei aber daran erinnert, dass Arbeitsmarktflexibilisierung und die Regelungen zur Kurzarbeit nicht von der aktuellen Bundesregierung, sondern von früheren Koalitionen beschlossen wurden. Der aktuellen Regierung kommt vor allem die Aufgabe zu, die Haushaltspolitik weiter auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auszurichten – auch um sich auf die kommenden demographischen Veränderungen vorzubereiten. Mindestens ebenso wichtig ist es, dass die deutsche Wirtschaftspolitik auf eine Verbesserung von Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa drängt: Kapitalanleger müssen die Risiken ihrer Anlagen selbst tragen, auch dann, wenn sie in Euro-Staatsanleihen investiert haben. Werden Risiken regelmäßig auf den Steuerzahler bzw. die solideren Länder in der Europäischen Union überwälzt, wird der Aufschwung langfristig verpuffen und gesellschafts- und sozialpolitischer Sprengstoff ausgelegt.

Oliver Holtemöller,
Leiter der Abteilung Makroökonomik

Auswärtige Investoren in Ostdeutschland blicken zuversichtlich in das Jahr 2011[a]

- Häufigkeiten der Angaben in %*-



* Rest zu 100%: Unternehmen ohne Angabe.

Quellen: IWH-FDI-Mikrodatenbank (Erhebungswelle 2010); Berechnungen und Darstellung des IWH.

Seit dem Jahr 2007 führt das IWH regelmäßig Befragungen auswärtiger Investoren in Ostdeutschland durch. In der Zeit von September bis Oktober 2010 hat das IWH 614 Tochtergesellschaften ausländischer und westdeutscher multinationaler Investoren mit Sitz in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) zu ihren Erwartungen für das Geschäftsjahr 2011 befragt. Die Gruppe der befragten Unternehmen umfasst das Produzierende Gewerbe und ausgewählte Bereiche des Dienstleistungssektors.[b] Diese Unternehmen haben in der ostdeutschen Wirtschaft ein erhebliches Gewicht. So arbeitet beispielsweise jeder vierte Arbeitsnehmer im Verarbeitenden Gewerbe in einem Unternehmen mit auswärtigem Investor.

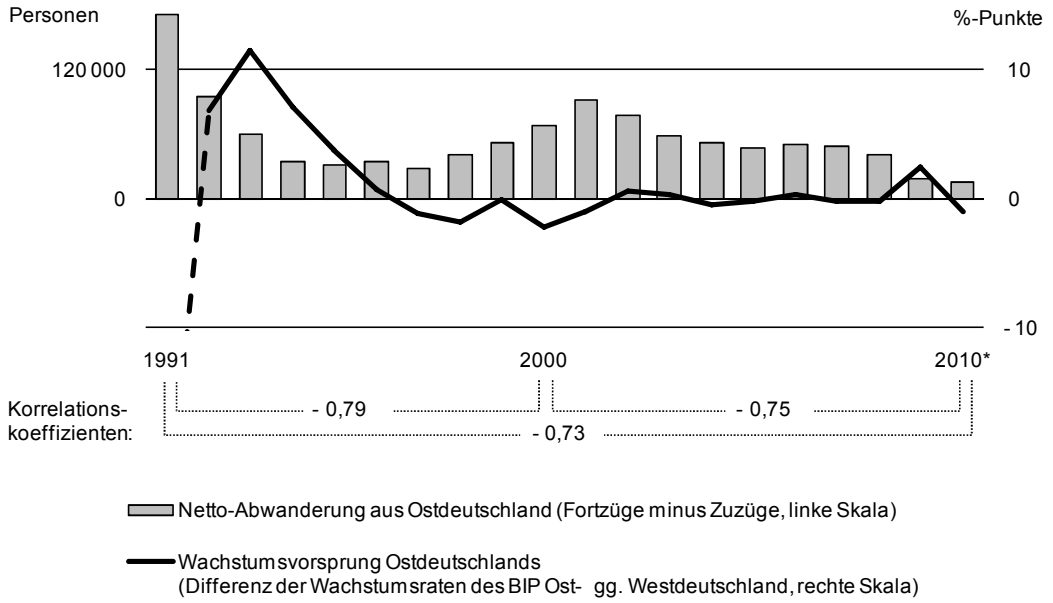
Die Auswertungen zeigen, dass nur ein kleiner Anteil der befragten Unternehmen für das Jahr 2011 einen Rückgang bei den Investitionen, dem Umsatz, den Exporten und der Beschäftigung erwartet. Besonders optimistisch sind die Erwartungen hinsichtlich des Umsatzes. Hier rechnen 50% der befragten Unternehmen mit einer Zunahme und 41% mit einer stabilen (unveränderten) Entwicklung. Bei der Beschäftigung gehen 39% der befragten Unternehmen von einer Ausweitung und 51% von einer unveränderten Entwicklung aus. Eine Zunahme der Investitionen wird von 32% der Unternehmen erwartet. Etwas anders gestaltet sich das Bild bezüglich der Exporte. Nur 23% der befragten Unternehmen rechnen mit einer Zunahme ihres Exportanteils im Jahr 2011, während ein großer Anteil (72%) von einer unveränderten Situation ausgeht. Hier macht sich die an der Erstellung von Vorleistungen orientierte Struktur des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes bemerkbar. Unterschiede zwischen ausländischen und westdeutschen multinationalen Unternehmen sind nicht erkennbar.

Andrea Gauselmann (Andrea.Gauselmann@iwh-halle.de),
Jutta Günther (Jutta.Guenther@iwh-halle.de), Björn Jindra (Bjoern.Jindra@iwh-halle.de),
Philipp Marek (Philipp.Marek@iwh-halle.de)

[a] Die Befunde stehen im Einklang mit der gegenwärtig positiven Stimmung in der gesamten ostdeutschen Industrie und dem ostdeutschen Baugewerbe. Vgl. *Lang, C.:* IWH-Industrieumfrage im September 2010: Geschäfte florieren – Stimmung steigt weiter, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (10), 2010, 505 f, und *Loose, B.:* Ostdeutsches Baugewerbe im Oktober 2010: Geschäftslage erreicht Rekordstand, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (11), 2010, 538 f. – [b] Nähere Informationen siehe online unter www.iwh-halle.de, Daten und Analysen, IWH-FDI-Mikrodatenbank.

Wirtschaftswachstum beeinflusst Wanderungssaldo zwischen Ost- und Westdeutschland

- Abwanderung und wirtschaftliches Wachstumsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland -



* Prognosewerte für 2010 auf Basis der Entwicklung im ersten Halbjahr. Korrelationskoeffizienten zwischen Wachstumsdifferenz im angezeigten Jahr und Wanderungssaldo des Folgejahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis VGR der Länder; Berechnungen des IWH.

Die „Maueröffnung“ vor 21 Jahren und der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft begründeten zu Beginn der deutschen Vereinigung eine Welle der Übersiedlung von Ost- nach Westdeutschland, die in den Jahren 1989 bis 1991 Massencharakter annahm.

Nach dem Neustart der Wirtschaft in Ostdeutschland unter marktwirtschaftlichen Verhältnissen ebbte die Abwanderung bei vergleichsweise stabiler Zuwanderung deutlich ab. Die wirtschaftliche Aktivität stieg von einem niedrigen Niveau ausgehend kräftig und übertraf die des Westens deutlich an Dynamik. Erst als die ostdeutsche Wirtschaft ihren Wachstumsvorsprung gegenüber dem Westen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verlor, nahm die Abwanderung wieder sichtlich zu. Die Aussichten auf eine durchgreifende und anhaltende Verbesserung der Einkommens- und Arbeitsplatzverhältnisse hatten sich eingetrübt, und der wirtschaftliche Aufholprozess geriet ins Stocken. Bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 verharrte die Abwanderung auf einem doppelt so hohen Niveau wie in den wirtschaftlichen Aufholjahren Mitte der 1990er.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Jahr 2009 die ostdeutsche Wirtschaft nicht ganz so kräftig traf wie die westdeutsche, verringerte sich auch die Abwanderungsneigung. Allerdings halbierte sich 20 Jahre nach dem starken Geburtenknick in Ostdeutschland auch das Abwanderungspotenzial zahlenmäßig. Die Suche nach gut ausgebildeten Fachkräften trug ein Übriges zur gesunkenen Abwanderungsneigung bei. Diese Tatsachen legen die Vermutung nahe, dass sich die wirtschaftlich prosperierenden Gebiete in Ostdeutschland von Auswanderungs- in Zuwanderungsregionen wandeln. Um eine qualifizierte Zuwanderung zu attrahieren, muss jedoch das Arbeitsplatzangebot attraktiv genug sein.

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),
Lutz Schneider (Lutz.Schneider@iwh-halle.de),
Alexander Kubis (Alexander.Kubis@iwh-halle.de)

Kommentar: Internationale Klimapolitik: Warten auf Durban

Vom 29. November bis zum 10. Dezember 2010 fand im mexikanischen Cancún die jüngste Klimakonferenz statt. Genau wie die Konferenz in Kopenhagen ein Jahr zuvor sollte diese Konferenz in letzter Konsequenz dazu dienen, ein Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll zu beschließen und damit eine internationale Vereinbarung zur Reduktion des globalen Ausstoßes von Treibhausgasen. Im Gegensatz zur Konferenz in Kopenhagen fiel das öffentliche Interesse nun allerdings deutlich geringer aus. Das mag an den großen Erwartungen an die letzte Konferenz gelegen haben, die anschließend nicht erfüllt wurden und politisch auch gar nicht erfüllt werden konnten – zu unterschiedlich waren die Auffassungen, politischen Ausgangslagen und auch die Absichten der Teilnehmer.* Schmerzlich auch die Erfahrung Europas, dass sein politisches Gewicht international trotz aller Bemühungen doch sehr gering ist. Und da sich die teilnehmenden Staaten in Dänemark nur darauf einigen konnten, das so genannte „Zwei-Grad-Ziel" zur Kenntnis zu nehmen (ohne konkrete Zielvorgaben), wagte kaum jemand große Erwartungen an die Konferenz in Cancún zu stellen.

Vielleicht lag es aber auch an der „Climategate"-Affäre, obgleich sie inhaltlich gesehen eigentlich belanglos war. Die Anschuldigungen, Wissenschaftler hätten Daten manipuliert, konnten bislang nicht bestätigt werden. Über die rechtliche Verfolgung der „Raubkopierer" war nach der Affäre auffällig wenig zu hören. Der Imageschaden für die Klimaforschung war und ist allerdings beträchtlich. Die später im Jahr aufgedeckten Fehlprognosen über das Abschmelzen der Himalaja-Gletscher im vierten Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC taten ein Übriges. Infolge dieser Vorfälle schien die Stimmung in der Öffentlichkeit zu kippen. Auf den wissenschaftlichen Fortschritt, die tatsächlichen Auswirkungen menschlichen Handelns auf das Klima zu untersuchen, hatte die öffentliche Diskussion in dieser Form jedenfalls keinen förderlichen Effekt.

Nun also die Klimakonferenz in Cancún. Die Ausgangslage gestaltete sich – wie gerade erläutert – problematisch. Nach dem Fahrplan soll spätestens im Dezember 2011 im südafrikanischen Durban eine neue, verbindliche Vereinbarung als Nachfolgeabkommen für das Ende 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll beschlossen werden. In Cancún verlagerte sich nun jedoch die Diskussion von großen, gemeinschaftlichen Zielen – wie Einsparzielen für Treibhausgase – hin zu kleineren Zwischenzielen – wie dem Erhalt der Regenwälder und der damit verbundenen Frage, ob die Wälder in ein Emissionshandelssystem einbezogen werden sollen. Und so bestand das Ergebnis der Konferenz auch dieses Mal hauptsächlich im nicht rechtsverbindlichen Bekenntnis zu dem abstrakten Ziel, dass die Erde sich um nicht mehr als zwei Grad erwärmen dürfe und dass hierzu „große Einschnitte" im Ausstoß von Treibhausgasen nötig seien.

Ob bis zum Auslaufen des Kyoto-Protokolls Ende 2012 überhaupt noch ein rechtlich verbindliches internationales Nachfolgeabkommen beschlossen wird, ist nach wie vor keineswegs sicher. Und selbst wenn das Kyoto-Protokoll nach Durban inhaltsgleich fortgeführt werden sollte, hätte China weiterhin keine bindenden Ziele zur Senkung seines Treibhausgas-Ausstoßes zu erfüllen. Das Gleiche wäre der Fall für die USA, die das Kyoto-Protokoll nie ratifiziert haben. Ein international verbindliches Abkommen ohne die beiden weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen kann jedoch nicht effektiv sein. Aktuell scheint der Trend eher in Richtung unilateraler Absichtserklärungen zu gehen. Über den tatsächlichen Wert dieser Willenserklärungen kann heute jedoch nur spekuliert werden. Die zentralen Fragen waren, sind und bleiben: Wer muss wie viel einsparen? Und: Wer muss wie viel bezahlen? Die Zukunft der internationalen Klimapolitik steht und fällt deshalb mit der Konferenz in Durban.

Langfristig gesehen führt die Knappheit fossiler Energieträger und die Erwartung steigender Energiepreise wohl auch ohne bindendes internationales Abkommen zu einem sinkenden Anteil fossiler Brennstoffe an der Energieversorgung. Was bleibt, ist das *Risiko*, durch weiterhin steigende Treibhausgas-Emissionen irreversible Veränderungen des Weltklimas auszulösen, deren Folgen heute nicht abzuschätzen sind.

Wilfried Ehrenfeld
(Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)

---

* Siehe hierzu *Ehrenfeld, W.:* Kopenhagen und die Folgen – die Zukunft internationaler Klimapolitik, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (1), 2010, 3, sowie *Ehrenfeld, W.:* Nach Kyoto: Internationale Klimapolitik vor ökonomischen Herausforderungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (12), 2009, 506-515.

IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, S. 6-32

Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland geht weiter – Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa unter Reformdruck*

Arbeitskreis Konjunktur**

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt steigt im Jahr 2010 preisbereinigt um 3,7%. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich der Aufschwung in den beiden kommenden Jahren fortsetzen wird und das reale Bruttoinlandsprodukt 2011 um 2,3% und 2012 um 1,7% zulegt. Damit gelingt es der deutschen Wirtschaft, den Aufholprozess nach der weltweiten Finanzkrise als Startrampe für den Aufschwung zu nutzen. Käme es jedoch zu einer weiteren Zuspitzung der europäischen Schulden- und Vertrauenskrise oder wegen der äußerst expansiven Wirtschaftspolitik in den USA zu einem Verlust des Vertrauens in den US-Dollar, würde dies die konjunkturellen Erwartungen erheblich dämpfen. Entscheidend ist jetzt, dass die europäische Wirtschaftspolitik Krisenprävention und Krisenmanagement nachhaltig verbessert.

Die weltwirtschaftliche Erholung setzt sich fort. Die Produktion stieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bis in den Herbst 2010 hinein weiter, in den USA sogar wieder etwas beschleunigt. Auch in der Europäischen Union nahm die Produktion deutlich zu – trotz der irischen Krise und umfangreicher Sparpakete in Großbritannien und Spanien. In den meisten Schwellenländern bemühte sich die Wirtschaftspolitik schon das ganze Jahr über, eine Überhitzung zu verhindern, ohne die vielfach hohe Wachstumsdynamik zu beschädigen. Auch deswegen hat sich der Aufschwung insbesondere in Asien seit dem Frühjahr verlangsamt. Für die Wachstumszentren China und Indien sprechen aber Stimmungsindikatoren wieder für ein Anziehen der Konjunktur im Winterhalbjahr. Davon dürften die Nachbarländer, etwa die zuletzt wieder schwächelnde Konjunktur in Japan, profitieren.

In Deutschland hat sich nach dem kräftigen Anstieg der Produktion im zweiten Quartal 2010 die konjunkturelle Dynamik etwas verlangsamt. Die Bruttowertschöpfung legte allerdings auch im dritten Quartal noch um 0,6% zu – eine Rate, die fast dem Doppelten des langjährigen Durchschnitts entspricht. Vieles spricht dafür, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird; gängige Indikatoren deuten auf eine Wachstumsrate von 0,7% im vierten Quartal 2010 hin. Somit wird 2010 die jahresdurchschnittliche Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes 3,7% (Ostdeutschland 2,7%) betragen. Für das Jahr 2011 erwartet das IWH eine Wachstumsrate von 2,3% (Ostdeutschland 1,8%) und für 2012 von 1,7% (Ostdeutschland 1,7%). Dabei liefert die inländische Verwendung einen größeren Wachstumsbeitrag als der Außenhandel. Zwar werden auch in Zukunft die deutschen Exporte weiterhin kräftig zulegen können, aber der private Konsum und die Investitionen haben mittlerweile Fahrt aufgenommen und werden den Aufschwung zunehmend tragen. Damit gehen auch deutlich steigende Importe einher, die den Wachstumsbeitrag des Außenhandels allmählich reduzieren werden. Auf die Konjunktur in Deutschland wirkt neben den anhaltenden Aufholkräften nach dem tiefen Einbruch im Jahr 2009 auch das sehr niedrige Zinsniveau im Euroraum stimulierend. So befindet sich etwa der Wohnungsbau im Aufwind. Auch die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt entfaltet ihre Wirkung auf den privaten Konsum. Die gute konjunkturelle Lage sorgt für eine vergleichsweise hohe Arbeitsplatzsicherheit und zusätzliche Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote wird von 7,4% (Ostdeutschland 11,9%) im Jahr 2010 auf 6,8% (11,1%) im Jahr 2011 und 6,2% (10,5%) im Jahr 2012 sinken. Die Löhne werden deutlich steigen. Diese positiven Effekte auf das verfügbare Einkommen überwiegen die von der Haushaltskonsolidierung ausgehende Dämpfung. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird 2010 noch 3,2% betragen und dürfte 2011 auf 1,9% und 2012 auf 0,7% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt sinken.

Das Basisszenario dieser Prognose ist mit einer Reihe von Risiken behaftet. Die größten Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland sind nach wie vor die Schulden- und Vertrauenskrisen einiger Länder des Euroraums und die Unsicherheit über die Entwicklung in den USA. Beide Risiken werden in dieser Prognose diskutiert. Aus der Schulden- und Vertrauenskrise in Europa ergeben sich wichtige wirtschaftspolitische Konsequenzen:

---

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 71/2010 am 16. Dezember 2010 veröffentlicht.

** Oliver Holtemöller, Hans-Ulrich Brautzsch, Kristina van Deuverden, Diemo Dietrich, Katja Drechsel, Andrej Drygalla, Makram El-Shagi, Martina Kämpfe, Tobias Knedlik, Axel Lindner, Brigitte Loose, Udo Ludwig, Rolf Scheufele, Birgit Schultz, Götz Zeddies.

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2010 bis 2012

	2010	2011	2012
	reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Private Konsumausgaben	0,5	1,4	1,5
Staatskonsum	2,0	1,0	1,0
Anlageinvestitionen	6,5	3,7	3,7
Ausrüstungen	9,9	7,0	7,0
Bauten	4,3	1,2	1,0
sonstige Anlagen	6,5	6,3	7,0
Inländische Verwendung	2,8	1,8	1,8
Exporte	14,8	7,9	6,2
Importe	14,0	7,2	6,9
Bruttoinlandsprodukt	3,7	2,3	1,7
dar.: Ostdeutschland*	2,7	1,8	1,7
Nachrichtlich: USA	2,7	2,4	3,0
Euroraum	1,7	1,5	1,7
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Arbeitsvolumen, geleistet	2,6	1,1	0,2
Tariflöhne je Stunde	1,7	1,8	2,1
Effektivlöhne je Stunde	0	1,8	2,9
Lohnstückkosten[a]	−1,0	0,9	1,4
Verbraucherpreisindex	1,1	1,6	1,6
	in 1 000 Personen		
Erwerbstätige (Inland)[b]	40 473	40 784	40 996
dar.: Ostdeutschland*	5 771	5 794	5 811
Arbeitslose[c]	3 243	2 963	2 715
dar.: Ostdeutschland*	780	725	685
	in %		
Arbeitslosenquote[d]	7,4	6,8	6,2
dar.: Ostdeutschland*	11,9	11,1	10,5
	in % zum nominalen BIP		
Finanzierungssaldo des Staates	−3,2	−1,9	−0,7

[a] Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – [b] Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen. – [c] Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – [d] Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – * Ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH (Stand: 15.12.2010).

Die Krisenprävention und das Krisenmanagement müssen reformiert werden. Zentrale Überlegung der Reform muss sein, dass in Zukunft weder private Investoren noch die öffentliche Hand auf die Übernahme finanzieller Risiken durch die Staatengemeinschaft setzen können. Ein Rettungsschirm sollte lediglich verhindern, dass ein fundamental nicht begründeter Anstieg der Risikoaufschläge die Refinanzierung so verteuert, dass Rückzahlungen dadurch erst erschwert werden. Risikoaufschläge, die auf eine nicht nachhaltige Haushaltsführung zurückgehen, sollten bestehen bleiben. Als Grundlage einer Neuregelung der europäischen Strukturen bieten sich unabhängige nationale Stresstests auf der Basis eines breiten Indikatorenmonitorings an, die zwingend veröffentlicht und auf europäischer Ebene diskutiert werden müssen. Offenbart ein solcher Stresstest übermäßige Risiken und unternimmt ein Land keine Vorkehrungen, die Risiken zu minimieren, sollte es den Anspruch auf Schutz durch den Rettungsschirm verlieren.

Zur weiteren Stabilisierung der Lage sollte auch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank beitragen, indem sie die Niedrigzinspolitik allmählich beendet. Für die deutsche Finanzpolitik bleiben weiterhin die Rückführung des krisenbedingt gestiegenen Defizits der öffentlichen Haushalte und die nachhaltige Ausrichtung der öffentlichen Finanzen auf die bevorstehenden demographischen Veränderungen von oberster Priorität.

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E60
Schlagworte: Konjunktur, Prognose, Finanzmärkte, öffentliche Finanzen, Geldpolitik, Finanzpolitik, Weltwirtschaft, Deutschland, Ostdeutschland, Arbeitsmarkt

Internationale Konjunktur

Schulden- und Vertrauenskrisen überschatten weltwirtschaftliche Erholung

Zum Jahresende 2010 hat sich die Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum noch einmal zugespitzt. Mittlerweile gefährdet sie nicht nur die Staatsfinanzen in den Problemländern, sondern auch die Stabilität des europäischen Finanzsektors und die wirtschaftliche Erholung in Europa. Dabei haben mit Griechenland und Irland bisher nur recht kleine Länder internationale Hilfe in Anspruch nehmen müssen. Jedoch bröckelt das Vertrauen auch gegenüber Portugal und (in geringerem Ausmaß) gegenüber Spanien und Italien, vor allem aber das Vertrauen in den politischen Willen der Partnerländer, immer neue Finanzhilfen zur Abwendung von Zahlungsausfällen zu mobilisieren. An den Finanzmärkten wird mittlerweile bezweifelt, ob unter

dem im Mai beschlossenen Rettungsschirm auch für große Länder wie Spanien genug Platz wäre. Weitere Unsicherheiten ergeben sich aus der Tatsache, dass der Rettungsschirm als Liquiditätshilfe und nicht als Transferinstrument gedacht ist. Aus Sicht der Finanzmärkte wäre es keine Überraschung, wenn sich in den nächsten Jahren herausstellen sollte, dass das eine oder andere Land nicht illiquide, sondern insolvent ist. So könnten sich etwa die mit den Hilfsprogrammen verbundenen Auflagen als politisch auf Dauer nicht durchsetzbar erweisen. In Irland, Griechenland und Portugal werden die öffentlichen Defizite nicht in dem Maß zurückgehen, wie es die Politik in Aussicht gestellt hat. Die Investoren preisen in die Bewertung von Staatstiteln die Möglichkeit ein, dass in einem solchen Fall private Gläubiger an einer Schulden-Restrukturierung beteiligt würden.[1]

Ein Risiko ist gegenwärtig, dass sich die Krise auf weitere Länder und europäische Banken ausweitet. Schließlich sah sich Irland zur Bitte um Finanzhilfen gezwungen, als die größeren Institute des Landes den Zugang zu den Interbankenmärkten verloren. Seitdem haben die Versicherungsprämien für Banken europaweit deutlich zugenommen. Gefährdet sind vor allem Institute in den Problemländern selbst sowie Banken, die in diesen Ländern hohe Engagements eingegangen sind.

Das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich dagegen zuletzt eher verbessert. Die Produktion erholte sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften bis in den Herbst hinein weiter, in den USA sogar wieder etwas beschleunigt, und immerhin deutlich in der Europäischen Union – trotz drastischer Sparpakete in Ländern wie Großbritannien und Spanien. In den meisten Schwellenländern bemühte sich die Wirtschaftspolitik schon das ganze Jahr 2010 über, eine Überhitzung zu verhindern, ohne die vielfach hohe Wachstumsdynamik zu beschädigen. Auch deswegen hat sich der Aufschwung insbesondere in Asien seit dem Frühjahr 2010 verlangsamt. Für die Wachstumszentren China und Indien sprechen aber Stimmungsindikatoren wieder für ein Anziehen der Konjunktur im Winterhalbjahr. Davon dürften die Nachbarländer, etwa die zuletzt wieder schwächelnde Konjunktur in Japan, profitieren. Alles in allem stehen die Chancen gut, dass der Welthandel Anfang 2011, nach einer Verlangsamung im zweiten Halbjahr 2010, wieder Fahrt aufnimmt (vgl. Kasten 1).

Kasten 1:
Weltwirtschaftliche Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro liegt in den Jahren 2011 und 2012 bei 1,34.
- Die Europäische Zentralbank erhöht im vierten Quartal 2011 den maßgeblichen Leitzins auf 1,25%. Ende 2012 liegt der Zins bei 2%.
- Der Welthandel steigt im Jahr 2011 um 6,7% und im Jahr 2012 um 7%.
- Der Ölpreis (Brent) liegt im Jahr 2011 im Schnitt bei 88 und im Jahr 2012 bei 90 US-Dollar pro Barrel.

Die überwiegend günstigen Konjunkturdaten haben wohl dazu beigetragen, dass seit dem Sommer Aktienkurse und Rohstoffpreise weltweit gestiegen sind. Auffallend ist aber auch, dass der Aufwärtstrend unmittelbar nach der Ankündigung einer neuen Runde des Ankaufs längerfristiger Staatstitel *(quantitative easing)* durch die US-Zentralbank Ende August 2010 einsetzte.[2] Seit diesem Zeitpunkt sank auch der Außenwert des US-Dollars. Auf die Dollarschwäche reagierten die Währungsbehörden einiger Schwellenländer, aber auch die japanische Notenbank, mit Devisenmarktinterventionen, um die Aufwertung ihrer Währungen zu dämpfen. Seit Anfang November 2010 senkt die Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise den Außenwert des Euro auch gegenüber dem US-Dollar.

Im Jahr 2011 wird die Geldpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften außerordentlich expansiv bleiben. Sie sieht sich zum fortgesetzten Einsatz unkonventioneller Mittel, sei es zum Aufkauf von Staatstiteln, sei es zu unbegrenzter Liquiditätsbereitstellung zu sehr niedrigen Zinsen, schon

[1] Ein solcher Verdacht wurde auch Ende November 2010 durch die Erklärung der Regierungschefs der Euroraum-Länder zur Reform des Rettungsschirms nicht entkräftet. Dort heißt es, dass eine private Beteiligung im Fall einer Umstrukturierung erst nach Mitte 2013 infrage komme. Die Formulierung schließt nicht aus, dass zu diesem Zeitpunkt auch Schuldtitel, die schon gegenwärtig im Umlauf sind, von einer Restrukturierung betroffen sein würden, (vgl. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118050.pdf).

[2] Die Maßnahme wurde durch den Zentralbankpräsidenten *Bernanke* am 27. August 2010 auf der Jahreskonferenz der Federal Reserve Bank of Kansas City in Jackson Hole angekündigt. Der Beschluss im Zentralbankrat wurde am 3. November 2010 gefasst.

aufgrund der vielfach prekären Lage der öffentlichen Haushalte genötigt. Was als Krise der Banken und des Immobiliensektors begann, hat sich nach und nach zu einer Krise der Staatsfinanzen gewandelt. Der Prozess ist freilich unterschiedlich weit gediehen: Während in den USA nach wie vor die Probleme der Immobilienfinanzierung einem kräftigen Aufschwung im Weg stehen, hat sich die Häuserbranche in Großbritannien – zumindest vorerst – wieder gefangen; dort schlägt aber die Finanzpolitik einen drastischen Konsolidierungskurs ein. Problematisch ist die Lage in Ländern wie Irland und Spanien, wo Immobilien- und Konsolidierungskrise zugleich durchgestanden werden müssen. Die schwache Nachfrage aus den kriselnden Volkswirtschaften dämpft die Konjunktur auch dort, wo die Wirtschafts- und Finanzkrise weniger tiefe Spuren hinterlassen hat, etwa in Deutschland und Frankreich. In diesen Ländern wird aber die expansive Wirkung der Geldpolitik für eine verhaltene Fortsetzung des Aufschwungs sorgen. Ähnliches gilt für die meisten Schwellenländer: Zwar dürften die dortigen Zentralbanken die geldpolitischen Zügel weiter vorsichtig anziehen, denn der Inflationsdruck hat sich zuletzt vielfach erhöht. Trotzdem werden die Zinsen, gemessen an den vielerorts hohen Trendwachstumsraten, wohl niedrig bleiben. Auch ist der Bedarf an Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zumeist begrenzt. Die Wachstumsdynamik dürfte in Asien und in Lateinamerika auch im Jahr 2011 hoch bleiben.

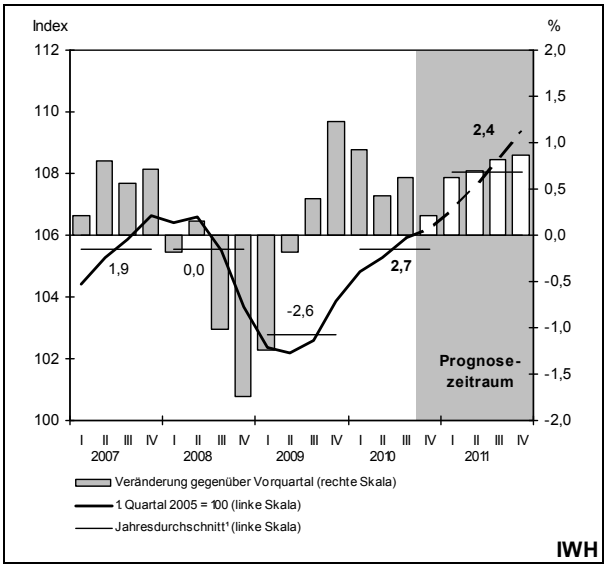
Schleppende Erholung in den USA

In den USA hat die Konjunktur nach einer Verlangsamung im Sommer zuletzt wieder an Fahrt gewonnen; das Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal 2010 um 0,6% zu. Die Gefahr eines erneuten Abgleitens in eine Rezession scheint nachgelassen zu haben. Die Belebung speiste sich aus verschiedenen Quellen: Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen beschleunigt; positive Impulse gingen zudem von den Ausrüstungsinvestitionen sowie dem Lageraufbau aus. Allerdings sind die Ausgaben für den Wohnungsbau, die im Frühsommer – begünstigt durch staatliche Förderungsmaßnahmen – noch einen starken Zuwachs verbuchen konnten, im dritten Quartal gesunken. Exporte und Importe legten weniger stark zu als zuvor. Wie schon im zweiten Quartal expandierten die Einfuhren stärker als die Ausfuhren.

Die Erholung hat sich wohl auch im vierten Quartal 2010 fortgesetzt. Für einen recht robusten Konsum sprechen steigende Konsumklimaindizes sowie Prognosen des Einzelhandelsverbandes zum Weihnachtsgeschäft. Positiv dürfte auch die Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Einkommenssteuererleichterungen wirken. Gedämpft werden die privaten Konsumausgaben durch die weiterhin angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Die Zahl an Arbeitsplätzen liegt immer noch 5% unter dem Vorrezessionswert. Die Arbeitslosenquote ist bereits seit Mitte 2009 mit knapp 10% so hoch wie seit 1983 nicht mehr. In den kommenden Monaten ist nur mit einer leichten Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu rechnen.

Frühindikatoren deuten für die kommenden Quartale auf eine verhaltene Investitionstätigkeit der Unternehmen hin. Das Außenhandelsdefizit, welches sich im Zuge der Rezession deutlich verringert hatte, ist zuletzt wieder angestiegen. Während das Defizit Mitte 2009 noch 2,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entsprach, lag es im dritten Quartal 2010 bei 3,8%. Vor dem Hintergrund nur mäßig steigender Löhne ist in den kommenden Monaten jedoch tendenziell mit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft zu rechnen. Diese dürfte das Außenhandelsdefizit stabilisieren.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Die Erholung wird auch im Jahr 2011 schleppend bleiben (vgl. Abbildung 1). Die großen Probleme des Immobiliensektors belasten weiterhin

Wohnungsbau, Finanzinstitute und das Vermögen der privaten Haushalte. Der Arbeitsmarkt, der andere für den privaten Konsum maßgebliche Faktor, hellt sich nur wenig auf.

Vor diesem Hintergrund ist mit ersten Schritten einer Rückführung des extrem expansiven geldpolitischen Kurses vor 2012 nicht zu rechnen. Von Seiten der Finanzpolitik sind im Jahr 2011 keine weiteren konjunkturfördernden Programme zu erwarten. Mit der Konsolidierung des Staatshaushalts soll im Jahr 2012 begonnen werden. Im Jahr 2011 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 2,4% und im darauf folgenden Jahr um 3% zunehmen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2010	2011	2012
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,7	2,4	3,0
Privater Konsum	1,7	2,4	2,9
Staatskonsum und -investitionen	1,2	1,5	1,7
Private Bruttoanlageinvestitionen	18,0	6,2	4,5
Inländische Verwendung	3,5	2,7	2,7
Exporte	11,6	8,3	9,1
Importe	14,2	9,2	5,4
Außenbeitrag[a]	−0,7	−0,4	0,3
Verbraucherpreise	1,6	1,3	2,0
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo[b]	−10,6	−8,3	−5,0
Leistungsbilanzsaldo	−3,5	−3,5	−3,3
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote	9,7	9,5	8,6

[a] Wachstumsbeitrag. – [b] Bundesstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Prognose des IWH.

Die zentrale Unsicherheit liegt in der Bewertung der Geldpolitik. Die Federal Reserve hat auf die Schwäche der US-Konjunktur zuletzt mit einer massiven Ausweitung der Geldmenge reagiert. Der US-Dollar geriet in der Folge unter Abwertungsdruck gegenüber dem Euro, der erst aufgrund der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum nachließ. Die Konjunkturunterstützung der USA, sei es geld- oder fiskalpolitisch, wurde in der jüngeren Vergangenheit von den Märkten eher positiv bewertet. Die starke Abwertung spricht jedoch dafür, dass die Märkte die US-Geldpolitik nunmehr grundlegend anders einschätzen und vor allem anders bewerten als früher. Dieses Indiz lässt es denkbar scheinen, dass der Dollar seine traditionelle Sonderrolle verlieren könnte. Die Befürchtung, dass die USA ihre im Lauf der Krise angehäuften Schulden durch Inflation abbauen wollen, liegt insbesondere angesichts der jüngsten Äußerungen des US-amerikanischen Notenbankchefs, der eine weiterhin expansive Politik angedeutet hat, nahe und verstärkt diese Entwicklung.

Dieses Risiko ist durch die Probleme im Euroraum in den letzten Wochen aus dem Blickfeld geraten. Verlöre der US-Dollar aber tatsächlich mittelfristig seine Rolle als Leitwährung, hätte dies erhebliche Konsequenzen: Die Fähigkeit der USA, Leistungsbilanzdefizite über längere Zeiträume aufrechtzuerhalten, basiert nicht zuletzt auf der Rolle des Dollars als Reservewährung.[3] Ein nicht zu vernachlässigender Teil der Leistungsbilanzdefizite wurde in der Vergangenheit durch den Aufbau von Währungsreserven vor allem in Schwellenländern finanziert. Die Attraktivität des US-Dollars als Reservewährung steht und fällt allerdings mit der dem Dollar zugeschriebenen langfristigen Stabilität. Käme es hier zu größeren Umschichtungen, würde dies die Abwertungstendenz des Dollars verstärken und Produzenten außerhalb der USA unter Druck setzen. Ein abrupter Rückgang des US-Außenhandelsdefizits würde anderswo einen entsprechenden Rückgang von Überschüssen bedeuten. In exportstarken Ländern wie Deutschland könnten schmerzhafte Strukturanpassungen drohen. Für den betrachteten Prognosezeitraum ist das hier skizzierte Risikoszenario allerdings wenig wahrscheinlich.

Konjunktur im Euroraum trotzt Schulden- und Vertrauenskrise

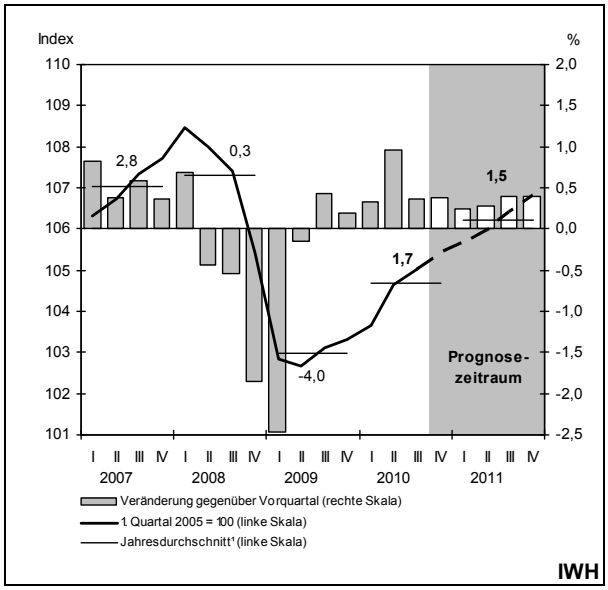
Im Euroraum hat sich die zögerliche Erholung der Wirtschaft auch im Herbst 2010 fortgesetzt. Sehr langsam, aber stetig weiten die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben aus; im dritten Quartal war der private Konsum etwa so hoch wie vor Beginn der Wirtschaftskrise Anfang 2008. Die im ersten Halbjahr 2010 stürmische Wiederbelebung der Exporte hat im Herbst etwas an Schwung verloren; immerhin sind die Güterexporte in Länder außerhalb des Euroraums mittlerweile ebenfalls fast wieder auf Vorkrisenniveau. Die Unternehmen reagieren auf die gute Exportkonjunktur mit einer

[3] *Dooley, M. P.; Folkerts-Laudau, D.; Garber, P.:* The Revived Bretton Woods System, in: International Journal of Finance and Economics, Vol. 9 (4), 2004, 307-313.

moderaten Ausweitung der Investitionen, besonders in Ausrüstungen. Die wieder schwächere Expansion der Investitionsnachfrage im Herbst ist wohl auch auf das Auslaufen von Konjunkturprogrammen und auf öffentliche Sparmaßnahmen zurückzuführen.

Die Privaten weiten trotz Schulden- und Vertrauenskrise ihre Ausgaben wieder vorsichtig aus, weil sich ihre Vermögens- und Ertragssituation im Lauf des Jahres 2010 deutlich verbessert hat: Das Finanzvermögen der privaten Haushalte steigt seit Jahresbeginn, seit dem zweiten Quartal auch ihr Sachvermögen, vor allem aufgrund des Wiederanziehens der Immobilienpreise in den meisten Ländern. Die Erholung der Wirtschaft hat vor allem die Ertragslage der nichtfinanziellen Unternehmen verbessert. Auch deshalb finanziert der Sektor gegenwärtig seine Investitionen, ohne netto Fremdkapital aufzunehmen. Die Unternehmen erhöhten das Arbeitsvolumen schon das ganze Jahr über leicht, die Beschäftigtenzahl hat im zweiten Halbjahr wohl in etwa stagniert.

Abbildung 2:
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
- Saisonbereinigter Verlauf -



[1] Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Der Blick auf den Euroraum-Durchschnitt darf nicht von den drastischen Unterschieden in der konjunkturellen Lage der einzelnen Mitgliedsländer ablenken. Eindeutig zeichnet sich ein Aufschwung zurzeit nur in Deutschland, Österreich und Finnland ab. Auf der anderen Seite stehen Griechenland, Portugal und Irland, wo (freilich unumgängliche) Konsolidierungsbemühungen die Wirtschaft weiter schrumpfen oder stagnieren lassen. Für den weiteren Gang der Konjunktur im Euroraum kommt der großen Gruppe der restlichen Mitgliedsländer besondere Bedeutung zu. Hier legen Stimmungsindikatoren nahe, dass mit Frankreich und den Benelux-Ländern wichtige Kernländer des Euroraums mehr und mehr von der Dynamik in Deutschland profitieren. Zudem haben die Vertrauenskrisen im Jahr 2010 die Gemeinschaftswährung geschwächt und so die internationale Wettbewerbsposition von Produzenten im Euroraum ein Stück weit verbessert. Alles in allem stehen die Chancen gut, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euroraum trotz allerorten forcierter Konsolidierung in den Jahren 2011 und 2012 fortsetzt (vgl. Abbildung 2). Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im Jahr 2011 um 1,5% zunehmen, nach 1,7% im Jahr 2010 (vgl. Tabelle 2). Voraussetzung für diese Prognose ist allerdings, dass die Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise die Finanzierungsbedingungen im Euroraum nicht nachhaltig schädigt.

Tabelle 2:
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2010	2011	2012
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,5	1,7
Privater Konsum	0.7	0,8	1,4
Öffentlicher Konsum	0,7	0,1	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	−0,9	3,0	3,2
Inländische Verwendung	1,7	1,1	1,6
Exporte[a]	10,0	7,5	6,7
Importe[a]	10,1	6,8	6,4
Außenbeitrag[b]	0,0	0,4	0,1
Verbraucherpreise[c]	1,6	1,7	1,8
Lohnstückkosten[d]	−0,4	0,6	0,9
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts		
Budgetsaldo[e]	−6,3	−4,7	−3,8
Leistungsbilanzsaldo	−0,5	−0,5	−0,6
	in % der Erwerbspersonen		
Arbeitslosenquote[f]	10,0	10,2	10,1

[a] Einschließlich Intrahandel. – [b] Wachstumsbeitrag. – [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [d] Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – [e] Gesamtstaatlich. – [f] Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Prognose des IWH.

Deutsche Konjunktur

Binnenkonjunktur nimmt Fahrt auf

Nach dem kräftigen Anstieg der Produktion im zweiten Quartal 2010 hat sich die konjunkturelle Dynamik etwas verlangsamt. Die Bruttowertschöpfung legte allerdings auch im dritten Quartal noch um 0,6% zu – eine Rate, die fast dem Doppelten des langjährigen Durchschnitts entspricht. Zu Jahresbeginn hatte vor allem das Verarbeitende Gewerbe, im zweiten Quartal auch der Bau, dazu beigetragen. Zuletzt gingen die stärksten Impulse von den Dienstleistern, insbesondere den Unternehmensdienstleistern, aus. Insgesamt ist die reale Bruttowertschöpfung in Deutschland in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 um 3,9% und das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 3,6% gestiegen. Vieles spricht dafür, dass sich diese positive Entwicklung fortsetzen wird; gängige Indikatoren (vgl. Kasten 2) deuten auf eine Wachstumsrate von 0,7% im vierten Quartal 2010 hin (vgl. Tabelle 3). Somit wird 2010 die jahresdurchschnittliche Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes 3,7% (Ostdeutschland 2,7%) betragen (vgl. Tabelle 4 und Abbildung 3).

Für das Jahr 2011 erwartet das IWH eine Wachstumsrate von 2,3% (Ostdeutschland 1,8%) und für 2012 von 1,7% (Ostdeutschland 1,7%). Dabei liefert die inländische Verwendung einen größeren Wachstumsbeitrag als der Außenhandel (vgl. Tabelle 5). Zwar werden auch in Zukunft die deutschen Exporte weiterhin kräftig zulegen können, aber der private Konsum und die Investitionen haben mittlerweile Fahrt aufgenommen und werden den Aufschwung noch eine Weile tragen. Mit ihnen gehen auch deutlich steigende Importe einher, die allmählich den Wachstumsbeitrag des Außenhandels reduzieren werden. Auf die Konjunktur in Deutschland wirkt neben den anhaltenden Aufholkräften nach dem tiefen Einbruch im Jahr 2009 auch das sehr niedrige Zinsniveau im Euroraum stimulierend. So befindet sich etwa der Wohnungsbau im Aufwind. Auch die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt entfaltet ihre Wirkung auf den privaten Konsum. Die gute konjunkturelle Lage sorgt für eine vergleichsweise hohe Arbeitsplatzsicherheit und zusätzliche Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote wird von 7,4% (Ostdeutschland 11,9%) im Jahr 2010 auf 6,8% (11,1%) im Jahr 2011 und 6,2% (10,5%) im Jahr 2012 sinken. Die Löhne werden deutlich steigen. Diese positiven Effekte auf das verfügbare Einkommen überwiegen die von der Haushaltskonsolidierung ausgehende Dämpfung.

Das Basisszenario dieser Prognose ist mit einer Reihe von Risiken behaftet. Die größten Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland sind nach wie vor die Unsicherheit über die Entwicklung in den USA und die Schulden- und Vertrauenskrisen einiger Länder des Euroraums.

Tabelle 3:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]
- Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal -

	2009				2010				2011			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Inländische Verwendung	−0,9	−0,7	0,9	−1,5	1,7	1,8	0,4	0,4	0,1	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	0,2	0,5	−1,2	0	0,2	0,6	0,4	0,3	0	0,5	0,5	0,4
Öffentlicher Konsum	1,1	0,6	0,8	−0,3	1,9	−1,1	1,1	0,0	0,6	0,6	−0,4	−0,4
Ausrüstungen	−19,3	−2,7	0,8	−1,4	4,4	4,4	3,7	2,8	−0,3	1,5	2,0	2,0
Bauten	0,9	−0,2	0,5	−0,7	−0,8	6,9	−0,4	0,8	−0,2	−0,4	−0,3	0,5
Sonstige Anlagen	0,1	1,4	2,5	2,0	0,6	1,7	1,7	2,0	0,8	1,6	1,8	1,8
Vorratsinvestitionen[b]	0,2	−1,0	1,4	−1,3	1,0	0,7	−0,3	−0,1	0,0	0,0	0,1	0,2
Außenbeitrag[b]	−2,5	1,2	−0,2	1,8	−1,1	0,5	0,3	0,3	0,2	−0,1	0,0	0,0
Exporte	−10,2	−1,4	3,2	2,7	3,0	7,9	2,3	1,8	1,3	1,3	1,5	1,6
Importe	−5,3	−4,6	4,1	−1,6	6,5	7,8	1,9	1,2	1,0	1,6	1,7	1,9
Bruttoinlandsprodukt	−3,4	0,5	0,7	0,3	0,6	2,3	0,7	0,7	0,3	0,4	0,5	0,5

[a] Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – [b] Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Kasten 2:
Der IWH-Flash-Indikator

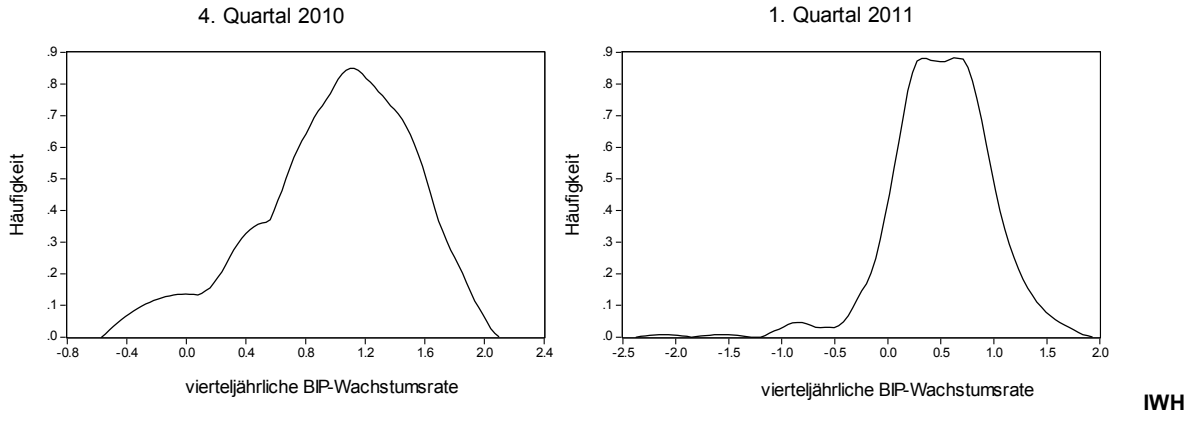
Der IWH-Flash-Indikator ist ein Instrument des IWH, das wesentliche Informationen für die Prognose des Bruttoinlandsprodukts liefert. Während das Bruttoinlandsprodukt selbst erst mit erheblicher Verzögerung veröffentlicht wird, kann eine Vielzahl von Monats- sowie Quartalsindikatoren, die für das aktuelle Quartal vorhanden sind, bereits genutzt werden, um eine Prognose für das laufende *(h=0)* sowie das folgende Quartal *(h=1)* abzugeben.

Liegen für das laufende Quartal noch keine Daten über die Industrieproduktion vor, werden für den IWH-Flash mit Hilfe von über 160 Monats- und Quartalsindikatoren jeweils Einzelmodelle geschätzt, die sich auch aus verschiedenen Transformationen ergeben (z. B. Niveau, Veränderungen, Dreimonatsdurchschnitte). Daraus resultieren annähernd 600 ökonometrische Modelle, auf deren Basis dann Prognosen für das BIP erstellt werden. Bei Vorliegen der ersten Daten zur Industrieproduktion reduziert sich die Zahl der berücksichtigten Modelle auf knapp ein Dutzend. Die Einzelmodelle für das BIP Y_{t+h}^{h} werden für den jeweiligen Prognosehorizont *h* wie folgt spezifiziert:

$$Y_{t+h}^{h} = \alpha + \sum_{i=l}^{p} \beta_i Y_{t-i} + \sum_{j=k}^{q} \gamma_j X_{t-j} + \varepsilon_{t+h}^{h}, \quad \mathrm{h} = 0,1 .$$

Die Regressionsgleichung basiert somit auf den vergangenen BIP-Raten Y_{t-i} und den aktuell zur Verfügung stehenden Informationen der Monatsindikatoren X_{t-j}. Die Anzahl der verwendeten Lags *p* bzw. *q* wird mit Hilfe des Akaike-Kriteriums bestimmt. Der Datensatz umfasst sowohl „weiche" Indikatoren (wie Umfrage- und Finanzmarktdaten) als auch „harte" Indikatoren (wie Auftragseingänge oder Beschäftigung). Zu den Umfrageindikatoren zählen vor allem die Stimmungsindikatoren (ifo, ZEW, PMI und EU-Kommission). Hier werden auch Daten für verschiedene Industriezweige einbezogen. Als Finanzmarktindikatoren sind Zinsen, Zinsdifferenzen, Geldmengenaggregate und Aktienkurse wichtige Kenngrößen. Zudem werden auch einige Composite-Indikatoren genutzt, wie der von der OECD veröffentlichte Composite Leading Indicator. Neben Indikatoren für die deutsche Wirtschaft werden auch internationale Kenngrößen berücksichtigt, die sich vor allem auf die wirtschaftliche Lage und die Erwartungen in den Nachbarländern und den Haupthandelspartnerländern Deutschlands beziehen.

Abbildungen:
Verteilung der Einzelprognosen



Quelle: Berechnungen des IWH.

Wie beispielsweise von *Timmermann* und *Drechsel und Maurin* gezeigt wurde,[a] führt die Kombination von unterschiedlichen Einzelprognosen zu einer besseren Gesamtprognose. Der Vorteil ist, dass man sich bei diesem Vorgehen nicht auf einen konkreten Indikator beschränken muss und somit eine Vielzahl an Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung eingefangen werden können. Die Einzelprognosen können durch verschiedene Gewichtungsschemata zu einer Gesamtprognose (IWH-Flash-Schätzung) zusammengefasst werden. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung der Prognosegüte verschiedener Gewichtungsmöglichkeiten werden in einem Aufsatz von *Drechsel und Scheufele* vorgestellt.[b] Die einfachste Variante – jeder einzelnen Prognose die gleiche Gewichtung zukommen zu lassen – kann durch verschiedene Ge-

wichtungsschemata, basierend auf der Güte der individuellen Schätzgleichung (AIC, R^2) oder der vergangenen Prognosegüte (mittlerer quadratischer Prognosefehler) erweitert werden. Der Vorteil des IWH-Flash-Indikators liegt darin, dass der Beitrag der Einzelindikatoren zur BIP-Schätzung leicht zurückverfolgt werden kann. Somit lassen sich Aussagen treffen, durch welche Frühindikatorengruppen (z. B. Unternehmensumfragen, Konsumentenumfragen, Finanzmärkte) die Veränderungen des BIP aktuell am stärksten abgebildet werden. Zudem lässt sich durch die Verwendung vieler Indikatoren die ganze Spannbreite möglicher BIP-Prognosewerte darstellen. Diese gibt wichtige Hinweise auf die Prognoseunsicherheit am aktuellen Rand.

Der IWH-Flash-Indikator prognostiziert einen Zuwachs des realen BIP von 0,7% für das vierte Quartal gegenüber dem dritten Quartal 2010. Für das erste Quartal des Jahres 2011 wird eine Veränderung von 0,3% gegenüber dem vierten Quartal 2010 erwartet.

[a] *Timmermann, A.:* Forecast Combinations, in: Handbook of Economic Forecasting, Chap. 4, 2006, 135-196. – *Drechsel, K.; Maurin L.:* Flow of Conjunctural Information and Forecast of Euro Area Economic Activity, in: Journal of Forecasting, 2010, DOI: 10.1002/for.1177. – [b] *Drechsel, K.; Scheufele R.:* Should We Trust in Leading Indicators? Evidence from the Recent Recession. IWH-Diskussionspapier 10/2010. Halle 2010.

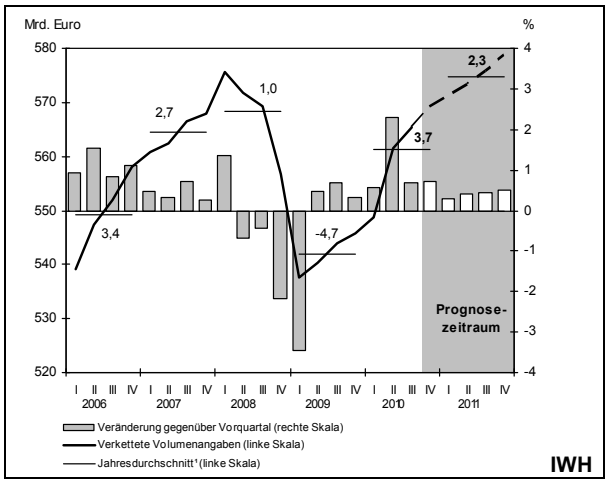
Tabelle 4:
Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate
- in % bzw. Prozentpunkten -

	2010	2011	2012
Statistischer Überhang[a]	0,7	1,4	0,7
Jahresverlaufsrate[b]	4,3	1,7	1,9
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	3,6	2,4	1,9
Kalendereffekt[c]	0,1	−0,1	−0,2
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich[d]	3,7	2,3	1,7

[a] Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [b] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [c] In % des realen BIP. – [d] Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 3:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Tabelle 5:
Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2010	2011	2012
Inländische Verwendung	2,7	1,7	1,7
Konsumausgaben	0,7	1,0	1,0
Private Konsumausgaben	0,3	0,8	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,2	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,1	0,7	0,7
Ausrüstungen	0,6	0,5	0,5
Bauten	0,4	0,1	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,8	0	0
Außenbeitrag	1,0	0,7	0
Exporte	6,1	3,6	3,1
Importe	5,0	3,0	3,1
Bruttoinlandsprodukt	3,7	2,3	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

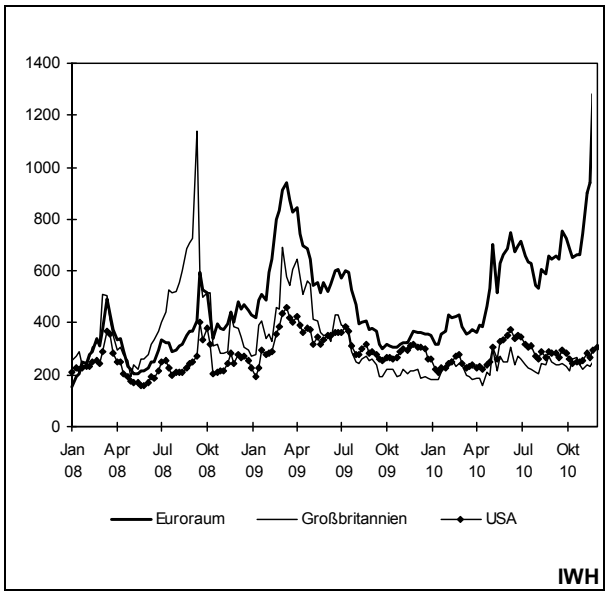
Rahmenbedingungen für die Prognose

Während die Finanzpolitik in den Jahren 2009 und 2010 die Wirtschaft deutlich stützte, wird sie im Prognosezeitraum ihre Ausrichtung ändern und auf einen merklich restriktiven Kurs einschwenken. Zum einen waren die mit den Konjunkturpaketen ergriffenen Maßnahmen teilweise temporärer Natur und laufen nun nach und nach aus. Zum anderen wird die Finanzpolitik die strukturellen Defizite zurückführen, denn zumindest der Bund und die fünf Länder, die Konsolidierungshilfen bekommen, sind nach der neuen Schuldenbremse gehalten, im Jahr 2011 damit zu beginnen. Zurzeit sind – vor

allem auf Bundesebene – Maßnahmen auf dem Beschlussweg, die in dieser Prognose eingestellt sind. Andere Maßnahmen – wie die Bankenabgabe – sind in der Finanzplanung hinreichend konkretisiert worden und werden ebenfalls berücksichtigt. Alles in allem stützte die Finanzpolitik die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2010 mit 0,9% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; im Jahr 2011 wird sie in etwa neutral ausgerichtet sein, bevor sie dann im Jahr 2012 einen restriktiven Impuls von 0,6% ausstrahlt (vgl. Tabelle 6).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Leitzins auch im Herbst 2010 auf dem historisch niedrigen Niveau von 1% belassen. Im Rahmen ihrer Liquiditätspolitik hat die EZB seit Sommer auch weiterhin Zentralbankgeld als Mengentender mit vollständiger Zuteilung zur Verfügung gestellt und angekündigt, dieses Vorgehen bei den Hauptrefinanzierungsgeschäften so lange wie nötig, jedoch mindestens bis zum Ende der dritten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Jahres 2011 am 12. April 2011, beizubehalten. Die durchschnittlichen Umlaufsrenditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum sind seit Ende des Sommers um gut 30 Basispunkte gestiegen und lagen im November 2010 bei 3,7%. Allerdings verdeckt dieser Durchschnitt, dass die Risikoaufschläge für Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer gegenüber deutschen Staatsanleihen vielfach gestiegen sind.

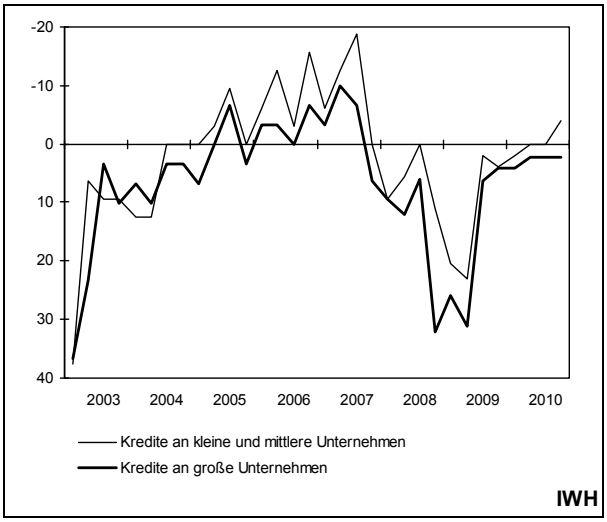
Abbildung 4:
Mittlere Preise für Kreditausfallversicherungen bei Bankschuldverschreibungen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren
- in Basispunkten -



Quellen: Credit Market Analysis Ltd; Darstellung des IWH.

An den Kapitalmärkten stiegen die Renditen für Schuldtitel der Unternehmen im vierten Quartal 2010 leicht. Die Lage im Bankensystem ist anhaltend kritisch. So sind die durchschnittlichen Preise für Kreditausfallversicherungen bei Bankschuldverschreibungen, ein Maß für „Stress“ im Finanzsystem, bis Ende November erheblich angestiegen. Am aktuellen Rand ist jedoch ein leichter Rückgang erkennbar (vgl. Abbildung 4). Auch die Renditen für Anleihen nichtfinanzieller Unternehmen mittlerer Bonität haben seit Herbst 2010 um 40 Basispunkte zugenommen und liegen derzeit bei 3,6%.

Abbildung 5:
Entwicklung der Kreditrichtlinien
- Nettosalden[a] aus gewichteten Antworten (Diffusionsindizes) -



[a] Differenz (in % der gegebenen Antworten) zwischen der Summe der Angaben „deutlich“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas“ und „deutlich gelockert“ auf die Frage „Wie haben sich die Kreditrichtlinien (*credit standards*) Ihres Hauses für die Gewährung von Krediten an Unternehmen (inklusive Kreditlinien) in den letzten drei Monaten verändert?“.

Quellen: Deutsche Bundebank, Bank Lending Survey; Darstellung des IWH.

Die Finanzierungsbedingungen bei Banken haben sich für Unternehmen in Deutschland, aber auch für private Haushalte, in den vergangenen Monaten verbessert. Die Zinssätze für Großkredite (mehr als eine Mio. Euro) an Unternehmen sind seit Herbst 2010 für längere Laufzeiten um knapp 20 Basispunkte auf 4,5% gesunken, für kürzere Laufzeiten um zehn Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Zinssatz um durchschnittlich 70 Basispunkte zurückgegangen. Ebenso ist der Zinssatz für längerfristige Wohnungsbaukredite um über 80 Basispunkte gegenüber dem Vorjahr gefallen und liegt nun bei 3,6%. Das Neugeschäft der Banken sowohl mit Unternehmen als auch mit privaten Haushalten

Tabelle 6:
Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen[a]
- Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (−), in Mrd. Euro gegenüber 2009 -

	2010	2011	2012
Maßnahmen bis Sommer 2010 (einschließlich Konjunkturpakete)	−23,6	−19,1	−8,1
Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes			
Einführung einer Luftverkehrsabgabe		1,0	1,0
Abbau von Vergünstigungen bei der Energiesteuer		0,9	0,8
Erhöhung der Tabaksteuer		0,2	0,5
Reduktion des Elterngeldes		0,7	0,7
Bankenabgabe			1,3
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang von ALG I in ALG II		0,2	0,2
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld		0,1	0,3
Einführung einer Brennelementesteuer (netto)		1,3	1,3
Bahndividende		0,5	0,5
Änderungen im SGB II und III		2,0	4,0
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben		1,5	2,5
Kürzung der Verwaltungsausgaben		0,8	0,8
Aufschiebung des Wiederaufbaus des „Stadtschlosses“ in Berlin		0,1	0,1
Sonstige Maßnahmen			
Jahressteuergesetz 2011		−0,8	−0,5
Neuberechnung der Regelsätze für Kinder beim ALG II		−0,5	−0,5
Einführung einer Bildungschipkarte		−0,6	−0,6
Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 2,8% auf 3,0% zum 01.01.2011		2,0	2,1
Erhöhung des gesetzlichen Beitragssatzes zur Krankenversicherung von 14,9% auf 15,5% zum 01.01.2011		6,0	6,2
Umsetzung von Einsparmaßnahmen im Gesundheitssektor	0,5	3,5	3,5
Summe	**−23,1**	**−0,2**	**16,1**
Nachrichtlich:			
Einnahmen aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen	4,4	-	-
Erhöhter Bundeszuschuss an die GKV	3,9	2,0	-
Streichung der Erstattung einigungsbedingter Leistungen		0,3	0,3
Streichung Rentenversicherungsbeiträge des Bundes für die Bezieher von ALG II		1,9	1,9
Entnahme des Insolvenzgeldes zugunsten des Bundeshaushalts		1,1	-

[a] Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

hat deutlich zugelegt. Diese Tendenz wird durch die jüngste Umfrage im Bankensektor bestätigt (vgl. Abbildung 5).[4] Nur für Großunternehmen wurden die Kreditrichtlinien weiterhin leicht verschärft. Für die privaten Haushalte wurden insbesondere die Kreditrichtlinien für Wohnungsbaukredite gelockert.

Der Euro-Dollar-Wechselkurs stieg sowohl nominal als auch real nach einem Rückgang in der ersten Jahreshälfte 2010 seit Juni wieder deutlich und erreichte Anfang November den Stand vom Januar. Seitdem ist eine leichte Abschwächung zu verzeichnen. Auch der handelsgewichtete Wechselkurs des Euro – der reale effektive Wechselkurs – hat sich von seinem Einbruch zu Beginn des Jahres 2010 in der zweiten Jahreshälfte erholt.

Deutliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort

Die positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich im dritten Quartal des Jahres 2010 fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 110 000 Personen beziehungsweise 0,3% über dem Wert im Vorquartal. Mit 40,5 Millionen erreichte die Zahl der Erwerbstätigen den höchsten Stand seit Anfang 1991. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg mit 134 000

4 *Deutsche Bundesbank:* Bank Lending Survey, Oktober 2010.

Personen besonders kräftig. Etwa die Hälfte davon waren Vollzeitstellen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nahm weiter ab. Etwa zwei Fünftel des gesamten Beschäftigungszuwachses entfielen auf Leiharbeit. Der Anteil der Leiharbeiter an der Zahl der Arbeitnehmer insgesamt beträgt etwa 2%.

Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Quartalen kam es nunmehr in allen großen Wirtschaftsbereichen zu einem Personalaufbau. Bemerkenswert ist dieser im Verarbeitenden Gewerbe, in dem die Beschäftigung sieben Quartale in Folge abgenommen hatte. Der Personalbestand im Verarbeitenden Gewerbe nahm zwar nur um 0,2% gegenüber dem Vorquartal zu. Der tatsächliche Beschäftigungsaufbau ist jedoch erheblich höher, da ein beträchtlicher Teil der zusätzlichen Arbeitsnachfrage durch Leiharbeiter abgedeckt wird. Diese werden statistisch den unternehmensnahen Dienstleistern zugerechnet. Die Lohnstückkosten sind deutlich gesunken und liegen nunmehr nur noch um 3,9% über dem Niveau vom vierten Quartal des Jahres 2007, in dem die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe ihren bislang größten Wert hatte.

Das geleistete Arbeitsvolumen erreichte im dritten Quartal des Jahres 2010 seinen Höchststand vom vorangegangenen konjunkturellen Aufschwung. Dies ist zum einen durch den hohen Beschäftigungsstand und zum anderen durch die deutlich gestiegene Arbeitszeit je Erwerbstätigen bedingt. Die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit der Erwerbstätigen ist in beträchtlichem Maße auf den deutlichen Rückgang der Kurzarbeit zurückzuführen. Betrug im zweiten Quartal 2009 – dem Zeitraum mit dem höchsten Kurzarbeiterbestand im vergangenen konjunkturellen Abschwung – der durch Kurzarbeit hervorgerufene gesamtwirtschaftliche Arbeitsausfall etwa 160 Mio. Stunden, so waren es im dritten Quartal 2010 nur noch 35 Mio.[5] Zu einer Ausweitung der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen trug außerdem die höhere Zahl von bezahlten Überstunden bei. Diese lagen im dritten Quartal um insgesamt 30% über dem Vorjahreszeitraum. Hinzu kommt, dass in den Unternehmen das zweite Quartal in Folge die Guthaben auf den Arbeitszeitkonten zugenommen haben, nachdem sie über sechs Quartale hinweg abgeschmolzen worden waren.

Die Arbeitslosigkeit ist erneut deutlich gesunken. Im dritten Quartal des Jahres 2010 waren saisonbereinigt 3,19 Millionen Personen arbeitslos registriert. Dies waren etwa 70 000 Personen weniger als im Vorquartal. Die Arbeitslosigkeit hat nunmehr den Tiefstand vor der Rezession unterschritten. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass Sondereffekte den statistischen Ausweis der registrierten Arbeitslosigkeit beeinflusst haben.[6] Begünstigt wird der Rückgang der Arbeitslosigkeit durch die weitere Abnahme des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots, das nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Jahr 2010 um 92 000 Personen unter dem Vorjahresniveau liegt.[7]

Im Prognosezeitraum wird die Zahl der Erwerbstätigen weiter zunehmen. Im Jahr 2011 werden etwa 310 000 Personen bzw. 0,8% mehr beschäftigt sein als im Jahr zuvor. Der Beschäftigungsaufbau wird sich allerdings im Verlauf des Prognosezeitraums abschwächen, da die gesamtwirtschaftliche Produktion langsamer expandiert. Zudem wird die Arbeitskostenbelastung infolge höherer Löhne und steigender Beitragssätze zu den Sozialversicherungen zunehmen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahr 2011 um etwa 256 000 Personen sinken. Dieser starke Rückgang ist auch deshalb bemerkenswert, weil durch den Wegfall der Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus EU-Mitgliedsländern das Erwerbspersonenpotenzial nicht so deutlich schrumpfen dürfte wie zuletzt. Im Durchschnitt des Jahres 2011 wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen erstmals seit 1992 unter drei Millionen sinken. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird im Jahr 2011 6,8% und im Jahr darauf 6,2% betragen.

Export wieder auf Vorkrisenniveau

Die kräftige Expansion der Ausfuhren im ersten Halbjahr 2010 schwächte sich im dritten Quartal deutlich ab. Insbesondere die Exporte in den Euroraum expandierten aufgrund der nachlassenden konjunkturellen Dynamik, vor allem in den südeuropäischen Mitgliedstaaten, schwächer als zuvor. Die

[5] *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg*: Arbeitszeitrechnung: 3. Quartal 2010.

[6] Seit Mai 2009 werden Erwerbslose, die von privaten Vermittlern betreut werden, nicht mehr als arbeitslos registriert. Hingegen hat das Auslaufen von vorruhestandsähnlichen Regelungen zu einem Anstieg der Zahl der registrierten Arbeitslosen geführt.

[7] Vgl. *Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika, G.:* Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an, in: IAB-Kurzbericht, 18/2010, 10.

Lieferungen in die USA legten dagegen wieder kräftig zu. Überdurchschnittliche Exportzuwächse konnten zudem in die BRIC-Staaten und einige asiatische Schwellenländer erzielt werden (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7:
Deutsche Exporte nach Regionen
- Spezialhandel in jeweiligen Preisen; saisonbereinigt -

Länder-gruppe	*Veränderung gegenüber Vorzeitraum in %*			
	2009	2010		
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	−19,4	7,1	5,3	0,5
EWU-12	−17,8	6,5	5,5	0,3
Neue EU-Länder[a]	−25,6	10,8	6,5	1,7
NAFTA[b]	−23,5	12,6	9,0	4,8
USA	−24,0	11,3	8,3	6,4
Südostasien[c]	−12,2	10,3	8,1	0,6
BRIC[d]	−12,0	15,4	8,5	3,2
China	9,1	17,7	5,0	3,2
Russland	−36,1	16,5	14,5	6,7
Übrige Welt	−15,6	10,3	9,2	3,4
Japan	−14,6	11,9	3,8	1,7
Insgesamt	−18,2	9,0	6,6	1,6
Länder-gruppe	*in % der gesamten Warenexporte*			
	2009	2010		
		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
EU 27	62,3	60,9	60,2	59,5
EWU-12	41,4	39,9	39,5	39,0
Neue EU-Länder[a]	10,8	11,0	11,0	11,0
NAFTA[b]	8,1	8,1	8,2	8,5
USA	6,8	6,7	6,8	7,1
Südostasien[c]	3,6	3,9	4,0	3,9
BRIC[d]	9,1	10,1	10,3	10,5
China	4,6	5,5	5,4	5,5
Russland	2,6	2,2	2,9	3,0
Übrige Welt	16,9	17,0	17,3	17,6
Japan	1,4	1,4	1,4	1,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

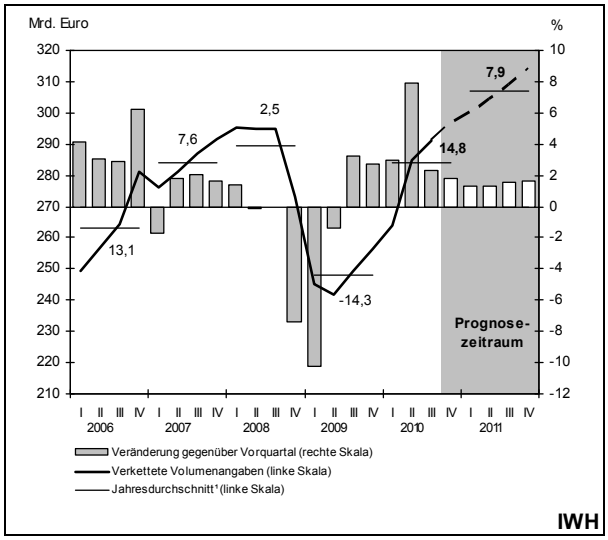
[a] Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Malta, Zypern. – [b] USA, Kanada, Mexiko. – [c] Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – [d] Brasilien, Russland, Indien, China. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Winterhalbjahr wird sich die Exportdynamik zunächst weiter verlangsamen. Insbesondere die Ausfuhren in den Euroraum werden wohl schwächer ausgeweitet. Auch die Nachfrage der asiatischen Schwellenländer wird durch restriktivere Wirtschaftspolitik, insbesondere in China, gedämpft. Leicht belastend dürfte dann auch die zu erwartende Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wirken, die mit den steigenden Löhnen einhergehen dürfte. Dennoch werden die Ausfuhren zum Jahreswechsel 2010/2011 ihr Vorkrisenniveau wieder erreichen.

Im weiteren Verlauf wird sich der konjunkturelle Aufschwung in wichtigen westeuropäischen Handelspartnerländern, in den USA und den neuen EU-Mitgliedstaaten wieder beschleunigen. Auch in China wird die Nachfrage ab den ersten Monaten des Jahres 2011 wieder stärker expandieren. Alles in allem nehmen die Exporte 2010 um 14,8% und 2011 um 7,9% zu (vgl. Abbildung 6). Im Jahr 2012 werden die Ausfuhren um gut 6% expandieren.

Abbildung 6:
Reale Exporte
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Während die Einfuhren im ersten Halbjahr 2010 noch kräftiger expandierten als die Exporte, schwächte sich die Dynamik hier im Herbst deutlich stärker ab. Im Winterhalbjahr 2010/2011 werden sich die Importzuwächse infolge verhaltener expandierender Ausfuhren und vorübergehend gedämpfter privater Konsumnachfrage nochmals verlangsamen. Ab Frühjahr 2011 dürften die Einfuhren insbesondere aufgrund wieder kräftiger expandie-

render Binnennachfrage beschleunigt zulegen. Zudem fragen die deutschen Produzenten infolge anziehender Exporte wieder vermehrt Vorleistungsgüter nach. Alles in allem werden die Einfuhren im Jahr 2010 um 14% und 2011 um 7,2% zulegen. Im Jahr 2012 wird sich die Importdynamik weiter verstärken, sodass die Einfuhren dann um knapp 7% zunehmen (vgl. Tabelle 8). Da die Importe ab Frühjahr 2011 im Verlauf stärker expandieren als die Ausfuhren, gehen im Prognosezeitraum vom Außenhandel geringere Impulse als vor der Krise aus.

Tabelle 8:
Reale Exporte und Importe Deutschlands an Waren und Dienstleistungen

	2010	2011	2012
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Exporte	14,8	7,9	6,2
Importe	14,0	7,2	6,9
	in % des BIP		
Exporte	50,8	53,5	55,9
Importe	45,7	47,8	50,4
	Außenbeitrag		
Mrd. Euro	115,2	131,0	131,3
Wachstumsbeitrag[a]	1,0	0,7	0,0

[a] Veränderung des Außenbeitrags gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die Einfuhrpreise sind seit Jahresbeginn 2010 kräftig gestiegen. Verantwortlich hierfür war zum einen das Anziehen der Rohstoffpreise, insbesondere bei den Industrierohstoffen. Zum anderen trug die Abwertung des Euro zur Erhöhung der Einfuhrpreise aus Drittstaaten bei. Im weiteren Verlauf wird sich der Auftrieb bei den Einfuhrpreisen mit dem unterstellten Auslaufen dieser Effekte allmählich abschwächen. Demgegenüber versetzt das Anziehen der Weltkonjunktur ab Frühjahr 2011 die deutschen Produzenten zunehmend in die Lage, Lohnsteigerungen auf die Exportpreise zu überwälzen. Folglich werden sich die Terms of Trade, nach einer deutlichen Verringerung 2010, im Jahr 2011 nur noch geringfügig verschlechtern.

Private Investitionen treiben die deutsche Konjunktur

Die Investitionen in Deutschland sind in den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 neben den Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket vor allem auch wegen höherer Ausgaben der Unternehmen und privaten Haushalte gestiegen. Anhaltend kräftig haben insbesondere die Unternehmen in diesem Zeitraum in Maschinen und Fahrzeuge investiert, in etwas geringerem Maße auch in Software und Wirtschaftsbauten. Ging die erhöhte Investitionsnachfrage zunächst vor allem von der exportierenden Industrie und dort von zurückgestellten Rationalisierungsprojekten aus, so kommt am aktuellen Rand mit der anhaltend hohen Nachfrage nach deutschen Industriegütern hier allmählich auch das Erweiterungsmotiv dazu. Darüber hinaus investieren angesichts gestiegener Konsumlaune nun auch die binnenorientierten Branchen. Zu der hohen Investitionsneigung im Jahr 2010 tragen auch die Investitionsprojekte bei, die wegen der zum Jahreswechsel auslaufenden degressiven Abschreibung von den Unternehmen vorgezogen wurden. Dies dürfte die Unternehmensinvestitionen zu Beginn des Jahres 2011 vorübergehend leicht dämpfen.

Das Investitionsklima bleibt im gesamten Prognosezeitraum aber freundlich und wird die Investitionsbereitschaft im gewerblichen Bereich anregen. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie dürfte angesichts der guten Geschäftsperspektiven steigen. Sie liegt bereits jetzt nur knapp unter dem langjährigen Durchschnitt, im Investitionsgüterbereich überschreitet sie diesen sogar. In vielen Branchen deutet sich Erweiterungsbedarf an,[8] von dem zunehmend auch der Wirtschaftsbau profitiert. Zudem stellt sich das Finanzierungsumfeld günstiger dar als noch vor einem Jahr. Eine deutlich bessere Ertragslage und die optimistischen Geschäftserwartungen für die nächsten Monate lassen ein hohes Vertrauen in die Ertragskraft der Unternehmen vermuten. Geringere Risiken und sich tendenziell vergrößernde Möglichkeiten der Eigen- und Fremdfinanzierung dürften so die Investitionsbereitschaft befördern. Die Wachstumsraten fallen allerdings nicht mehr so kräftig aus wie im Jahr 2010, als zurückgestellte Projekte nachgeholt wurden. Insgesamt steigen die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2010 um 7,3%, in den beiden darauffolgenden Jahren um gut 5% (vgl. Tabelle 9). Am stärksten legen die Ausrüstungen mit 9,9% im Jahr 2010 und jeweils 7% in den Folgejahren zu (vgl. Abbildung 7). Am Ende des Prognosezeitraums 2012 befinden sich die Investitionen in Maschinen und Geräte dann in etwa auf dem Niveau des letzten Höhepunktes im Jahr 2008.

[8] Siehe *DIHK:* Wirtschaftslage und Erwartungen – Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern; Herbst 2010. Berlin, Brüssel 2010, 37 ff.

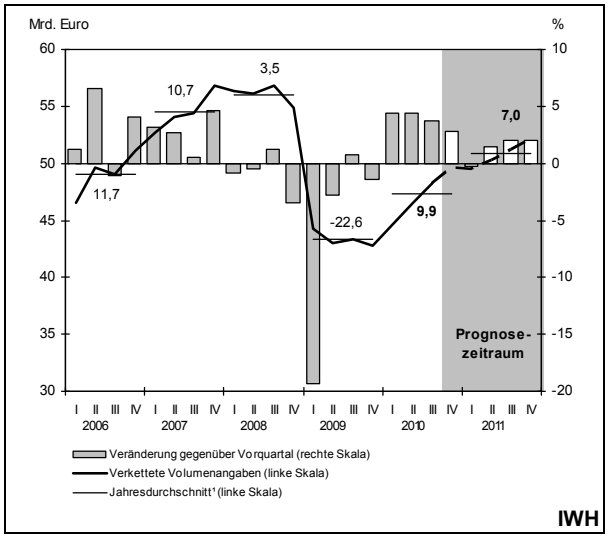
Die Investitionen der Unternehmen insgesamt dürften dieses sogar überschreiten.

Tabelle 9:
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2010	2011	2012
Anlageinvestitionen insgesamt	6,5	3,7	3,7
Ausrüstungen	9,9	7,0	7,0
Sonstige Anlagen	6,5	6,3	7,0
Bauinvestitionen insgesamt	4,3	1,2	1,0
Wohnbauten	5,4	3,3	2,2
Nichtwohnbauten insgesamt	2,8	−1,6	−0,6
Gewerbliche Bauten	2,1	1,3	1,6
Öffentliche Bauten	4,4	−8,1	−6,2
Nachrichtlich:			
Unternehmensinvestitionen	7,3	5,4	5,5

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2010 und 2011: Prognose des IWH.

Abbildung 7:
Reale Investitionen in Ausrüstungen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



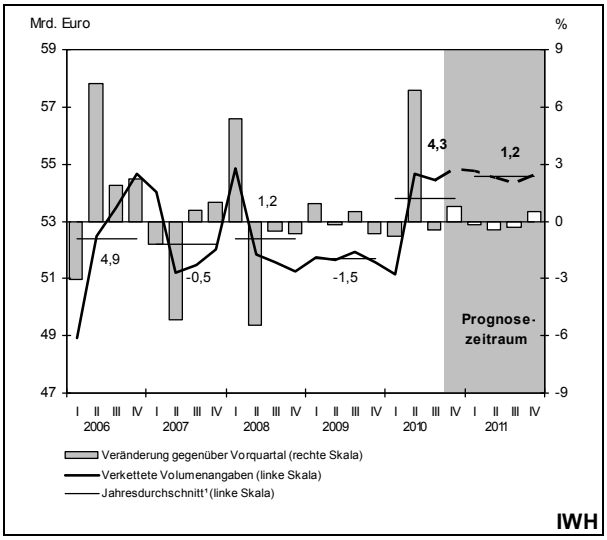
[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Die Wohnungsbauinvestitionen haben nach einem kräftigen Aufwärtstrieb im ersten Halbjahr zuletzt nochmals zugelegt, wenn auch nur leicht. Niedrige Hypothekenzinsen und gestiegene Beschäftigungssicherheit haben private Haushalte veranlasst, den Wunsch nach neuem oder höherwertigem Wohneigentum zu verwirklichen. Die Wohnungsbautätigkeit dürfte aber auch durch die gestiegene Attraktivität von Immobilien als Sachanlage gegenüber risikobehafteten Finanzanlagen angeregt worden sein. Auftragseingänge und Baugenehmigungen signalisieren eine Fortsetzung dieses Aufwärtstrends, zumal sich das fundamentale Umfeld angesichts der positiven Arbeitsmarktentwicklung und damit steigender real verfügbarer Einkommen eher noch günstiger darstellen dürfte.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im Jahr 2010 aufgrund der konjunkturpolitischen Maßnahmen nochmals deutlich ausgeweitet worden, auch wenn viele Kommunen wegen der angespannten Finanzlage offensichtlich Abstriche an ihren Investitionsplänen vorgenommen haben.[9] Eine Reihe von Ausgaben dürfte aber auch als Vorleistungen verbucht worden sein bzw. außerhalb des Staatssektors angefallen sein. Im Jahr 2011 wird die Investitionstätigkeit der Kommunen mit dem Auslaufen der Konjunkturpakete deutlich zurückgehen. Im Jahr darauf werden die öffentlichen Investitionen im Verlauf wieder anziehen, sie bleiben aber auch dann wegen des niedrigen Ausgangsniveaus im Jahresdurchschnitt rückläufig. Insgesamt steigen die Bauinvestitionen im Jahr 2010 um 4,3%, in den beiden Jahren darauf fallen die Raten mit 1,2% bzw. 1,0% vor allem wegen der Rückgänge im öffentlichen Bau deutlich niedriger aus (vgl. Tabelle 9 und Abbildung 8).

Abbildung 8:
Reale Bauinvestitionen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

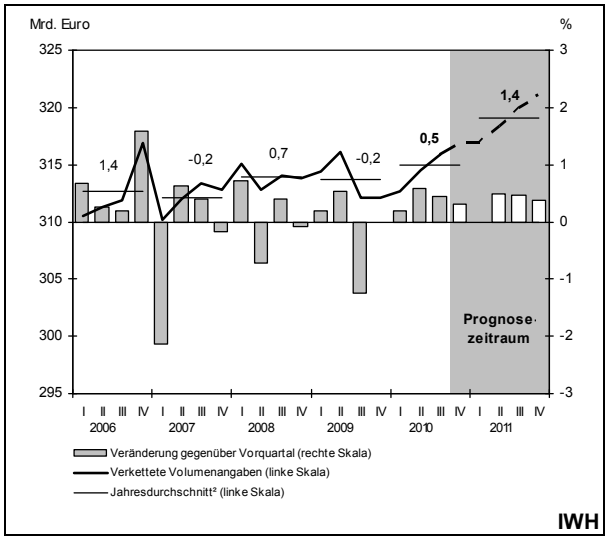
9 Vgl. auch *KfW Bankengruppe:* KfW Kommunalpanel 2010. Berlin, November 2010, 2-4.

Privater Konsum kommt in Fahrt

Obwohl im Verlauf des Jahres 2010 der private Konsum stetig zunahm, lag die private Nachfrage im Gesamtjahr insgesamt real nur 0,5% über der im Vorjahr (vgl. Abbildung 9).[10] Die Zunahme des Konsums wurde durch die verfügbaren Einkommen gestützt, die sich nominal um 2,7% und real um 0,8% erhöhten (vgl. Tabelle 10). Ausschlaggebend dafür war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Kurzarbeit wurde weiter abgebaut, und die Beschäftigtenzahlen befinden sich auf Rekordniveau. Dies führte zu kräftigen Zuwächsen bei den Bruttolöhnen und -gehältern, von denen zudem durch steuerliche Entlastungen ein höherer Anteil bei den Arbeitnehmern verblieb als zuvor.

Die Tarifverdienste nahmen nur wenig zu. Bei den im Laufe des Jahres 2010 neu verhandelten Tarifentgelten wurden häufig Einmalzahlungen vereinbart, die Zurückhaltung bei den Grundgehältern wurde nicht aufgegeben. Mit beeinflusst durch den Rückgang der Kurzarbeit stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste mit 2,2% stärker als die Tariflöhne an. Da gleichzeitig die Arbeitszeitkonten wieder aufgebaut wurden, stagnierte der Stundenlohn. Mit den weiterhin positiven konjunkturellen Aussichten dürften in den Jahren 2011 und 2012 die Tariflöhne stärker zunehmen, nämlich im Jahr 2011 um 1,8% und im darauffolgenden Jahr um 2,1%. Aufgrund der günstigen Arbeitsmarktentwicklung werden die Effektivverdienste jedoch bereits früher anziehen.[11]

Abbildung 9:
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[1]
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



[1] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2] Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; ab viertem Quartal 2010: Prognose des IWH.

Tabelle 10:
Verfügbare Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte[a] in Deutschland
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2010	2011	2012
Verfügbare Einkommen, nominal	2,7	2,8	2,7
darunter:			
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	4,1	3,1	2,1
Monetäre Sozialleistungen	1,6	−1,3	0,0
Selbstständigen-, Vermögenseinkommen	1,9	5,1	5,2
Sparen	5,3	1,4	1,6
Private Konsumausgaben, nominal	2,4	3,0	2,8
Nachrichtlich: Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	2,7	3,0	3,1
Sparquote (in %)	11,4	11,3	11,1
Preisindex des privaten Konsums	1,9	1,7	1,4
Private Konsumausgaben, real	0,5	1,4	1,5

[a] Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die in der Krise stabilisierend wirkenden monetären Transferzahlungen haben zu Beginn des Jahres 2010 nochmals leicht zugelegt. Seitdem ist eine Trendwende zu beobachten – die monetären Sozialleistungen sinken. Im Jahresdurchschnitt 2011 werden sie insgesamt um 1,3% niedriger sein als im Vorjahr und im Jahr 2012 stagnieren.[12] Kräftig zunehmen werden hingegen die Selbstständigen-

[10] Vorausgegangen waren das Auslaufen der Abwrackprämie und ein entsprechend starker Einbruch bei der Nachfrage nach Neuwagen.

[11] Aufgrund eines Urteils des Bundesarbeitsgerichts vom 14.12.2010 wird der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (CGZP) die Tariffähigkeit aberkannt. Dies könnte für die betroffenen Leiharbeiter eventuell dazu führen, dass sie ein höheres Gehalt rückwirkend einklagen können. Zum Redaktionsschluss dieser Prognose lag der genaue Wortlaut der Urteilsbegründung jedoch noch nicht vor, sodass eine genaue Abschätzung der Wirkung nicht möglich ist.

[12] Die Verringerung der monetären Sozialleistungen aufgrund der Streichung von Beitragsleistungen des Bundes an die Rentenversicherer für ALG-II-Empfänger wirkt sich dabei nicht auf die verfügbaren Einkommen aus, da gleichzeitig auch die Transferabgaben um diesen Betrag sinken.

und Vermögenseinkommen, die aufgrund der Krise noch bis in das erste Halbjahr 2010 deutlich gesunken waren. Hier zeigen sich ab dem dritten Quartal starke Aufholprozesse, die in der nächsten Zeit noch zunehmen dürften. Alles in allem steigen somit die verfügbaren Einkommen um 2,8% im Jahr 2011. Ein ähnlich kräftiger Anstieg ist auch im Jahr danach zu erwarten. Dies führt bei einer leicht sinkenden Sparquote zu einer weiteren Zunahme des privaten Konsums, der jedoch zu Beginn des Jahres 2011 durch eine Reihe von Steuer- und Abgabenerhöhungen (Stromsteuer, Tabaksteuer, Luftverkehrssteuer, SV-Beiträge) sowie der Energiepreiserhöhungen durch die EEG-Umlage einen kurzfristigen Dämpfer erhält. Alles in allem wird somit der private Konsum im Jahr 2011 um 1,4% steigen und im Jahr 2012 mit 1,5% nochmals an Dynamik leicht zulegen.

Verbraucherpreise steigen langsam

Im Verlauf des Jahres 2010 beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise. Alles in allem ist die Inflation mit 1,1% im Jahr 2010 immer noch gering.[13]

Überdurchschnittlich stiegen 2010 die Preise für Kraftstoffe und Heizöl, aber auch die Teuerung für Nahrungsmittel nahm etwas stärker als die der anderen Produkte im Warenkorb zu. So lag im November der Preisanstieg bereits bei 1,5% im Vorjahresvergleich. Ohne die Einbeziehung von Energie und Nahrungsmitteln (Kernrate) hätte der Preisanstieg zu diesem Zeitpunkt nur bei 0,9% gelegen.

Im Prognosezeitraum wird die Preisdynamik weiter zunehmen. Ein erhöhter Druck auf die Preise ist bereits zu Beginn des Jahres 2011 zu erwarten. Durch eine Reihe von Steuererhöhungen könnten rein rechnerisch Preiserhöhungen von bis zu 0,6 Prozentpunkten gerechtfertigt sein. Jedoch ist davon auszugehen, dass nicht alle diese Kosten sofort vollständig auf die Preise umgelegt werden.

Für das Jahr 2011 kann mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,6% gerechnet werden. Sie liegt etwas höher als im Jahr 2010, denn die Preissetzungsspielräume der Unternehmen erhöhen sich im Zuge der besseren Kapazitätsauslastung. Im nachfolgenden Jahr werden die Preise in etwa der gleichen Größenordnung weiter anziehen.

Aufschwung in Ostdeutschland kräftigt sich 2011

In der ersten Hälfte des Jahres 2010 holte die ostdeutsche Wirtschaft zwar einen beträchtlichen Teil der Produktionsausfälle aus der Krise auf, in den letzten beiden Quartalen stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion allerdings nahezu. Ausschlaggebend war wohl die geringe Orientierung auf die Auslandsmärkte, die die Aufnahme der kräftigen Nachfrageimpulse von den expandierenden Märkten in den Schwellenländern dämpfte. Es verzögerte sich in der zweiten Jahreshälfte 2010 aber auch die Übertragung der Impulse aus der insgesamt anziehenden Binnennachfrage in Deutschland. Zwar stieg zuletzt die inländische Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern aus ostdeutscher Produktion, dieser Wechsel wurde jedoch mehr als kompensiert durch den schlagartigen Rückgang der Bestellungen von Investitionsgütern aus dem Ausland. Auch die umsatzstarken ostdeutschen Hersteller von Vorleistungsgütern mussten sich mit sinkenden Auftragseingängen begnügen. Diese Schwächen in der Impulsübertragung haben wohl strukturelle Ursachen, wie das geringe Gewicht der Investitionsgüterindustrien in der ostdeutschen Wirtschaft, da Angebotsprobleme, die auf relative Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit hindeuten, derzeit nicht erkennbar sind. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht konnte der Produktionsrückgang der Industrie zuletzt nur durch den Dienstleistungssektor ausgeglichen werden. Alles in allem stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 in Ostdeutschland (ohne Berlin) um 2,7%. Der Stand vor der Wirtschafts- und Finanzkrise wird damit trotz des geringeren Produktionsrückgangs in der Krise als im Westen noch nicht wieder erreicht.

Im Jahr 2011 kräftigt sich der Aufschwung. Die Produktion von Investitionsgütern wird steigen, auch wenn das relativ kleine industrielle Investitionsgütergewerbe die Anregungen aus der Erwärmung des Investitionsklimas in Deutschland nur eingeschränkt bedienen kann, und das Baugewerbe weniger Anregungen aus dem auslaufenden Konjunkturpaket II erhalten wird. Angesichts der rückläufigen Einwohnerzahl in den Neuen Ländern werden die auf die lokalen Märkte ausgerichteten Unternehmensbereiche auf teilweise schrumpfende Märkte stoßen. Die aufgehellten Einkommens- und Arbeitsplatzperspektiven dürften jedoch den Kon-

[13] Um 0,8 Prozentpunkte stärker als die Verbraucherpreise, also um 1,8%, legt im Jahr 2010 der Konsumdeflator zu. Der Unterschied liegt in den indirekt gemessenen Preisen für Bankdienstleistungen (FISIM). Die Zinsen auf Bankguthaben von privaten Haushalten sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr deutlich gefallen. Dies hat die indirekt gemessenen Preise für Bankdienstleistungen und damit auch den Konsumdeflator erhöht.

sum und die Konsumgüterproduktion stimulieren. Das Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2011 um 1,8% und damit noch einmal schwächer als in Westdeutschland zunehmen. Allerdings wird sich der Wachstumsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft mit der stärker werdenden Verlagerung der treibenden Kräfte auf die Binnennachfrage in Deutschland verringern. Die Produktionsausfälle aus der Krise werden dann im späteren Verlauf von 2011 vollständig ausgeglichen.

Auch in Ostdeutschland wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt im Jahr 2011 um 0,4% und im Jahr darauf um 0,3% zu. Die Zuwachsraten fallen jedoch etwas geringer aus als in Westdeutschland, da die gesamtwirtschaftliche Produktion vor allem infolge der geringeren Exportorientierung nicht so kräftig expandiert wie in den Alten Bundesländern. Der kräftige Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit wird sich auch wegen des sehr starken Rückgangs des Arbeitsangebots fortsetzen. Die Arbeitslosenquote wird im Jahr 2011 11,1% und im Jahr 2012 10,5% betragen.

Lage der öffentlichen Haushalte entspannt sich deutlich

Die öffentlichen Finanzen entwickeln sich deutlich besser, als zu Beginn des Jahres 2010 erwartet werden konnte, und das Defizit wird sich in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr nur wenig erhöhen.

Die Einkommen- und Vermögensteuern sind dabei im Jahr 2010 nochmals zurückgegangen. So ließen zu Beginn des Jahres in Kraft getretene Steuerrechtsänderungen das Lohnsteueraufkommen sinken, allerdings um merklich weniger, als zu Beginn des Jahres erwartet werden konnte, denn der Arbeitsmarkt hat sich überraschend gut entwickelt. Kräftig zurückgegangen sind nochmals die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer – eine Folge der Unternehmensteuerreform. Die veranlagte Einkommen- wie auch die Körperschaftsteuer legen dagegen schon wieder deutlich zu. Im Jahr 2011 dann stagnieren. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden nun zwar spürbar expandieren, denn die Lohnsumme nimmt zu. Bei der veranlagten Einkommensteuer kommt es aufgrund von Steuerrechtsänderungen der Vorjahre aber zu einem kräftigen Rückgang. Zudem sinkt die Abgeltungsteuer nochmals. Die indirekten Steuern steigen hingegen bereits im Jahr 2010. Insbesondere die Umsatzsteuer entwickelt sich gut, denn die konjunkturelle Erholung wird vor allem von der Binnennachfrage getragen. Auch die Gewerbesteuer steigt bereits merklich. Im Jahr 2011 legen die Einnahmen aus den indirekten Steuern weiter kräftig zu. Zum einen wird das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum überwiegend von der Binnennachfrage getragen, und die Umsatzsteuer steigt. Zum anderen erfolgt ein Großteil der Konsolidierung über die Erhöhung indirekter Steuern und Produktionsabgaben. So werden eine Brennelementesteuer und eine Luftverkehrsabgabe eingeführt, bei der Ökosteuer werden Ausnahmetatbestände vermindert, und die Tabaksteuer wird schrittweise bis zum Jahr 2015 erhöht. Die Steuern insgesamt stagnieren im Jahr 2010, bevor sie im Jahr 2011 mit 2,4% und im Jahr darauf mit 4,6% zunehmen.

Auch die Einnahmen aus den Sozialbeiträgen expandieren deutlich. Schon im Jahr 2010 legen sie mit 2,5% zu, denn es sind vor allem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die entstehen. Ihr Aufbau setzt sich fort, und zu Beginn des Jahres 2011 werden zudem der Beitragssatz zur Arbeitslosen- wie auch der gesetzliche Beitragssatz zur Krankenversicherung angehoben. Allerdings wird der Bund für die Empfänger von ALG II zukünftig keine Beiträge mehr entrichten. Alles in allem werden die Sozialbeiträge um 2,9% zunehmen und im Jahr darauf bei weitergehendem Beschäftigungsaufbau sogar um 3,4%.

Auch werden die Einnahmen des Staates aus den Verkäufen weiter steigen: Zum einen werden die Gemeinden die Gebühren aufgrund ihrer angespannten Haushaltslage weiter erhöhen. Zum anderen werden hier zukünftig die Einnahmen aus Garantieleistungen berichtet, die infolge der Finanzkrise merklich zugenommen haben. Alles in allem legen die Einnahmen des Staates im Jahr 2010 um 1,1% zu, im Jahr 2011 um 2,7% und im Jahr 2012 mit 4,0%.

Die Ausgaben des Staates steigen im Jahr 2010 um 1,6%.[14] Im Jahr 2011 werden sie hingegen stagnieren, bevor sie im Jahr 2012 wieder um 1,2% zulegen. Arbeitnehmerentgelte, Vorleistungen und soziale Sachleistungen nehmen dabei im Jahr 2010 kräftig zu. Zu Beginn des Jahres 2010 wurden für die Bediensteten von Bund und Kommunen die Löhne erhöht, und Maßnahmen der Konjunkturpakete schlagen sich in den Vorleistungskäufen nieder. Zudem mussten zu Beginn des Jahres einige Kommunen ihr Rechnungswesen auf die dop-

[14] Bereinigt um die Erlöse aus den UMTS-Versteigerungen um 2%.

pische Buchführung umstellen. Vorher als investiv charakterisierte Ausgaben werden nun vermehrt bei den Vorleistungen erfasst. Im Prognosezeitraum werden Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sowohl bei den Arbeitnehmerentgelten als auch bei den Vorleistungen ansetzen. Bei den sozialen Sachleistungen erfolgten bereits Mitte des Jahres 2010 Eingriffe, die den Ausgabenanstieg begrenzen. Im Jahr 2011 werden weitere Maßnahmen die Ausgaben im Gesundheitsbereich dämpfen; dauerhaft kann diese Kostendynamik dadurch aber nicht gebremst werden.

Die monetären Sozialleistungen nehmen im Jahr 2010 mit 1,7% zu. Zu Beginn des Jahres ist das Kindergeld nochmals erhöht worden. Außerdem haben die Geldleistungen der Sozialhilfe zugenommen, und auch die Ausgaben für öffentliche Pensionen liegen deutlich über ihrem Vorjahresniveau. Die Ausgaben für Lohnersatzleistungen sinken demgegenüber bereits, denn die Zahl der Arbeitslosen ist rückläufig. Dies setzt sich im Jahr 2011 fort. Zudem werden die Ausgaben für Kurzarbeit wieder auf ihr Vorkrisenniveau sinken, und im Zuge der Haushaltskonsolidierung werden Transfers reduziert.[15] Die Ausgaben der Rentenversicherung nehmen zwar in den nächsten Jahren zu, aber nur verhalten. Obwohl die Zahl der Rentenbezieher weiter steigt, werden die Rentenanpassungen nur gering sein, denn in Vorjahren ausgesetzte rentenmindernde Faktoren müssen nachgeholt werden. Alles in allem gehen die monetären Sozialleistungen im Jahr 2011 um 1,4% zurück und stagnieren im Jahr darauf.

Die Bruttoinvestitionen des Staates steigen im Jahr 2010 um 3,1%, bevor sie im Jahr 2011 um 7,3% und im Jahr 2012 nochmals um 5% zurückgehen. Ein Großteil der konjunkturstimulierenden Maßnahmen bestand in einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Diese Mittel sind zwar bis Ende des Jahres 2010 begrenzt; Projekte, die bis dahin begonnen worden sind, können allerdings auch später umgesetzt werden; teilweise wird sogar noch eine Fertigstellung im Jahr 2012 möglich sein.

Das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts wird in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2010 bei 3,2% liegen.[16] Im Jahr 2011 wird es auf 1,9% zurückgehen und im Jahr 2012 schließlich auf 0,7% sinken.

Wirtschaftspolitik

Politische Konsequenzen aus der Schulden- und Vertrauenskrise

Es ist unklar, ob der bereits beschlossene „Rettungsschirm“ für eine Stützung aller von der Schulden- und Vertrauenskrise betroffenen Länder ausreicht, zumal infolge der sich verschärfenden Krise in Irland auch die Risikoaufschläge auf Anleihen anderer hochverschuldeter Euroraumländer wieder gestiegen sind. In der Diskussion wird allerdings meist vernachlässigt, dass sich die Entwicklung in Irland deutlich von der Situation anderer verschuldeter Länder unterscheidet. Die Staatsausgaben in Irland waren vergleichsweise moderat. In Irland ist es vor allem der Finanzsektor, der – durch die irische Ordnungs- und Steuerpolitik sicherlich mit verursacht – zu große Risiken angehäuft hat und nun erheblicher Unterstützung bedarf. Eine Rettung der großen irischen Banken ist für Irland ohne europäische Hilfe kaum zu schultern. Bei der Beurteilung einer Beteiligung Europas an der Rettung der irischen Banken muss aber bedacht werden, dass andere europäische Banken an den irischen Finanzmärkten in erheblichem Umfang tätig waren. Ein Ausfall der irischen Banken hätte daher massive Rückwirkungen auf den gesamten europäischen Bankensektor. Gerade wenn die Position vertreten wird, dass auch die Gläubiger an der Krisenbewältigung beteiligt werden sollten, würde dies auf die europäischen Banken zurückfallen, für die wohl wiederum die öffentlichen Haushalte in die Bresche springen müssten. Die Bürgschaft der europäischen Partnerländer für Irland ist somit im ureigensten europäischen Interesse.[17] Selbst wenn die Bürgschaften aufgrund einer Zahlungsunfähigkeit Irlands fällig werden sollten, überstiegen die resultierenden Zahlungen nicht den Umfang der andernfalls not-

[15] In den VGR wird die Beitragsleistung des Bundes an die Rentenversicherung für Hartz-IV-Bezieher bei den Ausgaben für ALG II berichtet. Die Streichung dieser Beiträge reduziert also zum einen das Beitragsaufkommen im Jahr 2011 um 1,9 Mrd. Euro, zum anderen werden auch die monetären Sozialleistungen um diesen Betrag gemindert.

[16] Bereinigt um die Erlöse aus den UMTS-Versteigerungen liegt die Quote bei 3,3%.

[17] Genau genommen bürgen die Partnerländer für die Schuldtitel, welche die European Financial Stability Facility an den Kapitalmärkten aufnimmt, um Irland Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

wendigen Bankenrettung, da Irland zumindest einen Teil tilgen dürfte.[18]

Zudem zeigt der untypisch hohe Unterschied zwischen dem irischen Bruttonationaleinkommen (2009 ca. 138 Mrd. Euro) und dem irischen Bruttoinlandsprodukt (2009 ca. 166 Mrd. Euro), der seit 2002 zwischen knapp 15% und 20% liegt, dass ein erheblicher Teil der irischen Produktion keineswegs in Irland selbst einkommenswirksam wurde. Vielmehr haben auch andere europäische Länder ganz erheblich vom „keltischen Tiger" profitiert, in gewissem Umfang auch europäische Banken. Insofern ist die irische Krise auch als Ausdruck einer europäischen Bankenkrise zu verstehen.

Der Fall Irlands kann nicht als typisch für europäische Verschuldungskrisen bezeichnet werden. Deshalb müssen auch Politikempfehlungen für die Prävention und den Umgang mit zukünftigen Schuldenkrisen entsprechend differenziert ausfallen. Zentrale Überlegung aller diesbezüglichen Reformen muss es jedoch sein, weder privaten Investoren noch der öffentlichen Hand Anreize zu setzen, bei Kreditgeschäften auf eine europäische Unterstützung zu hoffen. Ein Rettungsschirm soll im Idealfall langfristig lediglich verhindern, dass ein fundamental nicht begründeter Anstieg der Risikoaufschläge die Refinanzierung so verteuert, dass Rückzahlungen dadurch erst erschwert werden. Risikoaufschläge, die auf eine nicht nachhaltige Haushaltsführung zurückgehen, sollten bestehen bleiben. Wenn auch die steigenden Risikoaufschläge im Moment die Krise verschärfen, darf nicht vergessen werden, dass eine zentrale Krisenursache im fast vollständigen Fehlen einer Zinsdifferenzierung in der Zeit vor Ausbruch der Finanzkrise lag.

Reform der Krisenprävention und des Krisenmanagements in Europa

Ein reformiertes Regelwerk für den europäischen Rettungsschirm muss die Aussicht eröffnen, dass bei der Anwendung des Schirms zwischen fundamental begründeten bzw. vorhersehbaren und nicht fundamental begründeten bzw. unvorhersehbaren Fehlentwicklungen differenziert wird. In diesem Fall wird auch der Markt die Risiken aus der Verschuldung von Ländern korrekt bewerten. Damit eine solche Differenzierung gelingt, muss das Regelwerk allgemeingültig, transparent, politisch durchsetzbar und auch demokratisch legitimierbar sein.[19] Als Grundlage einer Neuregelung der europäischen Strukturen, die gewährleisten soll, dass es nicht zu einer Ausnutzung des Rettungsschirmes kommt, bieten sich nationale Stresstests auf der Basis eines breiten Indikatorenmonitorings an, die zwingend veröffentlicht und auf einer entscheidungsbevollmächtigten europäischen Ebene diskutiert werden müssen.

Bisher hatte der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Aufgabe, die Euroraumländer zu einer Finanzpolitik anzuhalten, die gemeinschaftlichen Interessen nicht zuwiderläuft. Er ist aber weder zielgenau noch durchsetzbar und kann daher nicht als Grundlage für eine Differenzierung zwischen Ländern, die sich für eine Unterstützung qualifizieren, und anderen Ländern dienen. Seine Beschränkung auf fiskalische Kriterien hat sich als unzureichend erwiesen. Daher sollte, auf dem Geist des ursprünglichen Paktes aufbauend, eine erneuerte Form wirtschaftspolitischer Koordination in Europa gefunden werden, ohne dabei die Souveränität der Mitgliedsstaaten und damit die nationale Verantwortung für die Finanzpolitik über die Maßen einzuschränken.

Vor allem am Fall Spaniens hat sich gezeigt, dass bereits die Identifikation einer langfristig nicht tragfähigen Finanzpolitik problematisch ist.[20] In Ländern mit einer risikobehafteten Entwicklung der Steuerbasis kann es aus einer vermeintlich gesunden haushaltspolitischen Situation schnell zu einer Überschuldung kommen, wenn große Teile der Steuereinnahmen in kurzer Zeit wegbrechen, ohne dass der Staat ausgabenseitig unmittelbar reagieren kann. Sinnvoll wäre daher ein Stresstest für die Finanzsituation der EU-Mitglieder.

Entscheidend hierfür wäre nicht nur die zu erwartende wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch deren Varianz bzw. das Risiko. Damit ist evident,

---

[18] Die prekäre Lage des europäischen Bankensystems hat seit Beginn der Finanzkrise das Festhalten am No-Bail-out-Versprechen unglaubwürdig erscheinen lassen. Vgl. *Dietrich, D.; Lindner, A.:* Spannungen im Euroraum unter dem Druck der Weltfinanzkrise, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15, Themenheft 2009, 34-38.

[19] Siehe auch *Dietrich, D.; Holtemöller, O.; Lindner, A.:* Wege aus der Schulden- und Vertrauenskrise in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (8), 2010, 370-375.

[20] Im Fall Spaniens drückten sich die Staatsausgaben zwar bis kurz vor der Krise nicht in einem Budgetdefizit aus, allerdings waren die durch die Sonderkonjunktur im Immobiliensektor bedingten Überschüsse relativ gering. Auch ohne dass es zu Verschuldung kam, wurde so eine Ausgabenstruktur etabliert, die bei einer Umkehr oder nur Verlangsamung der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt zwangsläufig zu hohen Defiziten führen musste. Mit dem Platzen der Immobilienblase kam es vorübergehend zu einem Rückgang der Staatseinnahmen von über 40%.

dass die Prognose nicht allein auf der Grundlage weniger Indikatoren eingebettet in ein traditionelles ökonomisches Modell erfolgen darf, das naturgemäß bisher nicht eingetretene Risiken nur unzureichend berücksichtigt. Vielmehr müssten die Grundmodelle ergänzt werden durch Expertenwissen sowie ein möglichst breites Monitoring von Vermögenspreisen und anderen hochvolatilen volkswirtschaftlichen Indikatoren, in denen sich Verwerfungen meist stärker – wenn auch nicht unbedingt eindeutig identifizierbar – niederschlagen als in realen Größen. Neben den Immobilienmärkten, die vermutlich nach der aktuellen Krise verschärft beobachtet werden, umfassen denkbare Indikatoren u. a. nach Sektoren disaggregierte Aktienpreise, Anleihepreise, Zinsen und Zinsspreads nach Fristen sowie Risikoklassen.

Im Rahmen des eigentlichen Stresstests könnte auf ein solches Breitenmonitoring aufbauend in Fallstudien untersucht werden, wie ein Land aufgestellt wäre, wenn sich eine statistisch auffällige Entwicklung als Blase entpuppt, wie also der Zusammenbruch eines Marktes auf Steuereinnahmen und notwendig werdende Staatsausgaben wirkt.

Zentral ist, dass die Resultate der entsprechenden Gutachten zwingend publiziert und in einem europäischen Gremium, beispielsweise dem Europäischen Parlament, zwingend diskutiert werden. Während die Veröffentlichung notwendig ist, um dem Markt die angestrebte Einpreisung zu ermöglichen, ist die Diskussion erforderlich, um zu signalisieren, dass sowohl Entscheidungsträger als auch betroffene Länder sich mit dem Problem kritisch auseinandergesetzt haben. Erst wenn die Transparenz bezüglich des Bewertungsprozesses und -ergebnisses durch Transparenz des politischen Verfahrens ergänzt wird, wird es später unmöglich, jedwede Krise als – für die Entscheidungsträger – „unvorhersehbar“ und damit „unterstützungsfähig“ zu klassifizieren. Als glaubwürdige Sanktionierungsgrundlage ist daher die Transparenz in allen drei Teilaspekten unverzichtbar.

Die im Oktober 2010 vom Europäischen Rat gebilligten Vorschläge der Van-Rompuy-Task-Force[21] zur Risikobewertung gehen in eine ähnliche Richtung und sind deshalb zu begrüßen. Derzeit ist die Europäische Kommission aufgefordert, ein Set von Indikatoren für die Risikobewertung zu erstellen. Dabei sollte beachtet werden, dass es, wie oben beschrieben, nicht ausreicht, einige wenige Fundamentaldaten zu betrachten. Von entscheidender Bedeutung dürfte die Gewichtung von Indikatoren bei der Bewertung des Risikos sein. An dieser Stelle sollte unter Berücksichtigung der aktuellen weltwirtschaftlichen Lage und veränderlicher Risikoszenarien eine Experteneinschätzung stattfinden.

Bei der Sanktionierung bzw. allgemeiner bei der Reaktion, die sich auf ein problematisches Gutachten ergeben sollte, sind zwei zentrale Punkte zu beachten. Zum einen müssen politische Rahmenbedingungen beachtet werden, d. h. die Sanktion muss politisch durchsetzbar und legitimiert sein. Zum zweiten muss bedacht werden, dass Risikoszenarien, die sich naturgemäß nicht häufig wiederholen und für die daher nur wenige Erfahrungswerte zur Verfügung stehen, mit großer Unsicherheit verbunden sind, was scharfe Eingriffe als Reaktion auf solche Prognosen kritisch erscheinen lässt.

Auch um die Souveränität der Mitgliedsländer zu wahren, bietet sich hier – angelehnt an das Verfahren des IWF bei einer Unterstützung durch den Währungsfonds – an, zunächst eine Absichtserklärung des betroffenen Staates einzufordern, in der darzulegen ist, wie das Land gegebenenfalls reagieren könnte, falls das skizzierte Risikoszenario sich verwirklicht.

Nur wenn die Absichtserklärung – auch nach möglichen Überarbeitungen – nicht überzeugt, sollte eine Sanktion in Erwägung gezogen werden. Da eine falsche Politik hier nicht nachweisbar sein kann, weil lediglich Risiken betrachtet werden, die sich möglicherweise nie verwirklichen, kann die Sanktion nicht in unmittelbaren Bestrafungen bestehen. Vielmehr müsste – da Risiken bewusst in Kauf genommen werden – ein bedingter Ausschluss aus dem Rettungsschirm erfolgen, da der Rettungsschirm explizit nicht dazu dienen sollte, die Kosten selbst gewählter Risiken auf die europäischen Nachbarn abzuwälzen.

Um den Märkten einen solchen Ausschluss aus dem Rettungsschirm glaubhaft zu machen, muss die Neuordnung der wirtschaftspolitischen Koordinierung mit einer ordnungspolitischen Reform einhergehen, die sowohl für Banken wie auch für Staaten eine geordnete Insolvenz zulässt. Erst so werden Spillovers auf andere europäische Länder so weit reduziert, dass eine Unterstützung der betroffenen Mitglieder nicht zwingend im Eigeninteresse der Union liegt.

[21] Der Vorschlag der Van-Rompuy-Task-Force ist zu finden unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/117236.pdf; die Beschlüsse des Europäischen Rats unter: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/117499.pdf.

Von besonderer Bedeutung für eine entsprechende Regelung ist dabei die Beteiligung der Gläubiger an den Kosten der Umschuldung. Aus diesem Grund sind die aktuellen Beschlüsse der Euro-Länder,[22] die eine Beteiligung der Gläubiger an der Umschuldung vorsehen, zu begrüßen. Der Effekt der Ankündigung einer Gläubigerbeteilung auf die Risikobewertung hängt allerdings stark von ihrer Glaubwürdigkeit ab. Die vorgeschlagenen *Collective Action Clauses* (CAC) bei Staatsschuldpapieren, die eine Beteiligung der Gläubiger an einer potenziellen Umschuldung regeln, sollten deshalb so formuliert werden, dass die Beteiligung im Krisenfall gewährleistet ist. Wichtig ist auch, dass der Übergang zu CAC-erweiterten Staatsschuldpapieren so gestaltet wird, dass deren Einführung nicht unmittelbar zu einem Ausschluss der heutigen Krisenländer von den Kapitalmärkten führt. Die CAC sollten deshalb erst dann wirksam werden, wenn ein signifikanter Anteil der Staatsschuldpapiere eine CAC-Klausel enthält. Zudem sollte gesichert sein, dass die Mitgliedsländer dem raueren Wind der Risikobewertung gewachsen sind. Das bedeutet, dass möglicherweise in Krisenländern eine Umschuldung schon vor dem Eintritt in die Phase der Gläubigerbeteiligung nötig ist.

Die institutionelle Verankerung des notwendigen Gremiums, in dem die vorgeschlagenen Stresstests diskutiert werden und das die gegebenenfalls notwendigen Sanktionen beschließt, sollte am Europäischen Parlament oder dem Rat erfolgen. Anders als EZB oder Europäische Kommission, die bisher für eine solche Rolle im Gespräch waren, sind Parlament und Rat demokratisch legitimiert, was bei Entscheidungen dieser Tragweite wichtig ist. Eine Einbeziehung der EZB sollte zudem vermieden werden, da die positive Bewertung eines Landes durch die EZB als implizite Garantie eines geldpolitischen Bail-out durch Aufkauf der entsprechenden Staatsanleihen verstanden werden könnte, was – um die Stabilität des Euro zu wahren – unbedingt vermieden werden muss.

Diese Vorschläge stehen im Gegensatz zu dem von der Van-Rompuy-Task-Force entwickelten Sanktionsmechanismus. Besonders kritisch daran ist, dass der Sanktionsmechanismus auf Einschätzungen der Europäischen Kommission basieren soll. Dies führt zu einem Eingriff einer demokratisch nicht hinreichend legitimierten Institution in die Finanzpolitik eines Mitgliedslandes. Ein solcher Eingriff dürfte, wie die Erfahrung mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigt, nur schwer durchsetzbar sein und bedeutet eine (implizite) Bail-out-Garantie, die einer adäquaten Risikobewertung zuwiderläuft.

Zur Geldpolitik

Die dramatische Haushaltslage einzelner Länder des Euroraums beeinträchtigt in Verbindung mit den Hilfsmaßnahmen zur Stützung des Bankensektors den Handlungsspielraum der EZB. Die Hilfsmaßnahmen für Banken in der Form staatlicher Garantien für Bankschulden, wie sie in Europa überwiegend erfolgen, mögen in der Anfangsphase einer Finanzkrise ihre Berechtigung haben.[23] Sie lösen aber das eigentliche Problem des Schuldenüberhangs von Banken nicht. Vielmehr verstärken die Garantien Fehlanreize hinsichtlich der Übernahme exzessiver Risiken. So haben Banken angesichts staatlicher Garantien einen hohen Anreiz, ähnliche Risiken einzugehen, sodass die Diversifikation innerhalb des gesamten Finanzsektors gemindert und dessen Anfälligkeit gegenüber gemeinsamen Schocks erhöht wird.[24] Zudem erhöhen Garantien den Anreiz zur Übernahme höherer Risiken im Aktivgeschäft und zu größerer Verschuldung.[25] Denn erstens mindern Garantien die Marktdisziplin, und zweitens stellen sie eine implizite Subvention von Fremdkapital dar, wodurch das Marginalkalkül einer Bank bei ihrer Finanzierungsentscheidung verzerrt wird.[26] Neben den von Garantien begünstigten Banken haben auch deren Wettbewerber Anreize, höhere Risiken einzugehen. Denn Garantien ermöglichen es den begünstigten Banken, aggressi-

---

22 Siehe auch: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/118050.pdf.

23 Vgl. *Aït-Sahalia, Y.; Andritzky, J.; Jobst, A.; Nowak, S.; Tamirisa, N.:* Market Response to Policy Initiatives during the Global Financial Crisis, in: NBER Working Paper 15809. National Bureau of Economic Research, 2010.

24 Vgl. *Acharya, V. V.:* A Theory of Systemic Risk and Design of Prudential Bank Regulation, in: Journal of Financial Stability, Vol. 5 (3), 2009, 224-255.

25 Siehe hierzu *Chaney, P. K.; Thakor, A. V.:* Incentive Effects of Benevolent Intervention: The Case of Government Loan Guarantees, in: Journal of Public Economics, Vol. 26 (2), 1985, 169-189. – *Hellwig, M. F.:* Capital Regulation after the Crisis: Business as Usual? Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, 31. Bonn 2010.

26 Vgl. *Dietrich, D.; Hauck, A.:* Government Interventions in Banking Crises: Assessing Alternative Schemes in a Banking Model of Debt Overhang. Discussion Paper on Economics, Finance, and Taxation, No. 3/2010. Heinrich-Heine-Universität: Düsseldorf 2010.

vere Wettbewerbsstrategien zu verfolgen, wodurch sich die erzielbaren Margen verringern und eine riskantere Geschäftspolitik provoziert wird.[27] Die empirische Evidenz spricht auch gegen die Vergabe von Garantien, denn diese wirken nachweislich kaum stabilisierend und verkürzen die Dauer von Krisen nicht.[28]

Für die Zinspolitik ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, dass niedrige Zinsen die mit Garantien verbundenen Fehlanreize noch verstärken können, vor allem, weil niedrige Geldmarktzinsen bei den Banken zusätzliche Anreize zu kurzfristiger Verschuldung setzen. Anhaltend niedrige Zinsen erhöhen somit auch die Wahrscheinlichkeit, dass die gegebenen Garantien auch tatsächlich in Anspruch genommen werden. Wie das Beispiel Irlands besonders deutlich zeigt, kann dies zu einer übermäßigen Belastung der öffentlichen Haushalte führen. Wenn die EZB weiter an sehr niedrigen Zinsen festhält, so kann dies zu erheblichen Risiken für die makroökonomische Stabilität im Euroraum führen.

Um aus diesem Teufelskreis auszubrechen, bedarf es zweier wichtiger Änderungen des ordnungspolitischen Rahmens. Die erste betrifft den Umgang mit den von der Krise schwer betroffenen Banken. Statt Garantien für neue Schulden auszusprechen, sind deren Bilanzen von notleidenden Krediten und von in der Vergangenheit eingegangenen Verbindlichkeiten zu bereinigen – beispielsweise über eine verstärkte Nutzung von *Bad Banks* oder durch die Anwendung eines besonderen Insolvenzverfahrens für Banken. Die zweite Änderung betrifft den Umgang mit den Staaten, deren Schuldenproblem nahezu untragbar geworden ist. Für diese Länder sind ebenfalls Entschuldungsmechanismen einzuführen. Diese Maßnahmen sollten die Fragilität des Bankensektors nicht erhöhen, wenn die zuvor benannten Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung des Bankensektors umgesetzt wurden, verringern aber den Druck auf die EZB, an der Politik des billigen Geldes aus Rücksicht auf die von der Vertrauenskrise betroffenen Länder festzuhalten.

Die EZB hat seit Mai 2010 Staatsanleihen im Wert von insgesamt rund 69 Mrd. Euro an den Kapitalmärkten gekauft. Dies führt dazu, dass sich die Ausfallrisiken zunehmend direkt in der Zentralbankbilanz niederschlagen. Die EZB übernimmt damit die Rolle einer *Bad Bank*.

In der Gesamtschau sollte die EZB im Prognosezeitraum nicht nur weiter sanft aus den liquiditätspolitischen Sondermaßnahmen aussteigen, sondern auch mit Blick auf die Risiken für die Finanzstabilität beginnen, die Leitzinsen anzuheben. Aufkaufprogramme für staatliche Wertpapiere sollten auslaufen. Die Probleme im Bankensektor sowie die Schulden- und Vertrauenskrise einiger Länder des Euroraums können nicht mit geldpolitischen Instrumenten gelöst werden.

Zur Finanzpolitik

In Deutschland wurden in den Jahren 2009 und 2010 expansive finanzpolitische Maßnahmen verabschiedet, die ein Volumen von rund 2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts erreichten. In Anbetracht des Ausmaßes des Einbruchs war eine Reaktion der Finanzpolitik zwar notwendig, aber die Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte sind gravierend. In Deutschland schnellte die Defizitquote bereits im Jahr 2009 auf 3% hoch, nach einem – wenn auch niedrigen – Überschuss im Jahr zuvor. Noch stärker schlug die Finanzkrise sich im Schuldenstand nieder. Während staatliche Garantien oder Bürgschaften das Defizit des Staates erst dann erhöhen, wenn sie fällig gestellt werden, steigt der Schuldenstand umgehend. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt lag der Schuldenstand bereits im Jahr 2009 mit 73½% um gut sieben Prozentpunkte über seinem Vorjahresniveau und wird sich vor allem wegen des deutschen Anteils an den europäischen Rettungsmaßnahmen im Jahr 2010 nochmals um 8¾ Prozentpunkte erhöhen. Für eine nachhaltige Konsolidierung in Deutschland ist derzeit die Rückführung der Defizitquote und somit letztlich auch der Schuldenstandsquote prioritär.

In letzter Zeit mehren sich die guten Nachrichten. Vor einem Jahr war noch davon auszugehen, dass die gesamtstaatliche Defizitquote auf 5% steigen würde. Heute liegt sie bei 3,2%. Diese Entwicklung ist aber allein der besseren Konjunktur geschuldet. So haben die Gewinnsteuereinnahmen deutlich zugenommen. Vor allem aber hat die Arbeitsmarktsituation die öffentlichen Kassen spürbar entlastet. Sowohl bei der Lohnsteuer als auch bei den Sozialbeiträgen kam es zu konjunkturbedingten Mehreinnahmen, und die Ausgaben für Lohnersatzleistungen blieben weit hinter den Haushalts-

---

[27] Vgl. *Gropp, R.; Hakenes, H.; Schnabel, I.:* Competition, Risk-Shifting, and Public Bail-out Policies. Preprints of the Max Planck Institute for Research on Collective Goods, 05. Bonn 2010 (erscheint in Review of Financial Studies).

[28] Vgl. *Kane, E. J.; Klingebiel, D.:* Alternatives to Blanket Guarantees for Containing a Systemic Crisis, in: Journal of Financial Stability, Vol. 1 (1), 2004, 31-63.

planansätzen zurück. Gleiches gilt für die Zinsausgaben des Staates, denn der Zins auf Bundesanleihen hat einen historischen Tiefstand erreicht.

In einer solchen Situation ließ der Konsolidierungswille in der Vergangenheit häufig nach. Konjunkturbedingte Entlastungen dürfen aber nicht als Vorwand dienen, den Konsolidierungskurs zu lockern. Die strukturellen Fehlbeträge sind nach wie vor hoch und müssen deutlich zurückgeführt werden, wenn der Staat der Schuldenbremse genügen will. Dabei mag das Konzept der Schuldenbremse seine Schwächen aufweisen, und noch lange sind nicht alle Schwierigkeiten bei der Umsetzung gelöst. Dennoch ist es ein Instrument, das dabei helfen kann, die öffentlichen Haushalte auf eine tragfähige Basis zu stellen. Die deutsche Bevölkerung wird in den kommenden Jahren immer weiter altern und schrumpfen. Einer immer geringer werdenden Zahl erwerbsfähiger Personen wird eine immer größere Zahl von Rentenempfängern gegenüberstehen. Der Politik bleibt noch ein Zeitraum von 1½ Dekaden, um sich auf diese Herausforderungen vorzubereiten.[29] Der Abbau der strukturellen Defizite ist hierzu unumgänglich. Werden konjunkturell bedingte Mehreinnahmen im Aufschwung für zusätzliche Ausgaben oder Steuersenkungen verwendet, werden nur Fehler der Vergangenheit wiederholt.

Im Sommer des Jahres 2010 hat die Bundesregierung Maßnahmen konkretisiert, wie sie das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt bis zum Jahr 2016 auf unter 0,35% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückführen will. Das Sparpaket hat seine Schwächen, denn es wird vorrangig über die Einnahmeseite konsolidiert. Zudem ist es darauf ausgerichtet, das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts zurückzuführen, und dies geschieht teilweise zu Lasten anderer öffentlicher Kassen. So werden für die Empfänger von ALG II zukünftig keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt, wodurch der Beitragssatz zur Rentenversicherung voraussichtlich erst im Jahr 2014 statt 2013 gesenkt werden kann. Außerdem ist das Aufkommen aus der Insolvenzgeldumlage im Jahr 2010 deutlich über dem Ausgabebedarf geblieben. Im Jahr 2011 wird der Bund auf diesen Topf zugreifen und 1,1 Mrd. Euro entnehmen. Dennoch: mit der Umsetzung der Maßnahmen kann das strukturelle Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2011 immerhin auf knapp 2% und im Jahr 2012 auf 1% zurückgeführt werden.

Aus heutiger Sicht muss die von der Regierung im Sommer vorgelegte Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung, auf deren Grundlage das notwendige Einsparvolumen für die Schuldenbremse berechnet worden ist, zwar deutlich nach oben korrigiert werden. Allerdings waren auch noch nicht alle Maßnahmen zur Einhaltung des Abbaupfades konkretisiert, und es waren globale Minderausgaben in nennenswerter Größenordnung eingestellt. All dies ist zu beachten, wenn die Politik zusätzliche Maßnahmen ergreifen will. Zurzeit wird vereinzelt über eine Reform der Steuern diskutiert. Eine große Steuerreform ist in der Tat in bestimmten Abständen geboten, schon weil der Einkommensteuertarif Progressionseffekte generiert. Vor allem die Abschmelzung des Mittelstandsbauchs sollte mittelfristig auf der Agenda stehen. Da eine solche Reform jedoch mit erheblichen Mindereinnahmen verbunden wäre, sollten zuvor Konsolidierungserfolge tatsächlich erzielt worden sein.

[29] Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur:* Konjunktur Aktuell: Langsame Erholung ermöglicht Einstieg in die Konsolidierung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (1), 2010, 28 ff.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,0	0,5	0,8	0,1	0,9	0,9	0,6
Arbeitsvolumen	- 2,6	2,6	1,1	2,1	3,1	1,9	0,4
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	- 2,5	2,1	0,4	2,0	2,2	1,0	- 0,2
Produktivität [1]	- 2,2	1,1	1,2	1,1	1,0	1,4	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	- 4,7	3,7	2,3	3,3	4,1	3,3	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd.EUR							
Konsumausgaben	1 883,2	1 929,2	1 975,9	937,3	991,9	961,8	1 014,1
Private Haushalte [2]	1 411,1	1 444,6	1 488,3	701,3	743,2	724,1	764,3
Staat	472,1	484,6	487,6	236,0	248,7	237,8	249,8
Anlageinvestitionen	422,7	450,5	470,3	208,6	241,9	223,3	247,0
Ausrüstungen	154,7	168,6	179,4	77,6	91,0	84,9	94,5
Bauten	240,1	253,5	261,5	117,4	136,1	124,4	137,0
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	28,4	29,5	13,5	14,9	14,0	15,5
Vorratsveränderung [3]	- 27,3	- 5,0	- 4,0	5,5	- 10,5	4,7	- 8,8
Inländische Verwendung	2 278,6	2 374,6	2 442,2	1 151,3	1 223,3	1 189,9	1 252,4
Außenbeitrag	118,5	121,7	133,4	62,2	59,5	72,5	61,0
Exporte	978,8	1 153,6	1 269,6	543,2	610,3	619,7	649,8
Importe	860,3	1 031,9	1 136,1	481,1	550,8	547,3	588,9
Bruttoinlandsprodukt	2 397,1	2 496,3	2 575,7	1 213,5	1 282,8	1 262,3	1 313,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	2,4	2,4	2,0	2,9	2,6	2,2
Private Haushalte [2]	- 0,2	2,4	3,0	1,5	3,2	3,2	2,8
Staat	5,0	2,6	0,6	3,4	1,9	0,8	0,5
Anlageinvestitionen	- 10,3	6,6	4,4	3,9	9,0	7,1	2,1
Ausrüstungen	- 23,3	9,0	6,4	4,3	13,4	9,4	3,9
Bauten	- 0,6	5,6	3,1	4,0	7,0	6,0	0,7
Sonstige Anlageinvestitionen	- 1,4	1,7	3,7	1,3	2,0	3,3	4,1
Inländische Verwendung	- 1,9	4,2	2,8	3,5	4,9	3,3	2,4
Exporte	- 16,9	17,9	10,1	15,1	20,5	14,1	6,5
Importe	- 15,5	19,9	10,1	14,6	25,0	13,8	6,9
Bruttoinlandsprodukt	- 3,4	4,1	3,2	4,1	4,1	4,0	2,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	1 685,7	1 700,2	1 721,5	831,3	868,9	843,7	877,8
Private Haushalte [2]	1 254,4	1 260,6	1 277,6	614,5	646,1	623,8	653,8
Staat	432,0	440,6	444,9	217,4	223,3	220,5	224,4
Anlageinvestitionen	418,2	445,4	461,9	206,3	239,1	218,9	243,0
Ausrüstungen	173,9	191,2	204,6	87,6	103,6	96,0	108,6
Bauten	207,3	216,2	218,8	100,7	115,4	104,5	114,3
Sonstige Anlageinvestitionen	36,6	39,0	41,5	18,3	20,7	19,5	22,0
Inländische Verwendung	2 070,9	2 129,2	2 167,0	1 039,1	1 090,1	1 062,7	1 104,3
Exporte	994,7	1 142,2	1 232,1	545,2	597,0	603,0	629,2
Importe	901,0	1 027,1	1 101,2	487,0	540,0	531,9	569,3
Bruttoinlandsprodukt	2 169,4	2 249,8	2 302,4	1 099,3	1 150,5	1 135,2	1 167,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	0,5	0,9	1,3	0,3	1,4	1,5	1,0
Private Haushalte [2]	- 0,2	0,5	1,4	- 0,4	1,4	1,5	1,2
Staat	2,9	2,0	1,0	2,3	1,7	1,4	0,5
Anlageinvestitionen	- 10,1	6,5	3,7	4,3	8,5	6,1	1,6
Ausrüstungen	- 22,6	9,9	7,0	5,6	13,9	9,6	4,9
Bauten	- 1,5	4,3	1,2	3,2	5,2	3,7	- 1,0
Sonstige Anlageinvestitionen	5,6	6,5	6,3	6,9	6,2	6,5	6,1
Inländische Verwendung	- 1,9	2,8	1,8	1,9	3,7	2,3	1,3
Exporte	- 14,3	14,8	7,9	13,3	16,2	10,6	5,4
Importe	- 9,4	14,0	7,2	11,1	16,7	9,2	5,4
Bruttoinlandsprodukt	- 4,7	3,7	2,3	3,3	4,1	3,3	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben [2]	0,0	1,9	1,7	1,9	1,8	1,7	1,6
Konsumausgaben des Staates	2,1	0,6	- 0,3	1,1	0,2	- 0,7	0,0
Anlageinvestitionen	- 0,3	0,1	0,7	- 0,4	0,5	0,9	0,5
Ausrüstungen	- 0,9	- 0,8	- 0,6	- 1,2	- 0,5	- 0,3	- 0,9
Bauten	0,9	1,2	1,9	0,8	1,6	2,2	1,7
Exporte	- 3,0	2,6	2,0	1,5	3,6	3,2	1,0
Importe	- 6,8	5,2	2,7	3,2	7,1	4,2	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,4	0,8	0,8	0,0	0,7	0,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd.EUR							
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	1 795,2	1 839,1	1 909,9	901,9	937,2	939,0	970,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	233,5	240,3	250,7	116,1	124,2	120,9	129,8
Bruttolöhne und -gehälter	992,4	1 018,9	1 049,8	483,0	535,9	498,0	551,8
Übrige Primäreinkommen [4]	569,4	579,9	609,4	302,9	277,1	320,1	289,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	269,6	340,1	350,2	144,9	195,2	155,9	194,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 064,9	2 179,2	2 260,1	1 046,8	1 132,4	1 094,9	1 165,2
Abschreibungen	366,1	352,1	355,6	176,2	175,9	177,9	177,7
Bruttonationaleinkommen	2 430,9	2 531,3	2 615,7	1 223,0	1 308,3	1 272,8	1 342,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 791,8	1 901,9	1 967,7	912,4	989,6	952,9	1 014,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	566,0	642,7	667,2	313,3	329,4	334,0	333,3
Arbeitnehmerentgelt	1 225,9	1 259,2	1 300,5	599,1	660,1	618,9	681,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	- 2,5	2,4	3,8	1,0	3,9	4,1	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,1	2,9	4,3	1,8	3,9	4,2	4,5
Bruttolöhne und -gehälter	- 0,2	2,7	3,0	2,2	3,1	3,1	3,0
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	- 0,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,3
Übrige Primäreinkommen [4]	- 8,0	1,9	5,1	- 1,2	5,4	5,7	4,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	- 13,5	26,1	3,0	54,3	11,1	7,6	- 0,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	- 4,1	5,5	3,7	6,1	5,1	4,6	2,9
Abschreibungen	- 0,3	- 3,8	1,0	- 5,6	- 2,0	1,0	1,0
Bruttonationaleinkommen	- 3,6	4,1	3,3	4,2	4,0	4,1	2,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	- 4,2	6,1	3,5	7,3	5,1	4,4	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 12,6	13,6	3,8	18,9	8,9	6,6	1,2
Arbeitnehmerentgelt	0,2	2,7	3,3	2,1	3,3	3,3	3,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte [2]							
a) Mrd.EUR							
Masseneinkommen	1 042,5	1 075,5	1 091,7	518,1	557,5	524,9	566,7
Nettolöhne und -gehälter	639,2	665,6	686,1	312,0	353,7	322,0	364,1
Monetäre Sozialleistungen	490,3	498,0	491,7	250,9	247,0	246,6	245,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	87,0	88,1	86,1	44,8	43,3	43,7	42,4
Übrige Primäreinkommen [4]	569,4	579,9	609,4	302,9	277,1	320,1	289,2
Sonstige Transfers (Saldo) [5]	- 57,6	- 59,7	- 60,0	- 30,7	- 29,0	- 31,2	- 28,8
Verfügbares Einkommen	1 554,3	1 595,8	1 641,1	790,3	805,5	813,9	827,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	33,6	34,9	36,0	17,2	17,7	17,7	18,2
Konsumausgaben	1 411,1	1 444,6	1 488,3	701,3	743,2	724,1	764,3
Sparen	176,8	186,2	188,7	106,1	80,0	107,5	81,2
Sparquote (%) [5]	11,1	11,4	11,3	13,1	9,7	12,9	9,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	2,6	3,2	1,5	3,5	2,8	1,3	1,7
Nettolöhne und -gehälter	- 0,3	4,1	3,1	4,0	4,3	3,2	2,9
Monetäre Sozialleistungen	8,3	1,6	- 1,3	2,8	0,3	- 1,7	- 0,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	11,3	1,2	- 2,3	2,4	0,0	- 2,5	- 2,0
Übrige Primäreinkommen [4]	- 8,0	1,9	5,1	- 1,2	5,4	5,7	4,4
Verfügbares Einkommen	- 1,0	2,7	2,8	2,0	3,3	3,0	2,7
Konsumausgaben	- 0,2	2,4	3,0	1,5	3,2	3,2	2,8
Sparen	- 5,7	5,3	1,4	5,9	4,6	1,3	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2010 und 2011

	2009	2010	2011	2010		2011	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates [1]							
a) Mrd.EUR							
Einnahmen							
Steuern	564,5	565,7	579,2	280,9	284,8	288,5	290,6
Sozialbeiträge	409,9	420,3	432,6	204,2	216,0	210,3	222,3
Vermögenseinkommen	19,7	16,7	17,2	10,1	6,6	10,7	6,5
Sonstige Transfers	13,3	13,9	13,9	6,6	7,2	6,6	7,3
Vermögenstransfers	9,5	9,3	9,4	4,3	5,0	4,4	5,1
Verkäufe	48,7	51,3	54,3	23,9	27,4	25,7	28,5
Sonstige Subventionen	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Insgesamt	1 066,0	1 077,8	1 106,9	530,4	547,4	546,5	560,4
Ausgaben							
Vorleistungen [6]	308,0	318,6	321,6	154,3	164,3	156,4	165,2
Arbeitnehmerentgelt	177,6	182,1	184,5	87,9	94,2	89,2	95,3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,2	61,0	65,5	29,8	31,2	31,3	34,2
Subventionen	31,5	31,8	29,4	16,5	15,4	14,8	14,6
Monetäre Sozialleistungen	443,5	451,0	444,7	227,3	223,7	223,0	221,7
Sonstige laufende Transfers	45,2	47,0	48,2	24,2	22,8	23,8	24,5
Vermögenstransfers	32,8	30,5	26,3	14,8	15,8	11,7	14,6
Bruttoinvestitionen	39,3	40,6	37,6	16,7	23,8	17,3	20,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,4	- 5,8	- 1,4	- 5,0	- 0,8	- 0,6	- 0,8
Insgesamt	1 138,7	1 156,8	1 156,5	566,5	590,4	566,9	589,6
Finanzierungssaldo	- 72,7	- 79,0	- 49,6	- 36,1	- 43,0	- 20,5	- 29,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	- 4,3	0,2	2,4	- 1,8	2,3	2,7	2,0
Sozialbeiträge	0,5	2,5	2,9	1,8	3,3	3,0	2,9
Vermögenseinkommen	6,3	- 15,3	3,1	- 22,8	- 0,2	6,1	- 1,5
Sonstige Transfers	- 8,2	4,4	0,0	5,2	3,6	- 0,3	0,3
Vermögenstransfers	- 6,6	- 2,2	1,5	- 8,9	4,5	1,5	1,5
Verkäufe	3,5	5,5	5,7	4,6	6,3	7,6	4,0
Sonstige Subventionen	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	- 2,1	1,1	2,7	- 0,7	2,9	3,0	2,4
Ausgaben							
Vorleistungen [6]	6,0	3,4	0,9	4,2	2,7	1,4	0,5
Arbeitnehmerentgelt	4,1	2,5	1,3	3,1	1,9	1,4	1,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 6,7	- 1,8	7,4	- 2,3	- 1,4	5,1	9,6
Subventionen	13,2	1,0	- 7,6	8,3	- 5,7	- 10,3	- 4,7
Monetäre Sozialleistungen	5,3	1,7	- 1,4	3,0	0,4	- 1,9	- 0,9
Sonstige laufende Transfers	12,1	4,1	2,5	16,1	- 6,2	- 1,9	7,2
Vermögenstransfers	- 1,0	- 6,8	- 13,7	- 9,5	- 4,2	- 20,7	- 7,2
Bruttoinvestitionen	7,0	3,1	- 7,3	2,7	3,4	3,5	- 14,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4,9	1,6	0,0	2,5	0,7	0,1	- 0,1

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; 2010 und 2011: Prognose des IWH.

IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, S. 33-49

Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und Staatsfinanzen – Eine Vorausschau der Jahre 2011 bis 2015*

Kristina van Deuverden, Rolf Scheufele

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2010 kräftig erholt. In der ersten Jahreshälfte zogen der Welthandel und in dessen Gefolge die deutschen Exporte kräftig an. Im Verlauf des Jahres wurde das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland aber zunehmend von der Binnennachfrage gestützt. Nicht nur die Investitionen erholten sich, auch vom privaten Konsum kamen Impulse. So liegt die Zahl der Beschäftigten zurzeit auf einem historischen Höchststand, und die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Lauf des Jahres immer weiter zurückgebildet.

Auch mittelfristig wird das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland verhältnismäßig hoch sein. Der deutsche Außenhandel erhält weiterhin Impulse vom Welthandel. Wesentlich wird die weitere Entwicklung allerdings von der Binnenwirtschaft bestimmt. So werden die Investitionen in der mittleren Frist deutlich expandieren. Dazu trägt bei, dass das Zinsniveau bis zum Ende des Projektionszeitraums relativ niedrig sein wird. Auch der private Konsum wird zum Wirtschaftswachstum beitragen. Die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und der hohe Beschäftigungsstand lassen die Lohnsumme kräftig zunehmen und erhöhen zudem den Grad an Beschäftigungssicherheit. Dies führt dazu, dass die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben merklich erhöhen. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 mit 2,3% und im Jahr 2012 mit 1,7% zulegen. In den Restjahren des Projektionszeitraums wird es mit 1½% steigen.

Tabelle:
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2015[a]

	2010	2011	2012	2013 bis 2015[b]
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Private Konsumausgaben	0,5	1,4	1,5	¾
Konsumausgaben des Staates	2,0	1,0	1,0	1¼
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	3,7	3,7	4½
Exporte	14,8	7,9	6,2	7½
Importe	14,0	7,2	6,9	8½
Bruttoinlandsprodukt	3,7	2,3	1,7	1½
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	4,1	3,2	2,8	2¾
Erwerbstätige (Inländer)	0,5	0,8	0,5	¾
	in %			
Erwerbslosenquote	6,8	6,2	5,7	4½
	2010	2011	2012	2015
	in % zum nominalen BIP			
Finanzierungssaldo des Staates	−3,2	−1,9	−0,7	½

[a] Datenstand 14.12.2010. – [b] Durchschnittliche Entwicklung. – In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Entwicklung wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren deutlich entspannen. Im Jahr 2010 schloss der öffentliche Gesamthaushalt mit einer Defizitquote von 3,2%. Gegenüber dem Vorjahr nahm sie damit nur noch wenig zu. So sind im Zuge der Konjunkturbelebung die Gewinnsteuern bereits wieder gestiegen. Vor allem aber ist es die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die die öffentlichen Haushalte entlastet. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen liegen deutlich über den Erwartungen, und die Ausgaben für Lohnersatzleistungen gehen bereits kräftig zurück.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 72/2010 am 21. Dezember 2010 veröffentlicht.

In der mittleren Frist wird die wirtschaftliche Entwicklung die Kassenlage der öffentlichen Haushalte deutlich begünstigen. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt weiter günstig, und die Einnahmen aus der Lohnsteuer sowie auch den Sozialbeiträgen werden dynamisch zulegen. Die Gewinnsteuern nehmen über die mittlere Frist ebenfalls stetig zu. Darüber hinaus werden die Ausgaben für Transferleistungen stagnieren, denn die Ausgaben für Lohnersatzleistungen gehen kräftig zurück und andere Transferleistungen steigen nur gedämpft.

Vor allem aber ist in dieser Projektion unterstellt, dass die Finanzpolitik ihre Vorhaben zur Haushaltskonsolidierung vollständig umsetzt und andere Maßnahmen unterbleiben. Unter dieser Annahme werden sich die Fehlbeträge mittelfristig zurückbilden. Am Ende des Projektionszeitraums wird ein Haushaltsüberschuss von ½% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt erwartet. Auch strukturell schließt der öffentliche Gesamthaushalt im Jahr 2015 mit einem Überschuss ab; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt dieser bei ¼%. Damit wird der verfassungsmäßig zulässige Verschuldungsrahmen nicht ausgeschöpft.

Ansprechpartnerin: Kristina van Deuverden (Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E62, E37, E30, H60

Schlagworte: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Finanzpolitik, Deutschland

Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2010 auf einen Expansionskurs eingeschwenkt. Während in der ersten Jahreshälfte 2010 besonders der Außenhandel angezogen hat, gewannen zum Jahresende die binnenwirtschaftlichen Kräfte nach und nach an Bedeutung.

Das Wachstum in der Welt bleibt weiter aufwärtsgerichtet (die Annahmen zu dieser Projektion sind in Kasten 1 dargelegt). Insbesondere der starke Produktionsanstieg in den Schwellenländern hat sich aber kürzlich verlangsamt. Somit ist die Erholung von der Krise dort nicht nur abgeschlossen, es zeigen sich vielfach sogar Anzeichen für eine konjunkturelle Überhitzung. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern, die noch mit den Folgen von Immobilienblasen und Bankenkrisen zu kämpfen haben, verläuft zudem weiterhin wenig dynamisch. Auch belastet in einigen Ländern die Verschuldung der öffentlichen Haushalte und die dort sich in jüngster Zeit verschlechternden Refinanzierungsbedingungen für deren Staatsschulden die wirtschaftliche Entwicklung. Mittelfristig dürfte sich die Konjunktur in den Industrieländern etwas erholen, und die Produktion legt wieder nennenswert zu.

Alles in allem wird der Welthandel um durchschnittlich 7% pro Jahr zunehmen und somit auch die Nachfrage nach deutschen Exporten tendenziell hoch bleiben. Allerdings wird die deutsche Wirtschaft wohl an preislicher Wettbewerbsfähigkeit einbüßen, denn die deutsche Konjunktur und die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern dürften mit einer unterschiedlichen Entwicklung der Preisniveaus einhergehen. In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit in der Krise stark gestiegen. Hier wird die Unterauslastung der Produktionskapazitäten erheblich langsamer zurückgehen als in Deutschland und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage noch länger schwach bleiben. Der deutsche Außenhandel wird zwar auch weiterhin zunehmen (vgl. Tabelle 1). Der außenwirtschaftliche Beitrag zum Wachstum der deutschen Wirtschaft wird aber tendenziell zurückgehen, vor allem, weil die Importe mit der anziehenden inländischen Nachfrage kräftig zulegen.

Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland wird zunehmend von der Binnennachfrage getragen. Zum einen wird die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) für Deutschland expansiv ausgerichtet bleiben. Da die Produktionskapazitäten im übrigen Euroraum voraussichtlich noch mehrere Jahre unterausgelastet sein werden, dürften die Leitzinsen der EZB niedrig bleiben. Dies wird vor allem die Investitionstätigkeit in Deutschland stimulieren. Besonders die Unternehmensinvestitionen werden sich weiterhin sehr dynamisch entwickeln. Auch bei den Wohnbauten dürfte endgültig eine Trendwende zum Positiven zu verzeichnen sein. Neben den niedrigen Hypothekenzinsen werden hier vor allem die steigenden Einkommen stimulierend wirken. Insgesamt werden die Bruttoanlageinvestitionen mit 4¼% kräftig zunehmen. Dabei ist unterstellt, dass die internationale Verschuldungskrise keine weiteren Probleme im Bankensektor nach sich zieht und dass die im Rahmen neuer internationaler Standards zur Bankenregulie-

Tabelle 1:
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2015[a]

	2009	2010	2011	2012	2015/2010[b]	2010/2005[b]
	Index/Niveau	*Veränderung p. a. in %*				
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	2 397,10	4,1	3,2	2,8	2¾	2,2
preisbereinigt, Kettenindex						
Bruttoinlandsprodukt	105,18	3,7	2,3	1,7	1¾	1,2
Private Konsumausgaben	103,32	0,5	1,4	1,5	1	0,4
Konsumausgaben des Staates	110,24	2,0	1,0	1,0	1	2,0
Bruttoanlageinvestitionen	94,53	6,5	3,7	3,7	4¼	2,1
Exporte	144,50	14,8	7,9	6,2	7½	4,2
Importe	132,28	14,0	7,2	6,9	8	4,6
Deflatoren						
Bruttoinlandsprodukt	110,50	0,4	0,8	1,1	1¼	1,0
Private Konsumausgaben	112,49	1,9	1,7	1,4	1	1,3
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätige (Inländer) (in 1 000 Personen)	40 171	0,5	0,8	0,5	¾	0,8
Arbeitnehmerentgelte (in Mrd. Euro)	1 125,86	2,7	3,3	3,1	2¾	2,2
in %						
Erwerbslosenquote	7,4	6,8	6,2	5,7	5¼	8,4

[a] Datenstand: 14.12.2010. – [b] Durchschnittliche Entwicklung. – In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Kasten 1:
Annahmen für die Projektion der deutschen Konjunktur

Die Projektion unterstellt, dass das Wachstum in der Welt weiter aufwärtsgerichtet bleibt. Von den Industrieländern werden allerdings zunächst nur moderate Impulse ausgehen. Die USA werden im mittelfristigen Projektionszeitraum nach und nach wieder eine Trendwachstumsrate von 2,5% erreichen und schließlich überschreiten. Allerdings birgt die stark gestiegene Verschuldung und die daraus resultierenden Konsolidierungsmaßnahmen ein großes Risiko für einen Rückschlag im Erholungsprozess. Im Euroraum (ohne Deutschland) bleiben die Aussichten getrübt. Strukturelle Anpassungen in einer Vielzahl von Ländern werden das Wachstum weiter bremsen. In den asiatischen Ländern und in Lateinamerika wird sich das aktuelle Wachstumstempo leicht verringern. Vor diesem Hintergrund wird der Welthandel im Zeitraum 2013 bis 2015 um durchschnittlich 7% zunehmen.

Der Ölpreis wird im Jahr 2011 bei 88 US-Dollar liegen und für den restlichen Prognosezeitraum in realer Rechnung konstant bleiben. Der nominale Ölpreis wird so mit der durchschnittlichen Preisentwicklung in den USA mit 2% fortgeschrieben. Der Euro-Dollar-Wechselkurs beträgt im gesamten Projektionszeitraum 1,34 US-Dollar je Euro.

Von Seiten der Finanzpolitik ist in dieser Projektion unterstellt, dass bereits in die Haushalts- und Finanzplanung aufgenommene oder hinreichend konkrete Maßnahmen umgesetzt werden. Ansonsten wird angenommen, dass das geltende Recht über die mittlere Frist Bestand hat und Steuer- sowie Sozialgesetze unverändert gelten. In die mittelfristige Finanzplanung des Bundes eingestellte globale Minderausgaben werden vernachlässigt. Auf diese Weise wird aus der vorgestellten Projektion der Handlungsbedarf für die Finanzpolitik direkt ablesbar.

Die Lohnentwicklung wird modellendogen aus der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der inländischen Preisdynamik sowie den Knappheitsverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt abgeleitet.

Bei der Geldpolitik wird angenommen, dass die langfristigen Inflationserwartungen konstant bleiben und die Zinssetzung an einer geldpolitischen Reaktionsfunktion ausgerichtet bleibt. Es wird davon ausgegangen, dass die Verschuldungskrise keine weiteren Turbulenzen auslöst.

rung zu erwartenden höheren Eigenkapitalvorschriften für Banken die Finanzierungskosten im Projektionszeitraum nur wenig erhöhen.

Auch der private Konsum wird im gesamten Projektionszeitraum einen spürbaren Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Dies liegt vor allem im Arbeitsmarkt begründet. Zwar dürfte das Arbeitsvolumen in den Jahren 2013 bis 2015 annähernd stagnieren; die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro Kopf nehmen allerdings im Trend seit

Jahrzehnten ab. Unter der Annahme, dass diese Tendenz sich fortsetzt, nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte ebenfalls weiter zurückgehen – auch weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Restzeitraum abnimmt. Alles in allem wird die Erwerbslosenquote in den Jahren 2013 bis 2015 bei etwas unter 5% liegen. Damit einher gehen auch höhere Lohnzuwächse als in den vergangenen Jahren. Dies und die gestiegene Beschäftigungssicherheit der Arbeitnehmer werden den privaten Konsum merklich stimulieren. Im gesamten Projektionszeitraum dürfte er mit durchschnittlich 1% steigen und damit deutlich stärker als nach der Jahrtausendwende.

Die starke Unterauslastung der deutschen Volkswirtschaft hat sich bereits im Jahr 2010 merklich reduziert. Spätestens im Jahr 2012 dürfte sich die Wirtschaft in einer Situation leichter Überauslastung befinden. Eine Überhitzung wird in dieser Projektion aber nicht vorhergesagt. Auch weil angenommen ist, dass die Finanzpolitik ihre Vorhaben zur Haushaltskonsolidierung umsetzt; dann wird sie ab dem Jahr 2011 restriktiv ausgerichtet sein.

Die deutsche Wirtschaft wird bis zum Ende des Projektionszeitraumes mit durchschnittlich 1½% wachsen; das nominale Bruttoinlandsprodukt wird mit durchschnittlich 2¾% steigen. Dabei ist die mittelfristige Preisentwicklung zunächst relativ verhalten. Erst im Jahr 2013 wird sie im Zuge kräftiger Lohnsteigerungen leicht anziehen und oberhalb ihres langfristigen Trends liegen. Da die Importpreise aufgrund der Annahmen zur Rohstoffpreisentwicklung nur mäßig zunehmen, steigen die Konsumentenpreise in den Jahren nach 2012 etwas langsamer als die Preise im Inland. Im Projektionszeitraum wird die durchschnittliche Inflationsrate 1¼% (BIP-Deflator) betragen.

Öffentliche Finanzen

Die Entwicklung im Allgemeinen

Im Jahr 2010 schließt der öffentliche Gesamthaushalt mit einem Defizit von 3,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ab.[1] Zwar wird die nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zulässige Obergrenze damit überschritten, aber bei Weitem nicht so stark, wie Ende des Jahres 2009 erwartet werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt war davon auszugehen, dass die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 mit voller Wucht treffen würden. Im Lauf des Jahres erholte die Wirtschaft sich allerdings deutlich schneller und deutlich kräftiger als erwartet. Vor allem der Arbeitsmarkt überraschte; die Zahl der Arbeitslosen liegt zurzeit unter drei Millionen – so niedrig war sie zuletzt Anfang der 1990er Jahre –, und die Zahl der Erwerbstätigen hat einen historischen Höchststand erreicht. Insbesondere die Einnahmen aus der Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen liegen deutlich über, die Ausgaben für Lohnersatzleistungen merklich unter ihren Haushaltsansätzen.

Im Projektionszeitraum wird sich das gesamtstaatliche Defizit weiter zurückbilden. Dies ist zum einen der wirtschaftlichen Entwicklung geschuldet; zum anderen wird die Finanzpolitik Maßnahmen zur Konsolidierung der Haushalte ergreifen. Nach der hier vorgelegten Projektion wird die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2011 bis 2015 um durchschnittlich 1¾% zulegen. Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt gut und die Zahl der Arbeitslosen wird weiterhin tendenziell zurückgehen. Dies dürfte dazu führen, dass auch die Lohnabschlüsse relativ hoch sein werden. Außerdem erfolgt der Beschäftigungsaufbau zu einem größeren Teil bei den sozialversicherungspflichtigen Vollbeschäftigungsverhältnissen. Damit werden die Einnahmen des Staates, vor allem bei der Lohnsteuer und den Sozialbeiträgen, merklich dynamischer steigen, als dies seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten war. Spiegelbildlich gehen die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen kräftig zurück.

Die Finanzpolitik wird ihre Ausrichtung in der mittleren Frist ändern. In den Jahren 2009 und 2010 war sie merklich expansiv ausgerichtet; mit zwei Konjunkturpaketen sollten die Folgen der Finanzkrise gemildert werden. Ein Großteil dieser Mittel war zeitlich begrenzt, z. B. für zusätzliche Investitionen. Diese Impulse laufen nun nach und nach aus, auch wenn im Jahr 2011 noch ein größerer Teil der zusätzlichen investiven Ausgaben produktionswirksam werden dürfte. Ein nennenswerter Teil der Konjunkturpakete wirkt damit prozyklisch. Der Projektionszeitraum ist außerdem durch den Übergang zur Schuldenbremse geprägt. Im Jahr 2016 muss der Bund sein strukturelles Defizit auf unter 0,35% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückgeführt haben, und die Länder sollen im Jahr 2020 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Ab dem Jahr 2011 werden der Bund und die fünf Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten,

[1] Bereinigt um die Erlöse des Staates aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen liegt die Defizitquote bei 3,3%.

damit beginnen müssen, ihre strukturellen Defizite zu reduzieren. Zur Konsolidierung des Bundeshaushalts hat die Bundesregierung ein Bündel von Maßnahmen zusammengestellt. Jene Maßnahmen, die beschlossen oder hinreichend konkretisiert sind, sind in dieser Projektion berücksichtigt. Unter dieser Annahme wird die Finanzpolitik über den gesamten Projektionszeitraum hinweg restriktiv ausgerichtet sein.

Damit werden die öffentlichen Defizite kräftig zurückgehen, und im Jahr 2014 wird der öffentliche Gesamthaushalt wieder einen Überschuss aufweisen. Im Jahr 2011 wird das strukturelle Defizit bei knapp 2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen. Strukturell wird der öffentliche Gesamthaushalt ebenfalls bereits im Jahr 2014 ausgeglichen sein. Diese Projektion beruht allerdings wesentlich auf der Annahme, dass der Wille zur Konsolidierung weiter gegeben ist und die bisherigen Pläne umgesetzt werden. Unter diesen Gegebenheiten zeichnet sich bereits in der mittleren Frist wieder ein erweiterter Handlungsspielraum für die öffentliche Hand ab.

Die Entwicklung im Einzelnen: Einnahmen

Die Steuereinnahmen haben im Jahr 2010 alles in allem stagniert; dies übertrifft die Erwartungen vor Jahresfrist deutlich. Die einzelnen Steuern haben sich dabei recht unterschiedlich entwickelt. So sind die Einkommen- und Vermögensteuern insgesamt nochmals gesunken, denn zu Beginn des Jahres waren mit Mindereinnahmen verbundene Steuerrechtsänderungen in Kraft getreten. So war der Einkommensteuertarif im Zuge der Konjunkturpakete gesenkt worden; infolgedessen ging das Lohnsteueraufkommen zurück, obwohl sich die Beschäftigung zurzeit auf einem historisch hohen Niveau befindet. Die Zahl der Beschäftigten wird auch im Projektionszeitraum tendenziell weiter steigen, und es ist davon auszugehen, dass die Lohnabschlüsse in den kommenden Jahren dies widerspiegeln werden. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden daher merklich zunehmen und am Ende des Projektionszeitraums bei brutto über 200 Mrd. Euro liegen.[2]

Das Aufkommen der Abgeltungsteuer (zuvor Zinsertrag) ist im Jahr 2010 ebenfalls zurückgegangen – eine Folge der Unternehmensteuerreform. Auch im Jahr 2011 wird sie sich wohl nur verhalten entwickeln. Erst wenn das Zinsniveau mit der konjunkturellen Erholung zunimmt, wird auch die Abgeltungsteuer wieder mit einer höheren Dynamik steigen. Demgegenüber haben die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag bereits im Jahr 2010 wieder zugenommen (wenn auch nur wenig), denn die Dividendenausschüttungen sind bereits leicht erhöht worden. Im Jahr 2011 werden sie nun deutlich zulegen und im übrigen Projektionszeitraum zwar weniger kräftig, aber immer noch recht dynamisch steigen, wie auch die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag.

Die veranlagte Einkommensteuer ist bereits im Jahr 2010 kräftig expandiert; dies ist in der Frühphase eines Aufschwungs üblich, denn es sind zuerst die Gewinneinkommen, die steigen. Allerdings dämpft auch hier die Senkung des Steuertarifs zu Beginn des Jahres. Im Jahr 2011 werden die Einkommensteuereinnahmen dann allerdings deutlich zurückgehen. Dies ist in Steuerrechtsänderungen vergangener Jahre begründet, die im Jahr 2011 verstärkt wirken. In der mittleren Frist werden die Einnahmen der veranlagten Einkommensteuer dann wieder dynamisch zunehmen, denn die Gewinne entwickeln sich während des gesamten Projektionszeitraums robust.

Die Körperschaftsteuer hat ebenfalls bereits merklich zugelegt. Auch sie schwankt mit den Gewinnen und nimmt zu Beginn eines Zyklus kräftig zu. Dabei sind die Amplituden wesentlich größer als bei der Einkommensteuer oder bei den in den VGR berichteten Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die Körperschaftsteuer wird vor allem von größeren Unternehmen entrichtet. Über den Projektionszeitraum wird sie kräftig zulegen; bereits im Jahr 2012 dürfte sie ihr Vorkrisenniveau übertreffen.

Insgesamt werden die Einkommen- und Vermögensteuern im Jahr 2011 mit 0,3% zunehmen. Im Jahr 2012 legen sie mit 6,6% zu; hierzu trägt auch die Einführung einer Bankenabgabe bei. In den restlichen Jahren des Projektionszeitraumes werden sie mit jahresdurchschnittlich 3¾% expandieren.

Die indirekten Steuern sind bereits im Jahr 2010 wieder gestiegen – um 1,5%. Zu ihnen zählt auch die Gewerbesteuer, denn sie belastet den stehenden Gewerbebetrieb. Bedingt durch die Art und Weise ihrer Erhebung wird sie aber letztlich von den Gewinnen der (größeren) Unternehmen deter-

[2] In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) werden die Lohnsteuereinnahmen in einer Bruttoabgrenzung ausgewiesen. In der Finanzstatistik wird die Lohnsteuer hingegen nach Abzug der Ausgaben für Kindergeld berichtet. Dieses war zu Beginn des Jahres 2010 nochmals angehoben worden, sodass hier die Lohnsteuereinnahmen sogar um über 5% sanken.

miniert; damit entwickelt sie sich ähnlich wie die Körperschaftsteuer. Im Zuge der Finanzkrise war sie um knapp zehn Mrd. Euro eingebrochen. Wie die Körperschaftsteuer nahm sie bereits im Jahr 2010 wieder kräftig zu, sicher auch, weil der durchschnittliche Hebesatz gestiegen ist. Sie wird auch im weiteren Projektionszeitraum mit den Gewinneinkommen expandieren. Im Endjahr wird ihr Aufkommen bei voraussichtlich gut 50 Mrd. Euro liegen; ihr Vorkrisenniveau wird damit deutlich überschritten.

Die quantitativ bedeutendste indirekte Steuer ist die Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer ist die einzige größere Steuer, die auch in der Krise – zwar nur verhalten, aber immerhin – stetig zugelegt hat. Da die Mehrwertsteuer eine hohe Reagibilität auf konjunkturelle Schwankungen zeigt, ist dies in Anbetracht des Ausmaßes der Krise überraschend. Die Erklärung liegt in der Struktur der Krise. Es war vor allem ausländische Nachfrage, die wegbrach, und diese ist nicht mehrwertsteuerbelastet. Im Jahr 2010 ist das Mehrwertsteueraufkommen um 1,8% gestiegen. In der mittleren Frist wird das Wirtschaftswachstum nun verstärkt von der Binnennachfrage getragen und die Mehrwertsteuereinnahmen werden deutlich expandieren.

Darüber hinaus wird das Aufkommen der indirekten Steuern von der Energiesteuer und der Tabaksteuer bestimmt. Die Energiesteuer entwickelt sich seit längerem schwach, vor allem weil die Energiepreissteigerungen der vergangenen Jahre sich in einem immer sparsameren Verbrauch niederschlugen; über die mittlere Frist wird sie sich deshalb eher verhalten entwickeln. Bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts wird allerdings in größerem Umfang auch auf Einnahmeerhöhungen zurückgegriffen. Bei der Energiesteuer sollen beispielsweise Ausnahmetatbestände eingeschränkt werden, die in der mittleren Frist Mehreinnahmen von knapp einer Mrd. Euro pro Jahr erbringen.

Die Tabaksteuereinnahmen haben sich in den vergangenen Jahren ebenfalls eher verhalten entwickelt, vor allem, weil die veränderte Wertschätzung des Rauchens in der Gesellschaft den Tabakkonsum zurückgehen ließ. Auch die Tabaksteuer soll zur Konsolidierung der Staatsfinanzen beitragen; im Frühjahr des Jahres 2011 wird sie erhöht. Weitere Anhebungen folgen jeweils zu Jahresbeginn bis einschließlich des Jahres 2014. Durch die Erhöhung in kleinen Schritten werden die Tabakkonzerne wohl auch in der Lage sein, die Steueranhebung vollständig in die Preise zu überwälzen, und die erwarteten Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt einer Mrd. Euro dürften somit auch erzielt werden. Darüber hinaus werden zur Haushaltskonsolidierung neue Abgaben eingeführt. Energieunternehmen werden eine Brennelementesteuer entrichten müssen. Außerdem wird für Flüge von deutschen Flughäfen in Zukunft eine Luftverkehrsabgabe erhoben.

Alles in allem werden die indirekten Steuern im Jahr 2011 mit 4,1% und im Jahr 2012 mit 3,1% zunehmen; in den Jahren 2013 bis 2015 werden sie mit durchschnittlich 1¾% steigen. Nachdem die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2010 stagnierten, legen sie im Jahr 2011 mit 2,4% und im Jahr 2012 mit 4,6% zu (vgl. Tabelle 2). In den Restjahren des Projektionszeitraumes werden sie mit 2½% steigen und an dessen Ende um 60 Mrd. Euro über ihrem Vorkrisenniveau liegen.

Die Sozialbeiträge haben im Jahr 2010 mit 2,5% deutlich zugelegt, denn der Beschäftigungsstand hat sich kräftig erhöht. Zudem fand der Beschäftigungsaufbau vor allem bei den sozialversicherungspflichtigen Vollbeschäftigungsverhältnissen statt. Auch stieg die Lohnsumme pro Kopf; so flossen wieder Sonderzahlungen, und in einigen Branchen sind Erhöhungen vorgezogen worden. Vor allem in der ersten Jahreshälfte hat die ausgeweitete Kurzarbeiterregel die Sozialkassen zudem noch vor größeren Ausfällen bewahrt, denn zumindest bei der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung werden bei Kurzarbeit (reduzierte) Beitragszahlungen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geleistet. Im Jahr 2011 wird sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen, und die Lohnabschlüsse werden nochmals hoch ausfallen. Auch über die mittlere Frist wird die Zahl der Beschäftigten relativ hoch bleiben, und die Löhne pro Kopf dürften jahresdurchschnittlich mit 2¼% zulegen.

Tabelle 2:
Veränderung ausgewählter Kennziffern der Einnahmenseite[a]
- in % -

	2010	2011	2015/ 2010[b]	2010/ 2005[b]
Einnahmen insgesamt	1,1	2,7	3	2,0
Darunter:				
Steuern	0,2	2,4	3	2,8
Sozialbeiträge	2,5	2,9	2¾	1,2

[a] In Abgrenzung der VGR. – [b] Durchschnittliche Entwicklung. – In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wird der allgemeine Beitragssatz zum 1. Januar 2011 um 0,6 Prozentpunkte auf 15,5% angehoben. Dabei markieren die Beschlüsse im Gesundheitswesen einen Einstieg in die Entkopplung von Beitragszahlungen und Lohnnebenkosten. Reichen einer Krankenkasse die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds in Zukunft nicht aus, so muss sie nach neuer Rechtslage einen Zusatzbeitrag erheben, der allein von den Versicherten aufzubringen ist. Im Jahr 2011 dürften die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds den Krankenkassen allerdings genügen – zum einen aufgrund der Beitragssatzanhebung, zum anderen wegen der kostendämpfenden Maßnahmen im Gesundheitswesen. Zudem nimmt die Lohnsumme kräftig zu, und es fließt nochmals ein zusätzlicher Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, der die Belastungen durch die Krise abmildern soll. Außerdem nimmt der allgemeine Bundeszuschuss an die Krankenversicherung ebenfalls noch einmal merklich zu.[3] Im weiteren Projektionszeitraum werden dann aber immer mehr Kassen gezwungen sein, Zusatzbeiträge zu erheben, denn auch die im Jahr 2010 beschlossenen Maßnahmen können die Kostendynamik bei den Ausgaben nicht nachhaltig bremsen.

In der gesetzlichen Rentenversicherung liegt der Beitragssatz zurzeit bei 19,9%. Nach geltender Rechtslage kann er sinken, wenn die Schwankungsreserve das 1,5-fache einer Monatsausgabe übersteigt. Vor allem aufgrund der höheren Zahl an Beschäftigten wird dies nach heutigen Schätzungen früher der Fall sein als noch vor kurzem erwartet; bereits im Jahr 2014 dürfte der Beitragssatz um 0,6 Prozentpunkte sinken können.[4] Der Beitragssatz zur Pflegeversicherung ist Mitte des Jahres 2008 auf 1,95% erhöht worden. Hier ist angenommen, dass er auf diesem Niveau bis zum Ende des Projektionszeitraumes gehalten werden kann.[5]

Im Jahr 2010 wird die Arbeitslosenversicherung wie schon im Jahr zuvor mit einem deutlichen Defizit abschließen. Zwar ist die Insolvenzgeldumlage zu Beginn des Jahres angehoben worden.[6] Allerdings bestand eine Maßnahme zur Abfederung des wirtschaftlichen Einbruchs in einer temporären Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8%. Zudem führt die Kurzarbeit bei der BA nicht nur zu Ausgaben, sondern auch zu sinkenden Beitragseinnahmen.[7] Zum 1. Januar 2011 wurde der Beitragssatz auf 3,0% angehoben. Zwar wird die Insolvenzgeldumlage nun wieder sinken, dennoch nehmen die Beitragseinnahmen zur Arbeitslosenversicherung deutlich zu, auch weil die sozialversicherungspflichtigen Entgelte spürbar zulegen.

Alles in allem steigen die Beitragseinnahmen des Staates im Jahr 2011 mit 2,9% und im Jahr 2012 mit 3,4%. In den Restjahren 2013 bis 2015 werden sie mit durchschnittlich 2½% zunehmen. Dies ist eine deutlich höhere Dynamik, als nach der Jahrtausendwende beobachtet werden konnte; seither sind die Beitragseinnahmen um durchschnittlich knapp 1% pro Jahr gestiegen.[8]

Die übrigen Einnahmen des Staates haben im Jahr 2010 nahezu stagniert. Dahinter stehen aber recht unterschiedliche Entwicklungen. So stiegen die Einnahmen aus Verkäufen dynamisch – auch weil die Kommunen die Gebühren kräftig erhöht haben. Mit solchen Erhöhungen ist auch im Jahr 2011 noch zu rechnen. Mit der anziehenden Konjunktur wird aber auch die Lkw-Maut wieder verstärkt zunehmen. Alles in allem werden die Einnahmen aus Verkäufen über den Projektionszeitraum spürbar zulegen.

Die Vermögenseinkommen sind im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr drastisch eingebrochen. Hier wird unter anderem der an den Staat ausgeschüttete Bundesbankgewinn berichtet, der deutlich

---

3 Im Jahr 2012 wird er nochmals um 0,5 Mrd. Euro angehoben.

4 Hierbei ist unterstellt, dass die dämpfenden Faktoren in der Rentenformel, die im Projektionszeitraum die Rentensteigerung drücken, auch umgesetzt werden.

5 Dies bedeutet, dass die Pflegeversicherung über den Mittelfristzeitraum defizitär abschließen wird. Während die Einnahmen in Anlehnung an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung geringfügig steigen, werden ihre Ausgaben etwas stärker zunehmen, denn die Leistungen werden in drei Schritten angehoben. Ab dem Jahr 2015 sollen die Leistungen dann an die Preisentwicklung der vergangenen drei Kalenderjahre angepasst werden.

6 Zu Beginn des Jahres 2010 war die Insolvenzgeldumlage, die allein von den Unternehmen aufzubringen ist, von 0,1% auf 0,41% erhöht worden Da die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2010 günstiger war als noch zu Jahresbeginn angenommen, waren die aus der Umlage vereinnahmten Mittel um 1,1 Mrd. Euro höher als die entsprechenden Ausgaben. Der Bund will seinen Zuschuss an die BA um diesen Betrag mindern.

7 Demgegenüber vereinnahmen die anderen Sozialkassen bei Kurzarbeit von Versicherten (reduzierte) Beitragseinnahmen, die wiederum von der BA getragen werden.

8 Bei einem solchen Vergleich muss allerdings berücksichtigt werden, dass es in diesem Zeitraum auch zu Änderungen der Beitragssätze kam. Wird der kumulierte Beitragssatz als Summe aller, nicht nur der paritätisch finanzierten Beiträge gebildet, liegt dieser im Jahr 2010 um 12½ Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2000.

geringer ausfiel. In Zukunft werden Bundesbankgewinne nur noch bis zu einer Obergrenze von drei Mrd. Euro zur Finanzierung laufender Ausgaben herangezogen. Darüber hinausgehende Beträge werden vom Investitions- und Tilgungsfonds zur Schuldentilgung genutzt. Gegen Ende des Projektionszeitraums, wenn das Zinsniveau steigt, werden die empfangenen Vermögenseinkommen stärker zulegen. Alles in allem werden die übrigen Einnahmen im Jahr 2011 um 3,7% und im Jahr 2012 um 2,6% zunehmen; in den Restjahren legen sie in vergleichbarer Größenordnung zu.

Die Einnahmen des Staates insgesamt stiegen im Jahr 2010 um 1,1%. Im Jahr 2011 nehmen sie um 2,7%, im Jahr 2012 mit 4% zu; in den restlichen Jahren des Projektionszeitraumes werden sie um durchschnittlich 2½% zulegen.

Die Entwicklung im Einzelnen: Ausgaben

Obwohl das Ausgabenniveau im Jahr 2009 durch die konjunkturstimulierenden Maßnahmen bereits deutlich erhöht war, stieg es im Jahr 2010 nochmals um 1,6% (vgl. Tabelle 3).[9] Die Arbeitnehmerentgelte expandierten mit 2,5% merklich. Bund und Gemeinden hatten zu Beginn des Jahres Lohnerhöhungen vereinbart, und der Bund hatte den Tarifabschluss zeitgleich auf die Beamten übertragen.[10] Im Jahr 2011 stehen nun Verhandlungen für die Bediensteten der Länder an. Zwar werden die Länder bemüht sein, den Tarifabschluss niedrig zu halten, denn auch sie müssen ihre Haushalte konsolidieren. Dennoch ist das konjunkturelle Umfeld günstig, und eine Abkopplung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung ist auf Dauer kaum möglich. In dieser Projektion wird davon ausgegangen, dass die Löhne im öffentlichen Dienst wie in der Gesamtwirtschaft steigen werden.

Allerdings hat die Bundesregierung die Absicht, die Personalausgaben zur Haushaltskonsolidierung heranzuziehen. Bei der in dieser Projektion unterstellten Lohnentwicklung muss dies mit einem verstärkten Beschäftigungsabbau auf Bundesebene einhergehen. Zudem sollen bei der BA in den Jahren 2013 und 2014 Effizienzverbesserungen erzielt werden; diese dürften ebenfalls zu einem größeren Teil die Personalausgaben betreffen. Alles in allem werden die Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2011 mit 1,3% und im Jahr 2012 mit 2,8% zunehmen. In den Restjahren 2013 bis 2015 werden sie dann mit durchschnittlich 2¾% expandieren.

Tabelle 3:
Veränderung ausgewählter Kennziffern der Ausgabenseite[a]
- in % -

	2010	2011	2015/ 2010[b]	2010/ 2005[b]
Ausgaben insgesamt[c]	1,6	0,0	1	2,0
darunter:				
Arbeitnehmer-entgelte	2,5	1,3	2½	1,5
Vorleistungen	3,2	0,0	1	3,8
Soziale Sachleistungen	3,6	1,5	2½	4,0
Monetäre Sozialleistungen	1,7	−1,4	0	1,0
Sonstige Transfers	4,1	2,5	2½	5,8
Subventionen	1,0	−7,6	−1¾	3,1
Geleistete Vermögenstransfers	−6,8	−13,7	− 6½	2,5
Bruttoinvestitionen	3,1	−7,3	−1½	6,0
Zinsausgaben	−1,8	7,4	3½	−0,5

[a] In Abgrenzung der VGR. – [b] Durchschnittliche Entwicklung. – [c] Bereinigt um die Einnahmen aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen stiegen die Ausgaben im Jahr 2010 um 2% und gehen im Jahr 2011 um 0,4% zurück. – In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet. Abweichungen durch Rundung möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Vorleistungen nehmen im Jahr 2010 mit 3,2% ebenfalls kräftig zu. Sie haben sich bereits seit einigen Jahren relativ dynamisch entwickelt. Dies dürfte teilweise daran liegen, dass ein immer größerer Teil der „investiven Mittel“ in Abgrenzung der VGR als Vorleistung verbucht wird. Unter dem kameralistischen Rechnungswesen besteht ein Anreiz, einen möglichst großen Teil der Ausgaben als investiv zu verbuchen. Nachdem einige Länder und Gemeinden ihr Rechnungswesen auf das doppische System umgestellt hatten, ging dieser Anreiz zurück. Das Ausgabenniveau der Jahre 2009 und 2010 war zudem durch die Konjunkturpakete erhöht. Auch wenn ein Teil dieser Mittel wohl noch im Jahr 2011 verausgabt werden dürfte, laufen die Effekte nach und nach aus; für sich genommen bedeutet dies einen Rückgang der Vorleistungskäufe. Außerdem sollen die Vorleistungen nach

[9] Das Ausgabenniveau im Jahr 2010 ist dabei um 4,4 Mrd. Euro unterzeichnet, denn die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen werden in den VGR als negative Ausgaben berichtet.

[10] In den ostdeutschen Ländern wurden zu Beginn des Jahres außerdem die oberen Tarifgruppen an das Westlohnniveau angeglichen.

den Plänen der Bundesregierung ebenfalls einen Beitrag zur Konsolidierung leisten. Die Vorleistungskäufe des Staates werden daher alles in allem im Jahr 2011 stagnieren und auch im Jahr 2012 lediglich mit 0,3% zunehmen. In den restlichen Jahren des Projektionszeitraumes werden sie mit 1,5% steigen.

Die sozialen Sachleistungen nehmen seit Jahren kräftig zu, vor allem aufgrund der Ausgaben im Gesundheitswesen. Die bisherigen Reformen konnten die Ausgabendynamik in diesem Bereich nicht nachhaltig bremsen.[11] Auch Mitte des Jahres 2010 traten Maßnahmen in Kraft, die den Kostenanstieg im Gesundheitswesen begrenzen sollen. Im Jahr 2011 kommen nochmals ausgabensenkende Maßnahmen mit einem Volumen von 3,5 Mrd. Euro hinzu. Bereits im Jahr 2012 wird die Kostendynamik aber wieder ungebremst sein. Alles in allem werden die sozialen Sachleistungen im Jahr 2011 verlangsamt mit 1,5% und danach mit durchschnittlich knapp 3% steigen.

Den größten Teil der öffentlichen Ausgaben stellen die monetären Sozialleistungen dar, die wiederum durch eine Vielzahl einzelner Leistungen determiniert werden. Im Jahr 2010 nahmen sie mit 1,7% zu. Zu Beginn des Jahres war nochmals das Kindergeld erhöht worden. Auch die öffentlichen Pensionen stiegen kräftig. Die Ausgaben der Rentenversicherung haben hingegen nur moderat zugenommen. Zwar stieg die Zahl der Rentenbezieher weiter, aber die Rentenerhöhung war recht niedrig – in der zweiten Jahreshälfte konnte nur die Rentengarantie einen Rückgang der Renten verhindern. Demgegenüber gehen die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen bereits zurück, und im Vergleich zum Vorjahr sanken auch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit sowie die Ausgaben für Insolvenzgeld.

Im Jahr 2011 werden die monetären Sozialleistungen deutlich sinken. So nehmen die Leistungen der Rentenversicherung zwar zu, doch wie zuvor schon nur moderat. Die Rentenanpassung beruht auf der Lohnentwicklung des Vorjahres, und diese war aufgrund der konjunkturellen Entwicklung, aber auch wegen des Abbaus von Kurzarbeit wieder besser. Allerdings sind in den vergangenen Jahren rentenmindernde Faktoren ausgesetzt worden.[12] Nach geltendem Recht ist deren dämpfende Wirkung nun nachzuholen; bis dahin werden die Rentenanpassungen halbiert. Alles in allem werden die Leistungen der Rentenversicherung daher auch in der mittleren Frist eher verhalten zunehmen. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung werden außerdem die Ausgaben für Elterngeld und Wohngeld beschränkt. Vor allem aber werden die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen zurückgehen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt weiter ab, Kurzarbeit dürfte aus konjunkturellen Gründen nicht mehr in Anspruch genommen werden und die Ausgaben für Arbeitslosengeld II werden auch deshalb sinken, weil der Bund für diesen Personenkreis in Zukunft keine Beiträge zur Rentenversicherung mehr leisten wird.[13] Gedämpft wird der Rückgang der Ausgaben durch die Erhöhung des Arbeitslosengeldes II – aber nur wenig. Im restlichen Projektionszeitraum wird die Arbeitslosigkeit weiter zurückgehen. In der mittleren Frist werden die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen daher relativ niedrig sein.

Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen im Jahr 2011 um 1,4% sinken. Im Jahr 2012 werden sie stagnieren, bevor sie in den Restjahren mit durchschnittlich ¾% steigen.

Die sonstigen laufenden Transfers haben infolge der Krise deutlich zugenommen. So wurden hier im Jahr 2010 noch Zahlungen des Investitions- und Tilgungsfonds für die Abwrackprämie verbucht. Vor allem die BNE-Eigenmittel haben aber deutlich zugelegt, denn die Finanzierung des EU-Haushaltes richtet sich (auch) nach den Bruttonationaleinkommen der Mitgliedsländer. Da Deutschland sich nach der Krise schneller erholt hat als andere Staaten, erhöht sich auch sein Finanzierungsanteil. Im Jahr 2011 werden die sonstigen laufenden Übertragungen mit 2,5% und im Jahr 2012 mit über 6% steigen; im mittelfristigen Projektionszeitraum schwächt sich diese Dynamik dann ab.

Die Subventionen steigen im Jahr 2010 mit 1%. In den VGR wird ein Teil des Kurzarbeitergeldes hier verbucht, und auch einige andere Maßnahmen der Konjunkturprogramme haben Subventionscharakter. Diese Effekte entfallen im Jahr 2011 und die Subventionen gehen um 7,6% zurück. Über den

[11] Zum einen führt der technische Fortschritt in diesem Bereich dazu, dass immer mehr Leistungen möglich sind. Zum anderen resultiert das steigende Durchschnittsalter in einer immer höheren Inanspruchnahme von Leistungen. Hinzu kommen Wettbewerbsverhältnisse, die für sich genommen ein höheres Ausgabenniveau begünstigen.

[12] In den Jahren 2008 und 2009 war der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden.

[13] Beiträge für die Empfänger von Transferleistungen werden in den VGR brutto gebucht, d. h. Transferbezüge werden um die Beitragszahlungen erhöht ausgewiesen, ebenso wie die Beitragseinnahmen der Sozialkassen.

Tabelle 4:
Struktur der öffentlichen Ausgaben[a]
- Anteile in % -

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben insgesamt	100	100	100	100	100	100
Arbeitnehmerentgelte	15,7	16,0	16,2	16½	16½	16¾
Vorleistungen	9,9	9,9	9,8	9¾	9¾	10
Soziale Sachleistungen	17,6	17,9	18,2	18½	18¾	19
Monetäre Sozialleistungen	39,0	38,5	38,0	37½	37¼	37
Subventionen	2,8	2,5	2,5	2½	2½	2½
Bruttoinvestitionen	3,5	3,3	3,1	3	3	3
Zinsausgaben	5,3	5,7	5,9	6	6	6
Sonstige	6,2	6,3	6,3	6¼	6	6

[a] In Abgrenzung der VGR. – In der Projektion sind die Vorausschätzungen in der mittleren Frist auf ¼-Prozentpunkte gerundet. Abweichungen durch Rundung möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

weiteren Projektionszeitraum werden sie sich verhalten entwickeln. Auch bei den geleisteten Vermögenstransfers spiegeln sich Mehrausgaben im Rahmen der Konjunkturpakete wider; mit dem Auslaufen dieser Effekte sinken sie im Jahr 2011 um 13,7%. Auch über die mittlere Frist nehmen sie deutlich ab: Hier wird die Eigenheimzulage verbucht, die nach ihrer Abschaffung bis zum Jahr 2012 jährlich Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. Euro generiert.[14]

Die Investitionsausgaben des Staates stiegen im Jahr 2010 nochmals um 3,1% – und dies, obwohl die Bruttoinvestitionen bereits im Vorjahr deutlich zugelegt hatten; ein Großteil der im Rahmen der Konjunkturprogramme bereitgestellten Mittel hatte investiven Charakter. Allerdings blieben die Ausgaben für Investitionen deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück. Anscheinend wird ein Teil dieser Mittel für Projekte verausgabt, die ohnehin geplant waren – wohl auch, weil die Kassenlage in den meisten Kommunen zurzeit stark angespannt ist. Die Mittel aus den Konjunkturpaketen sind zwar bis Ende des Jahres 2010 begrenzt. Allerdings können Projekte, die bis dahin begonnen worden sind, auch noch später umgesetzt werden. Aufgrund des bisherigen Mittelabflusses aus dem Investitions- und Tilgungsfonds wird in dieser Projektion davon ausgegangen, dass im Jahr 2011 noch ein größeres Bauvolumen umgesetzt wird. Aufgrund der obligatorischen Umstellung des Rechnungswesens in vier Ländern dürften allerdings zuvor als Investitionen verbuchte Ausgaben nun häufiger bei den Vorleistungen berichtet werden. Alles in allem werden die Bruttoinvestitionen im Jahr 2011 um 7,3% zurückgehen, im Jahr 2012 dann nochmals um 5%. In den Restjahren des Projektionszeitraumes werden sie mit durchschnittlich 1½% zunehmen – auch weil die Kassenlage der Gemeinden sich zunehmend entspannen wird.

Die Staatsverschuldung ist aufgrund der Krise deutlich gestiegen. Die Zinsausgaben des Staates sind hingegen im Jahr 2009 um 6,7% und im Jahr 2010 nochmals um 1,8% gesunken. Diese Entwicklungen scheinen widersprüchlich. Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass ein Teil der Schuldenzunahme auf die Garantieleistungen und Bürgschaften im Rahmen der Rettungsschirme zurückgeht. Erst wenn hier tatsächlich Zahlungen erfolgen, kommt es zur Kreditaufnahme des Staates und so auch zu Zinsverpflichtungen. Außerdem ist das Zinsniveau zurzeit niedrig – auch weil die Konjunktur in den meisten Industrieländern noch lahmt. Vor allem aber ist der Zins für Bundesanleihen auf ein historisch niedriges Niveau gesunken, denn Anleger suchten nach einer sicheren Alternative und fragten verstärkt deutsche Staatspapiere nach. Zudem betreibt der Bund ein aktives Kreditmanagement, um Zinsdifferenzen auszunutzen. Die Verschuldungsstruktur – ein großer Teil der Verschuldung ist kurzfristig – hat allerdings dann einen Nachteil, wenn der durchschnittliche Zins für Staatspapiere wieder steigt. In der hier vorgelegten Projektion ist dies in den kommenden Jahren der

[14] Im Jahr 2013 wird nochmals ein kleinerer Betrag aufkommenserhöhend wirken.

Fall, denn es wird davon ausgegangen, dass die Renditedifferenzen bei europäischen Staatspapieren sich im Gefolge einer Beruhigung wieder zurückbilden. Gegen Ende des Projektionszeitraumes wird das Zinsniveau dann konjunkturbedingt zunehmen. Im Jahr 2011 werden die Zinsausgaben mit 7,4%, im Jahr 2012 mit 5,1% steigen. In den Restjahren beträgt die durchschnittliche Zunahme 1½%.

Die Ausgaben des Staates insgesamt stagnieren im Jahr 2011 und steigen im Jahr 2012 um 1,2%.[15] In den Restjahren des Projektionszeitraumes nehmen sie mit jahresdurchschnittlich 1½% zu. Über den gesamten Projektionszeitraum legen die Ausgaben mit gut 1% zu; im entsprechenden Zeitraum zuvor waren sie mit 2% gestiegen. Die Staatsquote (Ausgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt) wird sich von 46,3% im Jahr 2010 auf 42½% am Ende des Projektionszeitraums zurückbilden. Die Veränderung der Ausgabenstrukturen kann Tabelle 4 entnommen werden.

Nominales und strukturelles Defizit

Bestimmte Einnahmen und Ausgaben des Staates schwanken konjunkturbedingt stark, wodurch in Abschwungphasen Fehlbeträge entstehen, in Aufschwungphasen hingegen Überschüsse. Diese Salden sind gewollt: Sie federn die konjunkturelle Entwicklung ab und gleichen sich über einen Konjunkturzyklus tendenziell aus. Kumulieren sich hingegen Fehlbeträge, weil das Niveau der Ausgaben dem der Einnahmen nicht angemessen ist, verschulden die Haushalte sich also strukturell, so gefährdet dies mittel- bis langfristig die Handlungsfähigkeit des Staates; insbesondere Volkswirtschaften, in denen die demographische Struktur sich zunehmend verschlechtert, stehen Herausforderungen gegenüber.[16] In Deutschland ist deshalb die Schuldenbremse implementiert worden; sie wird ab dem Jahr 2011 auf eine Begrenzung der strukturellen Finanzierungssalden gerichtet sein.

Das Konzept des strukturellen Defizits birgt allerdings seine Schwächen. Es handelt sich um eine Größe, die nicht beobachtbar ist und daher geschätzt werden muss. Dies kann mit Hilfe unterschiedlicher Methoden erfolgen, die zu unterschiedlichen, teils sogar widersprüchlichen Ergebnissen kommen können. Zudem sind die Schätzungen revisionsanfällig, wenn neue Entwicklungen am aktuellen Rand eingearbeitet werden. Auch können methodische Änderungen und Weiterentwicklungen zu größeren Korrekturen führen (vgl. hierzu die Ausführungen in Kasten 2). Zudem haben die gängigen Verfahren große Probleme, Schwankungen bei den Gewinnsteuereinnahmen adäquat einzubeziehen.[17] Zu Beginn eines konjunkturellen Aufschwungs kann der strukturelle Teil des Defizits abrupt geringer ausgewiesen werden als zuvor.[18]

Tabelle 5 berichtet die strukturellen Defizite auf Basis der von der EU-Kommission verwendeten Methode zur Potenzialschätzung und der Budgetelastizitäten der OECD. Da das Konzept des strukturellen Defizits Rückschlüsse auf die dauerhafte Ausrichtung der Finanzpolitik zulassen soll und Einmaleffekte ein solches Urteil verzerren, sollten bestimmte Bereinigungen vorgenommen werden. Im Jahr 2010 erzielte der Staat bei der Versteigerung von UMTS-Lizenzen Einnahmen in Höhe von 4,4 Mrd. Euro.[19] Diese Einnahmen bleiben hier un-

---

[15] Bereinigt um die UMTS-Erlöse, die im Jahr 2010 das Ausgabenniveau um 4,4 Mrd. Euro verringert haben, sind die Ausgaben im Jahr 2011 um 0,4% gesunken.

[16] Die finanzpolitischen Maßnahmen im Zuge der Finanzkrise haben die Tragfähigkeitslücke wieder kräftig zunehmen lassen. Vgl. *Stiftung Marktwirtschaft:* Ein Jahr Schwarz-Gelb: Tragfähigkeitsbilanz negativ. Pressemitteilung, 19. Oktober 2010.

[17] Für eine ausführliche Darstellung dieser Probleme vgl. *van Deuverden, K.; Scheufele, R.:* Mittelfristige Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Finanzen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (1), 2009, 52.

[18] Bedenklich ist zudem, dass mittels Buchungsvorgängen die Höhe der strukturellen Defizitkomponente beeinflusst werden kann. So wird das strukturelle Defizit des Bundes im Jahr 2010 dadurch erhöht, dass die BA in diesem Jahr einen Zuschuss erhielt. Ab dem Jahr 2011 wird der Bund ihr hingegen bei Bedarf wieder ein Darlehen gewähren. Allein aus diesem Grund wird das strukturelle Defizit des Bundes im Jahr 2011 um sechs Mrd. Euro geringer sein – und so die nach der Schuldenbremse notwendige Rückführung der strukturellen Defizitkomponente erleichtern. Auf die hier ausgewiesenen strukturellen Defizite des Gesamtstaates hat dies allerdings keinen Einfluss.

[19] In Bezug auf die Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen ist eine Bereinigung unumstritten. Einmaleffekte treten aber häufiger auf, und es ist nicht immer unstrittig, welche berücksichtigt werden sollten. Wie sollen beispielsweise einmalige, diskretionäre Maßnahmen behandelt werden, die zeitlich und der Höhe nach begrenzt sind, wie beispielsweise die Abwrackprämie oder der Kinderbonus? Eine andere Art der Bereinigung kommt bei der Umsetzung der Schuldenbremse zur Anwendung. Hier werden die finanzstatistischen Haushaltssalden um bestimmte finanzielle Transaktionen bereinigt. Vgl. hierzu *van Deuverden, K.; Freye, S.:* Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen Gelingen auf Länderebene infrage, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (9), 2010, 438-447.

Kasten 2:
Das geänderte Potenzialschätzungsverfahren nach Maßgabe der EU-Kommission

Die mittelfristige Finanzplanung beruht auf einer Vorausschätzung der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung. Diese wiederum gründet entscheidend auf der Einschätzung des Produktionspotenzials und der daraus abgeleiteten Produktionslücke. Außerdem ist die Einschätzung des Produktionspotenzials wesentlich für die Ableitung des strukturellen (also des um konjunkturelle Einflüsse bereinigten) Defizits. Bei der Aufstellung der Stabilitätsprogramme kommt diesem strukturellen Defizit schon seit längerem Bedeutung zu. Ab 2011 ist in Deutschland nun die Schuldenbremse in Kraft; auch sie basiert auf der Entwicklung des strukturellen Defizits. Damit gewinnen die Verfahren, die zu seiner Schätzung angewendet werden, zunehmend an Bedeutung.

Die Bundesregierung hat sich darauf festgelegt, bei der Umsetzung der Schuldenbremse auf das Potenzialschätzungsverfahren der EU-Kommission zurückzugreifen. Diese entwickelt ihr Verfahren zur Potenzialbereinigung und zur Schätzung der Produktionslücke ständig weiter. Damit besteht in bestimmten Abständen der Bedarf, diese methodischen Änderungen bei den Berechnungen zu berücksichtigen.

Zum Jahreswechsel 2010/2011 trat eine größere methodische Änderung des EU-Verfahrens in Kraft. Die Bundesregierung wird das geänderte Verfahren erstmalig für den Jahreswirtschaftsbericht im Januar 2011 verwenden. Der Methodenwechsel zum Jahresende 2010 ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil der Bund und die fünf Länder, die Konsolidierungshilfen erhalten, den Abbaupfad ihrer strukturellen Defizite auf die Haushaltslage im Jahr 2010 basieren müssen.

Damit stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der methodischen Änderung. Konkret wird vor allem die Trendbereinigung des technischen Fortschritts zukünftig mit einem anderen Filterverfahren erfolgen. Zusätzlich wird die Regierung auch bei der Schätzung der strukturellen Arbeitslosenquote (NAIRU) das von der EU-Kommission eingebrachte Verfahren anwenden.

Auf Basis erster Sensitivitätsanalysen lassen sich die Konsequenzen aus dieser Methodenänderung wie folgt abschätzen (siehe auch Anhang):

- Der „reine“ Methodenwechsel (d. h. die Umstellung der Filterverfahren) hat nur marginale Effekte auf die Potenzialschätzung als Ganzes. Dies gilt zumindest auf Basis der verwendeten Einstellungen, wie sie von der EU-Kommission vorgegeben sind.
- Eine Änderung der Basisoptionen im Berechnungsprogramm kann allerdings zu erheblichen Abweichungen führen.
- Zu beachten ist, dass die EU-Kommission – verglichen etwa mit der hier vorgelegten Projektion – grundsätzlich andere Annahmen über wichtige Rahmenbedingungen macht. So bestehen Unterschiede bei der unterstellten Bevölkerungsentwicklung und bei der Einschätzung der mittelfristigen Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit.
- Das Verfahren regelt nicht bis ins Detail, welche Datenbasis (inklusive eigener Kurzfristprognosen) verwendet wird und wie die Stützzeiträume für die Modelle gewählt werden sollen. Hier können kleine Änderungen einen großen Effekt auf die Potenzialschätzung haben. Daher ist eine detaillierte Dokumentation der Vorgehensweise geboten.

Insgesamt werden die Auswirkungen des Methodenwechsels bei sonst gleichen Rahmenbedingungen allerdings gering sein.

berücksichtigt. Im Jahr 2010 liegt die strukturelle Defizitquote bei 2,7%. Die strukturelle Komponente sinkt danach aufgrund der in dieser Projektion berücksichtigten Konsolidierungsmaßnahmen schnell. Im Jahr 2014 wird sie bereits bei null liegen; im Jahr 2015 weist der öffentliche Gesamthaushalt sogar einen strukturellen Überschuss aus. Damit würden die Vorgaben der Schuldenbremse mehr als erfüllt.

Andere Indikatoren

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wie auch die Schuldenbremse zielen auf das strukturelle Defizit. Finanzpolitisches Handeln kann aber auch anhand anderer Kennziffern beurteilt werden. Als Indikatoren bieten sich auch der Primärsaldo und die Zinssteuerquote an. Der Primärsaldo gibt den Haushaltssaldo an, der sich ohne Schuldendienst ergeben

Tabelle 5:
Nominale und strukturelle Defizitquote[a]
- in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt -

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Nominaler Finanzierungssaldo[b]	−3,2	−1,9	−0,7	−¼	¼	½
Struktureller Finanzierungssaldo	−2,7	−1,8	−0,9	−½	0	¼

[a] In Abgrenzung der VGR. – [b] Ohne die Berücksichtigung der Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen liegt die Defizitquote im Jahr 2010 bei 3,3%. – In den Jahren 2013 bis 2015 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle 6:
Andere finanzwirtschaftliche Indikatoren[a]
- in % -

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Primärsaldo in Relation zum nominalen BIP	−0,7	0,6	1,9	2¼	3	3
Zinssteuerquote	10,8	11,3	11,4	11¼	11¼	11

[a] In Abgrenzung der VGR. – In den Jahren 2013 bis 2015 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

würde, denn dieser schränkt bei zunehmender Verschuldung die finanzpolitische Handlungsfähigkeit immer weiter ein; dies ist ebenfalls ein Indiz dafür, dass die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik gefährdet ist. Der Primärsaldo lag vor der Wirtschaftskrise bei 2,8% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Im Jahr 2009 stellte sich ein Primärdefizit ein, vor allem aufgrund der konjunkturstützenden Maßnahmen (vgl. Tabelle 6). Als Folge der wirtschaftlichen Erholung, aber auch als Resultat der Konsolidierungsanstrengungen wird der Primärhaushalt im Jahr 2012 einen Überschuss von 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausweisen; bis zum Ende des Projektionszeitraums steigt die Quote dann sogar bis auf 3%.

Die Zinssteuerquote gibt an, wie hoch der Anteil an allgemeinen Einnahmen ist, der für den Schuldendienst verwendet werden muss. Nach der Jahrtausendwende nahm diese Quote stetig ab, denn der Bund hatte begonnen, ein aktives Kreditmanagement zu betreiben. In der Folge sank der durchschnittlich vom Staat zu zahlende Zinssatz rapide. Selbst in der Krise sind die Zinsausgaben der öffentlichen Hand weiter zurückgegangen. Nach dieser Projektion werden die Zinsausgaben des Staates in den kommenden zwei Jahren nun deutlich zunehmen, und zwar stärker als die ebenfalls steigenden Steuereinnahmen. Folglich verschlechtert die Zinssteuerquote sich vorübergehend. In der mittleren Frist gewinnen die merklich zunehmenden Steuereinnahmen aber an Bedeutung, und die Zinssteuerquote bildet sich wieder leicht zurück.

Veränderung des Schuldenstands

Die Schuldenstandsquote ist infolge der Finanzkrise deutlich gestiegen. So schwenkte die Finanzpolitik auf einen ausgesprochen expansiven Kurs ein, und bald spiegelten sich die realwirtschaftlichen Folgen der Krise in den öffentlichen Haushalten wider. Die Defizite nahmen zu und schließlich auch der Schuldenstand. Vor allem aber haben sich die Rettungsschirme im Schuldenstand niedergeschlagen. Während Bürgschaften und Garantien das laufende Defizit des Staates erst dann belasten, wenn sie in Anspruch genommen werden und Zahlungen tatsächlich erfolgen, erhöhen sie den Schuldenstand des Staates sofort.[20] Im Frühjahr des Jahres 2010 haben sich die europäischen Länder darauf geeinigt, ein Darlehen an Griechenland

[20] Im Juli 2009 hat Eurostat entschieden, dass Kapitalzuführungen grundsätzlich keine Wirkung auf den Finanzierungssaldo im Sinn des ESVG haben, wenn gleichzeitig eine Vergütung vereinbart wird, die beihilferechtlichen Anforderungen genügt. Vgl. *Eurostat:* Die statistische Erfassung öffentlicher Interventionen zur Unterstützung von Finanzinstituten und Finanzmärkten während der Finanzkrise. Pressemitteilung 103/2009.

Tabelle 7:
Schuldenstandsquote[a]
- Schuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, in % -

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Schuldenstandsquote	82,2	82,6	81,7	80½	78¾	76¾

[a] Maastrichtabgrenzung. – In den Jahren 2013 bis 2015 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Tabelle 8:
Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – Alternativszenarien[a]
- in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, in % -

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Basisszenario	−3,2	−1,9	−0,7	−¼	¼	½
Szenario I	−3,2	−1¾	−½	0	½	¾
Szenario II	−3,2	−2¼	−1	−½	0	¼

[a] In Abgrenzung der VGR. – In den Jahren 2011 bis 2015 auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quelle: Berechnungen des IWH.

zu geben, um so der Spekulation den Boden zu entziehen. Außerdem wurde ein europäischer Rettungsschirm verabschiedet, der greifen soll, wenn ein weiteres Land des Euroraums in Schwierigkeiten gerät. Dieser Fall ist nun eingetreten und Irland hat um Hilfen gebeten. Rein institutionell wird der *European Financial Stability Fonds* dazu zwar selbst Gelder aufnehmen. Allerdings werden in diesem Fall die Staatsschulden der Mitgliedsländer gemäß deren Anteil erhöht.

Im Jahr 2010 hat der Schuldenstand alles in allem noch einmal kräftig zugelegt; die Schuldenstandsquote stieg um 8½ Prozentpunkte, und auch im Jahr 2011 wird sie sich nochmals erhöhen. In dieser Projektion ist unterstellt, dass die Turbulenzen im Euroraum sich zurückbilden und dass weitere Hilfen nicht notwendig sein werden. Unter dieser Prämisse wird die Schuldenstandsquote sich im Jahr 2011 nochmals leicht erhöhen, dann aber sinken, zuletzt auch aufgrund von Haushaltsüberschüssen. Am Ende des Projektionszeitraums wird sie auf 76¾% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt zurückgegangen sein (vgl. Tabelle 7).

Sensitivität der Defizitprojektion

Die hier vorgelegte mittelfristige Projektion basiert aus Sicht des IWH auf realistischen Annahmen und hat unter allen möglichen Entwicklungen aus heutiger Sicht die höchste Wahrscheinlichkeit. Allerdings bestehen Risiken. So wird in dieser Projektion davon ausgegangen, dass die Vertrauens- und Schuldenkrise anderer europäischer Staaten sich nicht weiter zuspitzt und dass die USA nicht wieder in eine Rezession abgleiten. Andererseits könnte die konjunkturelle Entwicklung in den USA aber auch stärker in Fahrt kommen als angenommen. Aus diesem Grund sind in Tabelle 8 zwei Alternativszenarien abgebildet. In Szenario I ist unterstellt, dass die Wirtschaft im Durchschnitt um einen halben Prozentpunkt stärker wächst als im Basisszenario, in Szenario II ist das Wachstum um einen halben Prozentpunkt geringer. Die unterschiedlichen Wachstumsannahmen führen dazu, dass die Finanzierungssalden im Endjahr variieren. Allerdings ist die Spanne recht gering. In allen drei Szenarien wird im Jahr 2015 ein Überschuss vorliegen; im Positivszenario wird dieser bei ¾% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen, im Negativszenario bei immerhin noch ¼%. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in der mittleren Frist scheint von daher recht robust; das größte Risiko dürfte darin bestehen, dass die Konsolidierungspläne nicht umgesetzt werden.

Ausblick

Die Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft sind aus heutiger Sicht günstig. Bereits im Jahr 2010 hat die Wirtschaft sich deutlich erholt.

Auch in der mittleren Frist wird ihre Expansion verhältnismäßig kräftig sein. Vor allem wird die Zahl der Erwerbstätigen weiter zu-, die Zahl der Arbeitslosen weiter abnehmen.

Auf dieser Grundlage zeichnet sich für die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in der mittleren Frist ein positives Bild. Der Anstieg der Erwerbsquote entlastet die Haushalte auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite. Dies allein ist aber nicht ausreichend für eine Rückführung der strukturellen Haushaltsfehlbeträge. Die Finanzpolitik hat eine Vielzahl von Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen oder in Aussicht gestellt. Nur wenn diese Maßnahmen auch umgesetzt werden, können sich die öffentlichen Finanzen so entwickeln wie hier vorhergesagt. Letztlich ergibt sich dann aber auch bereits in der mittleren Frist ein erweiterter Handlungsspielraum für die Finanzpolitik.

Anhang

Ableitung der Mittelfristprojektion

Die hier vorgelegte Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland für die mittlere Frist ist ein modellgestützter Ansatz auf Basis des makroökonometrischen Modells des IWH.[21] Kernelement dieses Modells ist eine gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Die Modellstruktur gewährleistet, dass das nachfragegetriebene Modell langfristig dem durch die Produktionsfunktion bestimmten (angebotsseitigen) Gleichgewicht zustrebt. Diese Konvergenz wird über Relativpreisanpassungen erreicht.

Der methodische Ansatz integriert damit sowohl angebotsseitige als auch nachfrageseitige Aspekte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und ist daher einem ausschließlich angebotsseitigen Ansatz überlegen. Von Vorteil ist zudem, dass die Produktionslücke am Ende des Projektionszeitraums nicht geschlossen sein muss. Stattdessen erfolgt die Anpassung der Produktion an das Produktionspotenzial endogen; ein vollständiger Abbau der Ungleichgewichte muss also nicht innerhalb des mittelfristigen Projektionszeitraums von fünf Jahren erfolgen.

Kurzfristig können zudem Informationen in das Modell eingebaut werden, die nicht explizit Bestandteil der Modellstruktur sind. Hierzu zählen etwa Frühindikatoren, die aus Umfragedaten gewonnen werden, oder monatliche Indikatoren zu Produktion und Auftragseingängen. Damit wird die Kurzfristprognose im Normalfall von der reinen Modellprognose abweichen. Bei der hier vorgestellten Prognose der mittleren Frist wird über Add-Faktoren das Modellergebnis mit der reinen Konjunkturprognose bis einschließlich 2012 abgestimmt, sodass eine direkte Verzahnung mit der Konjunkturprognose zugrunde liegt.[22]

Bestimmung des Produktionspotenzials

Die mittelfristige Projektion des Wachstums beruht auf Berechnungen zum Produktionspotenzial. Grundlage dieses Verfahrens ist der Methodenrahmen des EU-Verfahrens.[23] Die Ausgangsbasis bildet eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt (TFP).[24]

Der Kapitalstock folgt dem Nettoprinzip und errechnet sich aus den Bruttoanlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen. Der technische Fortschritt wird über eine Wachstumszerlegung (Solow-Residuum) bestimmt. Der Faktor Arbeit, definiert als gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in Stunden, setzt sich aus folgenden Teilkomponenten zusammen: Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, Partizipationsrate, Erwerbsquote, Pendlersaldo und durchschnittlich geleistete Arbeitszeit. Die Berechnung des Produktionspotenzials erfolgt mit Hilfe von Jahresdaten. Als Datenbasis dienen die Daten des Statistischen Bundesamtes und die Ameco-Datenbank.[25]

---

[21] Vgl. *Scheufele, R.:* Das makroökonometrische Modell des IWH: Eine angebotsseitige Betrachtung. IWH-Diskussionspapier 9/2008.

[22] Vgl. *Arbeitskreis Konjunktur:* Konjunktur aktuell: Aufschwung in Deutschland geht weiter – Krisenprävention und Krisenmanagement in Europa unter Reformdruck, in diesem Heft, 6-32.

[23] Als Basisszenario wird der EU-Methodenrahmen verwendet, der sowohl bei der Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2010 als auch bei der Herbstprojektion der Bundesregierung vom Oktober 2010 Anwendung fand. Als Alternativszenario wird auch das neue Potenzialverfahren der EU verwendet, das Grundlage für das Stabilitätsprogramm 2011 sein wird. Dieses Verfahren ist dann maßgeblich für die Anwendung der deutschen Schuldenregel auf Bundesebene.

[24] In Übereinstimmung mit dem EU-Verfahren wird eine Produktionselastizität des Faktors Kapital von 0,35 unterstellt.

[25] Die Daten vor 1991 beziehen sich auf die Alten Bundesländer. Auf eine Rückverkettung der Daten wurde verzichtet, da hierbei Inkonsistenzen (etwa bei Quoten) auftreten. Außerdem wird eine klare Trennung zwischen Inlandskon-

Für die meisten Variablen werden univariate Zeitreihenmodelle spezifiziert und für den Zeitraum 2013 bis 2018 Prognosen generiert.[26] Für die Bestimmung der trendmäßigen Größen wird ein Hodrick-Prescott-Filter bis einschließlich 2018 verwendet.

Entwicklung des Produktionspotenzials

Die Berechnung anhand des so angewendeten EU-Verfahrens ergibt für den Zeitraum 2010 bis 2015 einen durchschnittlichen Anstieg des Produktionspotenzials von 1,3% (vgl. Tabelle 9). Das Arbeitsvolumen wird dazu keinen nennenswerten Beitrag leisten, da die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes im Projektionszeitraum sinkt.[27] Diese Entwicklung verschärft sich in den Jahren ab 2013. Außerdem dürfte die jährliche Arbeitszeit im Trend weiter sinken, da davon auszugehen ist, dass weiterhin Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeitarbeit ersetzt werden. Zwar zeigen Schätzungen am aktuellen Rand einen weiteren Anstieg der Erwerbsquote, allerdings wird für den weiteren Projektionszeitraum in Übereinstimmung mit der EU annähernd Konstanz unterstellt. Somit dürfte die strukturelle Erwerbslosenquote (ILO) bei etwa 6% liegen. Weiterhin positiv dürfte sich die Partizipationsrate entwickeln.

Wenn die Investitionen ihr Vorkrisenniveau erreicht haben, wird auch der Kapitalstock wieder stärker zum Produktionspotenzialwachstum beitragen. Für den technischen Fortschritt wird unterstellt, dass dessen Trendwachstum im Projektionszeitraum wieder leicht zunimmt und zu seinem langjährigen Durchschnitt zurückkehrt.

Tabelle 9:
Entwicklung des Produktionspotenzials
- 2005 bis 2015; jahresdurchschnittliche Veränderung[a] in % -

	2010/2005	2015/2010[b]
Bruttoinlandsprodukt	1,1	1,3
Kapitalstock	1,2	1,4
Totale Faktorproduktivität	0,3	0,8
Arbeitsvolumen	0,6	0,0
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	−0,4	−0,4
Partizipationsrate	0,4	0,5
Erwerbsquote	0,8	0,3
Jährliche Arbeitszeit	−0,2	−0,3
Nachrichtlich: Arbeitsproduktivität	1,3	1,3

[a] Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung. – [b] Trendmäßige Entwicklung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2010: Berechnungen des IWH.

Auswirkungen der Methodenänderung 2011

Im Jahr 2011 werden die Bundesregierung und die Gemeinschaftsdiagnose die Potenzialschätzung nach dem fortentwickelten EU-Verfahren durchführen.[28] Die wesentliche Neuerung des Verfahrens bezieht sich auf die Schätzung des technischen Fortschritts (TFP). Während bei der alten Methode die Bestimmung der trendmäßigen Entwicklung des technischen Fortschritts mit Hilfe des HP-Filters berechnet wurde, wird sie nun mit Hilfe eines Zustandsraummodells – unter Zuhilfenahme von bayesianischen Verfahren und Informationen aus Umfragedaten zur Kapazitätsauslastung – bestimmt. Die Grundidee dieses Ansatzes besteht darin, dass die Kapazitätsauslastung helfen kann, den langfristigen Trend des technischen Fortschritts zu isolieren (was die Revisionsanfälligkeit reduziert). Zudem erleichtert das neue Verfahren die Trendfortschreibung am aktuellen Rand. Allerdings erhöht es auch den Komplexitätsgrad der Potenzialschätzung und bietet viele Eingriffsmöglichkeiten für den Nutzer. Zur Gewährleistung der Nachvollziehbarkeit und der Transparenz werden hier die Grundeinstellungen der EU-Kommission verwendet.[29] Neben dem technischen Fortschritt wird die Bundesregierung

zept und Inländerkonzept mit Hilfe des Pendlersaldos verfolgt.

[26] Zur Spezifikation der Modelle wird ein *Specific-to-general*-Ansatz gewählt, sodass in der Endspezifikation keine Autokorrelation in den Residuen vorliegt. Dieser Ansatz soll in kleinen Stützzeiträumen helfen, eine Überparametrisierung der Modelle zu vermeiden. Für die Jahre 2010 bis 2012 wird die Kurzfristprognose unterstellt.

[27] Vgl. *Statistisches Bundesamt:* Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – Ergebnisse der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2009 (Variante 1 – W1).

[28] Vgl. *D'Auria, F.; Denis, C.; Havik, K.; Mc Morrow, K.; Planas, C.; Raciborski, R.; Röger, W.; Rossi, A.:* The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Economic Papers 420. Europäische Kommission, Juli 2010.

[29] Verwendet wurde das GAP-Programm der Europäischen Kommission mit Hilfe des Excel-Interface, verfügbar unter http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library?l=/autumn_forecast/autumn_programs&vm=detailed&sb=Title.

Tabelle 10:
Vergleich der Potenzialberechnungsverfahren[a]
- 2011 bis 2015; jahresdurchschnittliche Veränderung in % -

	bisheriges Verfahren				neues Verfahren			
	Produktions-potenzial	Arbeits-volumen	Kapital-stock	Technischer Fortschritt	Produktions-potenzial	Arbeits-volumen	Kapital-stock	Technischer Fortschritt
2011	1,3	0,3	1,3	0,6	1,3	0,3	1,3	1,1
2012	1,4	0,3	1,5	0,7	1,5	0,3	1,5	1,2
2013	1,3	−0,1	1,5	0,8	1,5	−0,7	1,5	1,2
2014	1,3	−0,2	1,4	0,9	1,4	−0,3	1,4	1,0
2015	1,3	−0,2	1,3	1,0	1,3	−0,2	1,3	1,0
2015/2010	1,3	0,0	1,4	0,8	1,3	−0,1	1,3	1,1

[a] Trendmäßige Entwicklung. – Differenzen in den aggregierten Werten durch Rundung.

Quelle: Berechnungen des IWH.

auch die Schätzung der NAIRU erstmals mit einem Zustandsraummodell vornehmen (und damit nicht mehr mit dem HP-Filter).

Die beiden Änderungen beeinflussen die Produktionspotenzialschätzung sowohl direkt (Solow-Residuum und Erwerbsquote ändern sich) als auch indirekt über die Schätzung des Kapitalstocks.[30] Zur Vergleichbarkeit der beiden Varianten wird sichergestellt, dass die Datenbasis übereinstimmt; d. h. sowohl die Prognosen aus der kurzen Frist, die unterstellte Bevölkerungsentwicklung als auch die univariaten Zeitreihenmodelle für die übrigen Produktionsfaktoren bleiben gleich.

Der Vergleich der beiden Methoden für die aktuelle Projektion ergibt, dass kaum Differenzen zwischen den beiden Verfahren bestehen (vgl. Tabelle 10). Die Unterscheide bei der NAIRU-Schätzung liegen bei maximal 0,6 Prozentpunkten, wobei beim neuen Verfahren die NAIRU leicht höher geschätzt wird. Zwar unterscheiden sich die Wachstumsraten bei den Potenzialschätzungen in den einzelnen Jahren etwas. Trotzdem findet man kaum Unterschiede in den Niveaus. Angesichts der generellen Unsicherheit bei Potenzialschätzungen ist der Unterschied zwischen den beiden Verfahren erstaunlich gering.[31]

[30] Da die Investitionen bei der EU-Methode simultan mit dem Produktionspotenzial geschätzt werden, wird bei einer Änderung der Produktionsfaktoren auch der Kapitalstock mit beeinflusst.

[31] Allerdings gilt es zu beachten, dass dieses Ergebnis nur bei gleichen Annahmen gilt. So sind beispielsweise die Unterschiede zur Potenzialschätzung der EU-Kommission erheblich, da hier v. a. Unterschiede in den Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung und der Einschätzung zur mittelfristigen Entwicklung der Arbeitszeit zu verzeichnen sind.

IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (1), 2011, S. 50-56

Was bringen Vernetzung und Kooperation für die lokale Wirtschaftsentwicklung?
Bericht über eine Tagung am IWH

Christoph Hornych, Martin T. W. Rosenfeld, Albrecht Kauffmann, Martin Mühlberg

Die Abteilung Stadtökonomik des IWH veranstaltete am 2. und 3. Dezember 2010 das dritte „Halle Forum on Urban Economic Growth". Auf der im zweijährigen Turnus stattfindenden Konferenz werden Forschungsergebnisse zu wesentlichen Einflussfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung von Städten präsentiert. Das dritte „Halle Forum" widmete sich der Frage nach den Formen und Vorteilen von Kooperationen und Vernetzung für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Metropolregionen. In den Vorträgen und Diskussionen wurden die Effekte und Determinanten von inter- und intraregionalen Kooperationen zum einen zwischen Unternehmen, zum anderen zwischen benachbarten Kommunen thematisiert. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der Zusammenarbeit von Städten im Rahmen der Etablierung von Metropolregionen, mit denen die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Städte verbessert werden soll.

Ansprechpartner: Christoph Hornych (Christoph.Hornych@iwh-halle.de)
JEL-Klassifikation: D85, L14, P25, R11, R58
Schlagworte: Regionale Wirtschaftsstruktur, Stadtentwicklung, Stadt-Umland-Beziehungen, Unternehmenskooperation, Metropolregionen, Netzwerke

Seit dem Jahr 2006 findet am IWH im zweijährigen Turnus das *„Halle Forum on Urban Economic Growth"* statt, mit dem das Anliegen eines interdisziplinären und internationalen Dialogs über relevante Faktoren für Kreativität und wirtschaftliche Dynamik in urbanen Milieus verfolgt wird.[1] Das dritte *„Halle Forum"* am 2. und 3. Dezember 2010 widmete sich der Frage nach den Formen von Kooperationen und Vernetzung zwischen Unternehmen, Kommunen und anderen korporativen Akteuren und nach den Vorteilen solcher Zusammenarbeit für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Metropolregionen.

Die Fähigkeit der lokalen Akteure zur Kooperation innerhalb von Städten sowie mit Akteuren in benachbarten Städten wird in der jüngeren stadtökonomischen Literatur als eine wesentliche Quelle für den wirtschaftlichen Erfolg von Städten betrachtet.[2] Es wird postuliert, dass Städte sowie Stadtregionen, in denen das kooperative Verhalten besonders ausgeprägt ist, wirtschaftliche Vorteile gegenüber anderen Städten und Stadtregionen generieren können. Nicht zuletzt spielt die Fähigkeit lokaler Akteure zur Kooperation eine Rolle bei der Etablierung von Metropolregionen, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit der Städte verbessert werden soll. Diese neuartigen Verbünde zwischen größeren Kernstädten und benachbarten kleineren und mittleren Städten setzen freiwillige Vereinbarungen zwischen den beteiligten Kommunen voraus; ob es gelingt, diese Vereinbarungen zu schließen – und vor allem: sie mit Leben zu erfüllen –, hängt in erheblichem Maße davon ab, wie stark die jeweiligen Akteure darin geübt und dazu gewillt sind, miteinander zu kooperieren. Aber auch für die Teilhabe einer Stadt an überregionalen Netzwerken und überregional verfügbarem Wissen spielt

[1] Für eine Zusammenfassung der Ergebnisse des *„Halle Forums"* im Jahr 2008 vgl. *Franz, P.; Rosenfeld, M. T. W.; Illy, A.:* Wie werden Städte zu Zentren der Kreativität und Innovation? Ein Bericht über das „Second Halle Forum on Urban Economic Growth" am IWH, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 15 (6), 2009, 255-260.

[2] Vgl. z. B. *Capello, R.:* The City Network Paradigm: Measuring Urban Network Externalities, in: Urban Studies, Vol. 37 (11), 2000, 1925-1945. – *Batten, D. F.:* Network Cities: Creative Urban Agglomerations for the 21st Century, in: Urban Studies, Vol. 32 (2), 1995, 313-327.

die Kooperationsfähigkeit der lokalen Akteure eine wesentliche Rolle.

Vor diesem Hintergrund konzentrierten sich die Vorträge und Diskussionen der Tagung auf fünf Fragestellungen:

- Welche Formen von Kooperation gibt es, und was sind die allgemeinen Vorteile von Kooperation?
- Wie lassen sich diese allgemeinen Zusammenhänge für lokale und überregionale Vernetzungen von Unternehmen konkretisieren?
- Welche Nutzen haben interkommunale Kooperationen im Allgemeinen und speziell innerhalb von Metropolregionen?
- Wie lassen sich konkrete Metropolregionen räumlich abgrenzen, welche Rolle kommt dabei der Vernetzung von Akteuren zu?
- Wie relevant ist die nationale und internationale Vernetzung von Städten und Metropolregionen für die wirtschaftliche Entwicklung?

Potenzielle Vorteile von Unternehmensnetzwerken aus theoretischer Sicht klar herleitbar!

Die Tagung begann mit einer Keynote von *Charlie Karlsson*, Präsident der European Regional Science Association (ERSA) und Professor an der Jönköping International Business School (Schweden). Karlssons Vortrag befasste sich grundlegend mit Vorteilen von Unternehmensnetzwerken für die urbane und regionale Entwicklung. Zunächst ging Karlsson aus theoretischer Sicht auf die Typen und die Struktur von Netzwerken zwischen Unternehmen ein. Zudem erörterte er, über welche Mechanismen eine Kooperation durchgeführt werden kann und welche Bereiche Kooperationen umfassen können.

Einen starken Fokus legte Karlsson auf die Frage, aus welcher Motivation heraus Unternehmen miteinander kooperieren oder aber auf Kooperationen verzichten. Beweggründe für eine Kooperation von Unternehmen seien etwa die Vermeidung von Prinzipal-Agenten-Problemen bei Zulieferer-Abnehmer-Beziehungen, eine Senkung der Transaktionskosten durch langfristige Verträge sowie Vorteile, die sich aus der Kooperation im Bereich von Forschung und Entwicklung ergeben, da das Risiko der Investitionen für das einzelne Unternehmen geringer werde. Gründe, eine Kooperation zu vermeiden, könnten geringes Vertrauen und Bedenken sein, mit einem Konkurrenten zusammenzuarbeiten. Durch die Einrichtung geeigneter institutioneller Arrangements könne der Staat aber bei der Vernetzung helfen.

Nach den Aussagen der Theorie können sich Karlsson zufolge Unternehmensnetzwerke auch positiv auf die Entwicklung einer Region auswirken. Empirisch lasse sich dieser Zusammenhang jedoch nicht klar nachweisen, diesbezügliche Studien kämen zu gemischten Ergebnissen. Karlsson folgerte daraus, dass Unternehmensnetzwerke zwar vermutlich wesentliche Treiber der urbanen Wachstumsprozesse seien, hierzu jedoch noch weitergehende Forschung notwendig sei.

Die Struktur von Netzwerken als Erfolgskriterium?

In den folgenden Vorträgen wurden die Effekte und Determinanten von inter- und intraregionalen Kooperationen zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen untersucht. Dabei wurden Ergebnisse aus verschiedenen Branchen und Regionen präsentiert.

Dr. Arno Brandt von der Nord/LB (Norddeutsche Landesbank) aus Hannover stellte in seinem Vortrag Ergebnisse einer Untersuchung der Vernetzung der maritimen Wirtschaft in Deutschland vor. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den Unterschieden der Vernetzungsmuster zwischen verschiedenen norddeutschen Regionen (Ems-Achse, Metropolregion Bremen-Oldenburg, Metropolregion Hamburg, Nördliches Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern). Brandt zufolge zeigen die Ergebnisse der Analysen, dass die Metropolregion Hamburg nicht nur hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten in der Branche, sondern auch bezüglich der Vernetzung der Akteure das Zentrum der maritimen Wirtschaft in Deutschland darstellt. Dabei wiesen die Akteure aus Hamburg eine starke Vernetzung mit Akteuren aus anderen Regionen Deutschlands auf, und auch innerhalb der Metropolregion könnten besonders zahlreiche Kooperationsbeziehungen nachgewiesen werden. Neben diesen beiden Aspekten wurden von Brandt auch die Bedeutung des Grades der Vernetzung mit Akteuren außerhalb Deutschlands sowie des Ausmaßes der

Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als weitere Indikatoren der Vorteilhaftigkeit der Netzwerkstruktur einer Region diskutiert.

Einen weiteren Ansatz, um die Stärken und Schwächen der Vernetzung von Regionen zu identifizieren, präsentierte *Dr. Gerhard Heimpold* vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Hierbei stützte er sich auf eine Untersuchung der Merkmale von Unternehmensnetzwerken in der Metropolregion Mitteldeutschland.[3] Insbesondere betonte Heimpold die Notwendigkeit der Simultanität von Kooperationen mit Partnern aus der eigenen Region und aus anderen Regionen (Schlagwort *local buzz and global pipelines)*. Gerade bezüglich der überregionalen Einbindung scheinen dabei Unternehmensnetzwerke aus Mitteldeutschland Defizite aufzuweisen. Ähnlich wie Brandt sah auch Heimpold neben der räumlichen Verteilung der Kooperationspartner in der Einbindung von Wissenschaftseinrichtungen ein wichtiges Element von Unternehmensnetzwerken. Bezüglich dieses Punktes deute die Tatsache, dass zahlreiche Netzwerke in der Metropolregion Mitteldeutschland von Wissenschaftseinrichtungen koordiniert würden, auf eine Stärke der bestehenden Kooperationsstrukturen hin. Daneben würden in der Untersuchung aber auch Unterschiede innerhalb der Metropolregion deutlich. Vor allem in den Stadtregionen Dresden und Chemnitz hätten sich viele Unternehmensnetzwerke gebildet. Ein möglicher Grund für diesen Befund sei die Konzentration an Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe in diesen Regionen.

Auch *Falk Strotebeck* von der Ruhr-Universität Bochum beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der räumlichen Struktur von Kooperationsbeziehungen. Er präsentierte Ergebnisse einer Untersuchung zur Struktur regionaler Netzwerke in der Biotechnologiebranche, wobei der regionale Fokus auf den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen lag. Mittels der Methode der sozialwissenschaftlichen Netzwerkanalyse wurde identifiziert, welche Kommunen die jeweils zentralsten Positionen in den Netzwerkstrukturen dieser Bundesländer einnehmen. Dabei zeigte sich, dass meist einige wenige Kommunen die Zentren der regionalen Netzwerke bilden, während viele andere Kommunen nur eine geringe Vernetzung aufweisen und sich am Rande des Netzwerks wiederfinden. Die zentralen Kommunen bilden dabei nicht nur die Kerne der regionalen Netzwerkstrukturen, sondern dienen auch als Schnittstellen, über welche die Verbindungen zu anderen Regionen laufen.

Ergebnisse zu den Effekten der Vernetzung von Unternehmen in der deutschen Photovoltaikindustrie wurden von *Christoph Hornych* vom IWH präsentiert.[4] Einen Hintergrund der Studie bildet die öffentliche Förderung von Kooperationsprojekten in dieser Industrie, in der Metropolregion Mitteldeutschland etwa im Rahmen des Spitzenclusters „SolarValley Mitteldeutschland“. Die Untersuchung zeigte, dass tatsächlich weniger die räumliche Ballung von Unternehmen der Industrie, als vielmehr bestehende Kooperationen für positive Effekte auf die ökonomische und technologische Leistungsfähigkeit der Unternehmen ursächlich sind. Allerdings traten diese positiven Effekte keineswegs bei allen Kooperationsbeziehungen in gleichem Maße auf. Hornych konnte zeigen, dass die Position eines Unternehmens in der Netzwerkstruktur Einfluss auf die Vorteilhaftigkeit seines Kooperationsarrangements hat.

Interkommunale Kooperation gewinnt weiter an Bedeutung – aber wo bleibt die Erfolgskontrolle?

Nach den Vorträgen zu Unternehmenskooperationen beschäftigten sich die folgenden Vorträge mit der Kooperation zwischen Kommunen, insbesondere innerhalb von Metropolregionen. *Dr. Beate Hollbach-Grömig* vom Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU), Berlin, ging in ihrem Vortrag auf die Ausprägungen, Hindernisse und Erfolgsbedingungen von Kooperationsvorhaben auf der kommunalen Ebene ein. Sie wies auf das Problem hin, dass zwar in den Kommunen ein allgemeiner Konsens darüber bestünde, wonach eine interkommunale Kooperation in zahlreichen Fällen für alle Beteiligten von Vorteil wäre, es gebe aber in

[3] Vgl. hierzu *Heimpold, G.:* Unternehmensnetzwerke in Mitteldeutschland: Häufig durch Wissenschaftseinrichtungen koordiniert, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (8), 2010, 384-388. – *Heimpold, G.:* Unternehmensnetzwerke in den Regionen Leipzig, Dresden, Chemnitz und Halle: Befinden sich die Netzwerkmitglieder in räumlicher Nähe zueinander?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (4), 2010, 205-212.

[4] Siehe hierzu auch *Hornych, C.; Brachert, M.:* Unternehmensnetzwerke in der Photovoltaik-Industrie – starke Verbundenheit und hohe Kooperationsintensität, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 16 (1), 2010, 57-64. – *Hornych, C.; Brachert, M.:* Die Photovoltaik-Industrie in Sachsen-Anhalt – Entstehung, Entwicklung und Perspektiven, in: RegioPol – Zeitschrift für Regionalwirtschaft, Ausgabe 2/2010, 2010, 75-87.

der Praxis eine ganze Reihe von Hindernissen, sodass vielfach eine eigentlich wünschenswerte Kooperation nicht zustande käme. Dabei wird die Notwendigkeit für interkommunale Kooperation – Hollbach-Grömig zufolge – in Zukunft eher noch zunehmen, unter anderem wegen der Veränderungen infolge der Globalisierung, der allgemeinen kommunalen Finanznot, des demographischen Wandels und der Suburbanisierungsprozesse.

Der von der Referentin präsentierte Überblick über die Hauptaktivitätsfelder der interkommunalen Kooperation machte deutlich, dass die Bereiche Tourismusförderung und Regionalmarketing sowie Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an erster Stelle stehen. Hinsichtlich der Anlässe für interkommunale Kooperation wird von den kommunalen Akteuren vor allem die Verbesserung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit und die Zusammenlegung von Ressourcen (bei unzureichenden eigenen Ressourcen) betont. Dabei gibt es in der Praxis eine große Vielfalt von Governance-Formen der Kooperation. Hinsichtlich der Gestaltungs- und Entscheidungsrechte sind die Stadt- und Gemeinderäte zumeist nur in grundlegende Fragen involviert, etwa bei der Basis-Entscheidung, ob eine Kooperation eingegangen werden soll. Die Detailentscheidungen werden von Mitgliedern der Kommunalverwaltung ohne Einschaltung der Räte getroffen. Die Einwohner werden in den meisten Fällen nur spärlich über die Inhalte und Ausprägungen der Kooperation informiert. Bemerkenswert erscheint die Feststellung der Referentin, dass bislang nur wenige Kommunen konkrete Verfahren zur Kontrolle des Erfolgs der von ihnen eingegangenen interkommunalen Kooperationsbeziehungen installiert hätten.

Zu den Bedingungen für eine erfolgreiche interkommunale Kooperation gehören – der Referentin zufolge – neben den immer notwendigen „gemeinsamen Interessen“ nicht zuletzt das Vorhandensein von Persönlichkeiten, die sich als „Promotoren“ in besonderem Maße für die Kooperation einsetzen. Interkommunale Kooperation benötige stets eine besondere „Kultur“ innerhalb der Verwaltungen – der Aufbau einer solchen „Kultur“ sei zeitaufwendig. Gerade deshalb sei es auch wichtig, dass hinsichtlich der Akteure, die in den Verwaltungen für die Kooperation zuständig sind, eine größtmögliche Kontinuität gegeben ist. Monitoring und Erfolgskontrolle, also Elemente, die heute zumeist noch stiefmütterlich behandelt würden, gehörten auf jeden Fall zu den Faktoren, die für eine langfristig erfolgreiche Kooperation erforderlich seien. Darüber hinaus notwendig seien aber auch eine hinreichende Transparenz der für die Kooperation eingesetzten Organisation, die Überwindung lokaler Egoismen und ein günstigerer institutioneller Rahmen (z. B. durch Flexibilisierung von Regulierungen und Standards, die von Bund und Ländern gesetzt werden).

Kommunen, die bislang nicht miteinander kooperiert haben, kann aus Sicht der Referentin empfohlen werden, mit solchen Projekten zu starten, bei denen ein rascher Erfolg zu erwarten ist, um damit Motivation für die weitere Kooperation zu schaffen. Auch ein „Leuchtturm“-Projekt könne den Start einer Kooperation begünstigen.

In der Diskussion wurde unter anderem die Frage aufgeworfen, ob die geringe Neigung zahlreicher Kommunen zur Kooperation mit benachbarten Kommunen auch darin begründet sein könnte, dass der Wettbewerb zwischen den Kommunen in Deutschland zu gering ist und mithin bislang zu wenig Druck gegeben ist, sich im Wettbewerb möglichst gut zu positionieren – z. B. eben auch auf dem Wege einer interkommunalen Kooperation.

Niedrige Transaktionskosten und Headquarters entscheidend für den Erfolg interkommunaler Vernetzung in Metropolregionen

Metropolregionen sind eine spezielle Form der interkommunalen Kooperation im Umfeld einer Großstadt („monozentrische Metropolregion“) oder mehrerer Kernstädte („polyzentrische Metropolregion“), an der sich neben den Kommunen auch Vertreter von Unternehmen und anderen Organisationen mit dem Ziel beteiligen, die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Metropolregion zu fördern.

Prof. Dr. Dietrich Fürst von der Leibniz-Universität Hannover gab in seinem Vortrag zunächst einen Überblick über die derzeit in Deutschland existierenden Metropolregionen und ihre jeweiligen Governance-Strukturen. Er hob dabei einige Besonderheiten der Metropolregionen gegenüber anderen Formen der interkommunalen Kooperation hervor. Hierzu gehörten die fehlende eindeutige räumliche Abgrenzung von Metropolregionen, ihre große räumliche Ausdehnung sowie oftmals eine starke Ausrichtung auf nach außen gerichtete Aktivitäten (Standortmarketing und Lobbying). Fürst erläuterte anhand verschiedener Kriterien die unterschiedlichen Strukturen der deutschen Metropolregionen, unter anderem hinsichtlich der Fragen,

inwieweit in deren Lenkungsorgane Unternehmen der Region eingebunden sind und inwieweit diese sich aktiv für die jeweilige Metropolregion engagieren. Hinsichtlich der rechtlichen Struktur werde zumeist die Form des Vereins gewählt, u. a. um den Verlust kommunaler Kompetenzen zu begrenzen und die *exit option* bei gegebenem Anlass möglichst problemlos wahrnehmen zu können.

Die Entstehung der deutschen Metropolregionen gegen Ende der 1990er Jahre ist Fürst zufolge auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Hier seien zum einen reale wirtschaftliche Veränderungen (Globalisierung, zunehmende Bedeutung der Faktoren Innovation, Wissen und Humankapital, wachsener Fachkräftemangel in zahlreichen Städten, räumliche Ausweitung der Aktionsradien der Städte infolge von sinkenden Transport- und Transaktionskosten) und die von ihnen ausgelöste wissenschaftliche und politische Diskussion unter anderem über Ballungsvorteile, Cluster, die wirtschaftliche Bedeutung der Steuerungs- und Kontrollfunktionen von *Global Cities* sowie die „Lissabon-Strategie" der EU anzuführen. Zum anderen habe auch das Anliegen der großen Städte eine Rolle gespielt, durch eine gezielte Intensivierung der Diskussion über Metropolregionen eine Abkehr von der bisherigen ausgleichsorientierten Raumentwicklungspolitik und die Hinwendung zu einer stärker wachstumsorientierten Politik zu forcieren (und damit tendenziell mehr öffentliche Mittel für die Entwicklung der Zentren zu mobilisieren).

Im Mittelpunkt des Vortrags von Fürst stand die Frage, welche Strukturen und Bedingungen gegeben sein müssen, um die Zielsetzungen der Metropolregionen erreichen zu können. Hier spielen – Fürst zufolge – nicht zuletzt die Transaktionskosten eine Rolle. Diese seien z. B. in polyzentrischen Städtesystemen besonders hoch, weil es dort zumeist ausgeprägte intraregionale Konflikte und Unklarheiten bezüglich der Führungsrolle gebe. Die Transaktionskosten hingen auch von der jeweiligen Fähigkeit der kommunalen Akteure zur Kooperation ab. Sie nähmen zu, wenn eine Metropolregion die Ländergrenzen überschreitet und es für notwendig erachtet wird, auch Vertreter der jeweiligen Landesregierungen in die Steuerungsgremien aufzunehmen. Hohe Transaktionskosten seien auch zu erwarten, wenn es neben der Organisation der Metropolregion noch zahlreiche weitere Governance-Ebenen gibt, mit Hilfe derer die Interessen der einzelnen Kommunen koordiniert werden sollen; dies erläuterte Fürst exemplarisch am „Flickenteppich" entsprechender sich räumlich überschneidender Koordinierungsorganisationen im Rhein-Ruhr-Gebiet.

Über den Erfolg einer Metropolregion entscheidet – laut Fürst – auch der Mix an kommunalen Interessenlagen und Wirtschaftsinteressen. Während die Vertreter der Kommunen eher nach außen gerichtete Interessen verträten, um die Position der eigenen Stadt oder der Metropolregion zu stärken, oder auch, um Verteilungskonflikte zwischen den Kommunen zu vermeiden, seien die Unternehmen eher daran interessiert, die Infrastruktur zu verbessern und für mehr Lebensqualität zu sorgen. Die Mitwirkung von Unternehmen ist – Fürst zufolge – vor allem dann wirklich nutzbringend, wenn in der jeweiligen Metropolregion *Headquarters* international agierender Unternehmen vorhanden sind, die auch bereit sind, gezielt eigene Ressourcen für die Entwicklung der Metropolregion einzusetzen. Wenn das Interesse der Akteure an der Metropolregion eher gering ist, sich gegebenenfalls sogar darauf beschränkt, „nicht außen vor zu bleiben", so sei der Misserfolg eigentlich bereits programmiert, weil diese Motivation nicht ausreiche, um für hinreichende Investitionen in die Zukunft der Metropolregion zu sorgen.

Fürst betonte, dass bislang keinerlei empirische Evidenz für die Effektivität von Metropolregionen vorliege. Immerhin sei für die Metropolregionen Rhein-Neckar und Stuttgart zu konstatieren, dass dort klare Aktionsprogramme und gemeinsame große Infrastrukturprojekte in die Wege geleitet wurden, von denen gegebenenfalls positive Effekte ausgehen könnten.

In der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion wurde unter anderem die Frage diskutiert, inwieweit für eine erfolgreiche Installierung von Metropolregionen Maßnahmen der Länder und des Bundes erforderlich seien, oder ob der Prozess weiterhin allein den Kommunen überlassen werden sollte.

Effekte der Erreichbarkeit von Metropolregionen

Florian Allroggen präsentierte in seinem Vortrag eine gemeinsam mit *Robert Malina* an der Universität Münster durchgeführte empirische Studie über regionale Wachstumseffekte von Flughäfen und Luftverkehr in Deutschland. Durch die Errichtung von Flughäfen werde die Erreichbarkeit einer Region *(accessability)* gefördert, die eine positive Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Region haben könne.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass im Falle der kleinen regionalen Flughäfen die bloße Bereitstellung des Flughafens einen positiven wirtschaftlichen Effekt für die Region habe, weil ihre Erreichbarkeit und damit ihre Attraktivität als Unternehmensstandort erhöht würden. Eine Ausweitung des Flugverkehrs auf diesen Flughäfen sei zwar für private Nutzer (etwa für Erholungsreisen), aber weniger für Geschäftsreisende relevant. Bei großen und mittelgroßen Flughäfen habe hingegen ein Angebot zusätzlicher Flugverbindungen auch zusätzliche positive wirtschaftliche Effekte für die Regionen im Einzugsbereich.

Im Anschluss an den Vortrag wurde unter anderem die Frage diskutiert, wie die Umweltkosten eines Flughafens zu bewerten seien. Mit der Frage wurde auch Bezug auf die Tatsache genommen, dass sich in einigen Fällen vor allem seitens direkter Anwohner erheblicher Widerstand gegen die Gründung oder Erweiterung von Flughäfen regt. Allroggen ging kurz auf die Problematik der Messung von Umweltkosten von Flughäfen ein und erläuterte am Beispiel des Lübecker Flughafens, dass in der Bevölkerung oft auch eine breite Unterstützung für die Gründung bzw. die Erhaltung eines Flughafens herrschen kann.

Vernetzung als Kriterium zur Abgrenzung und Identifikation von Metropolregionen

Inwieweit verschiedene Ansätze zur Messung der Vernetzung von Gebietseinheiten oder Unternehmen zur Bestimmung von Metropolregionen herangezogen werden können, war Gegenstand zweier weiterer Vorträge. Vorgestellt wurden zum einen die Abgrenzung von Metropolregionen als funktionale urbane Regionen anhand von Pendlerbeziehungen, zum anderen die Bestimmung von Knotenpunkten im Städtenetz anhand der Vernetzung in Multi-Standort-Unternehmen. Beide Vorträge bezogen sich auf die Metropolregion Mitteldeutschland (eine Erweiterung der bis Ende 2009 existierenden Metropolregion Sachsendreieck).

Dr. Albrecht Kauffmann vom IWH stellte Ergebnisse einer Untersuchung von Pendlerverflechtungen in der Metropolregion Mitteldeutschland vor,[5] die sich zum einen auf die Frage der Kohäsion der Kernstädte, zum anderen auf die Größe der aus ihnen und ihrem Umland gebildeten, jeweils polyzentrischen funktionalen Stadtregion konzentriert. Dabei wurde deutlich, dass zwischen den Städten dieser Metropolregion in ihrer ursprünglichen Konstellation (Chemnitz, Dresden, Halle, Leipzig und Zwickau), aber auch zwischen den Thüringer Städten (Erfurt, Weimar und Jena) starke Verflechtungen bestehen, die den historisch gewachsenen Beziehungen dieser Ballungsräume entsprechen. Die räumliche Abgrenzung des Umlands der elf Kernstädte[6] anhand des größten Auspendleranteils der Umlandgemeinden in eine der Kernstädte variiert stark – je nach den angewendeten Kriterien. Laut Kauffmann sollten die Mindestauspendler-Anteile für die Zuordnung zu einer Metropolregion deutlich niedriger gewählt werden, als dies bei der Identifikation von Arbeitsmarktregionen üblich ist, um die weiter reichenden Pendlerverflechtungen Hochqualifizierter höher zu gewichten. In jedem Fall ergebe sich eine im Hinblick auf Bevölkerung und Fläche sehr große Region, bei allerdings nur dünner Besiedlung und deutlicher Separierung mehrerer Subnetze von Städten und Kommunen. In der Diskussion wurden kleinräumigere Kooperationen zwischen den enger verflochtenen Kernstädten sowie die Option der Bildung einer „Regiopole Magdeburg“ angeregt.

Prof. Dr. Alain Thierstein von der Technischen Universität München präsentierte einen Ausschnitt aus einem Forschungsvorhaben,[7] das sich mit Standortverflechtungen in der Wissensökonomie und ihren Folgen für die deutschen Metropolregionen befasst. Moderne Städtehierarchien seien zunehmend durch den Grad der Vernetzung der dort ansässigen Zentralen oder Filialen national und international operierender Unternehmen begründet, und zwar auf unterschiedlichen Ebenen: Hier sei insbesondere die Produktion höherwertiger Unternehmensdienste und Hightech-Güter relevant, die sich national und international auf relativ wenige Standorte konzentrieren. Die Größe einer Region, gemessen an ihrer Einwohnerzahl, decke sich nicht immer mit ihrer Bedeutung als Standort wissensintensiver Produktion. Thierstein verdeutlichte sein Anliegen auch anhand der Gegenüberstellung karto-

---

5 *Kauffmann, A.:* „Metropolregion Mitteldeutschland“: Welche Verflechtungen bestehen zwischen den Zentren?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (2), 2011 (erscheint demnächst).

6 Zu den genannten kommen noch Dessau-Roßlau, Gera und Magdeburg.

7 *Thierstein, A.; Lüthi, S.; Bentlage, M.; Langer-Wiese, A.:* Standortverflechtungen der Wissensökonomie und die Folgen für deutsche Metropolregionen. Über räumliche Hierarchien und lokalisierte Wertschöpfungssysteme in Deutschland. Forschungsbericht. München: Lehrstuhl für Raumentwicklung. TU München (erscheint demnächst).

graphischer Darstellungen der geographischen Nähe einerseits und der funktionalen Proximität andererseits, letztere ermittelt auf der Grundlage der Häufigkeit von Netzwerkbeziehungen in Unternehmen, in die die Städte als Unternehmensstandorte eingebunden sind. Eine im Hinblick auf die Metropolregion Mitteldeutschland interessante Aussage betraf die Vernetzung innerhalb von Unternehmen mit mehreren Standorten: Einerseits sind die bestehenden Vernetzungen zwischen den an diesen Standorten befindlichen Unternehmensteilen in Mitteldeutschland relativ schwach. Dafür zeigten sich deutlich stärkere Vernetzungen innerhalb von Unternehmen mit Standorten in Mitteldeutschland und in Berlin.

In der Diskussion wurde deutlich, dass eigene Primärerhebungen bei der Ermittlung von Unternehmensbeziehungen oft die einzige empirische Quelle darstellen. Über die Eignung der aus dem EU-Forschungsprojekt ESPON 1.1.1 übernommenen Methodik zur Abgrenzung funktionaler Regionen wurde kontrovers diskutiert.

Neue Aufschlüsse über die Dynamik lokaler Entwicklungsprozesse

Eine zusammenfassende Betrachtung der Vorträge und Diskussionen lässt deutlich werden, dass mit Hilfe einer Analyse von Vernetzungen und Kooperationen wesentliche Beiträge für das bessere Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung von Städten geleistet werden können. Im Ergebnis der Veranstaltung konnte der Tagungsleiter, *Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld* vom IWH, zudem eine große Übereinstimmung aller Teilnehmer dahingehend konstatieren, dass hinsichtlich der konkreten Wirkungszusammenhänge noch erheblicher Bedarf an weiterer Forschung gegeben ist. Nicht jede Form der Vernetzung und ihrer politischen Förderung sind per se erfolgversprechend.

Den festlichen Rahmen der Tagung bildete am Abend des ersten Veranstaltungstages ein Empfang im Romanischen Gewölbe des Händelhauses zu Halle, der auf Einladung der *Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland* stattfand.[8] Ihr sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt.

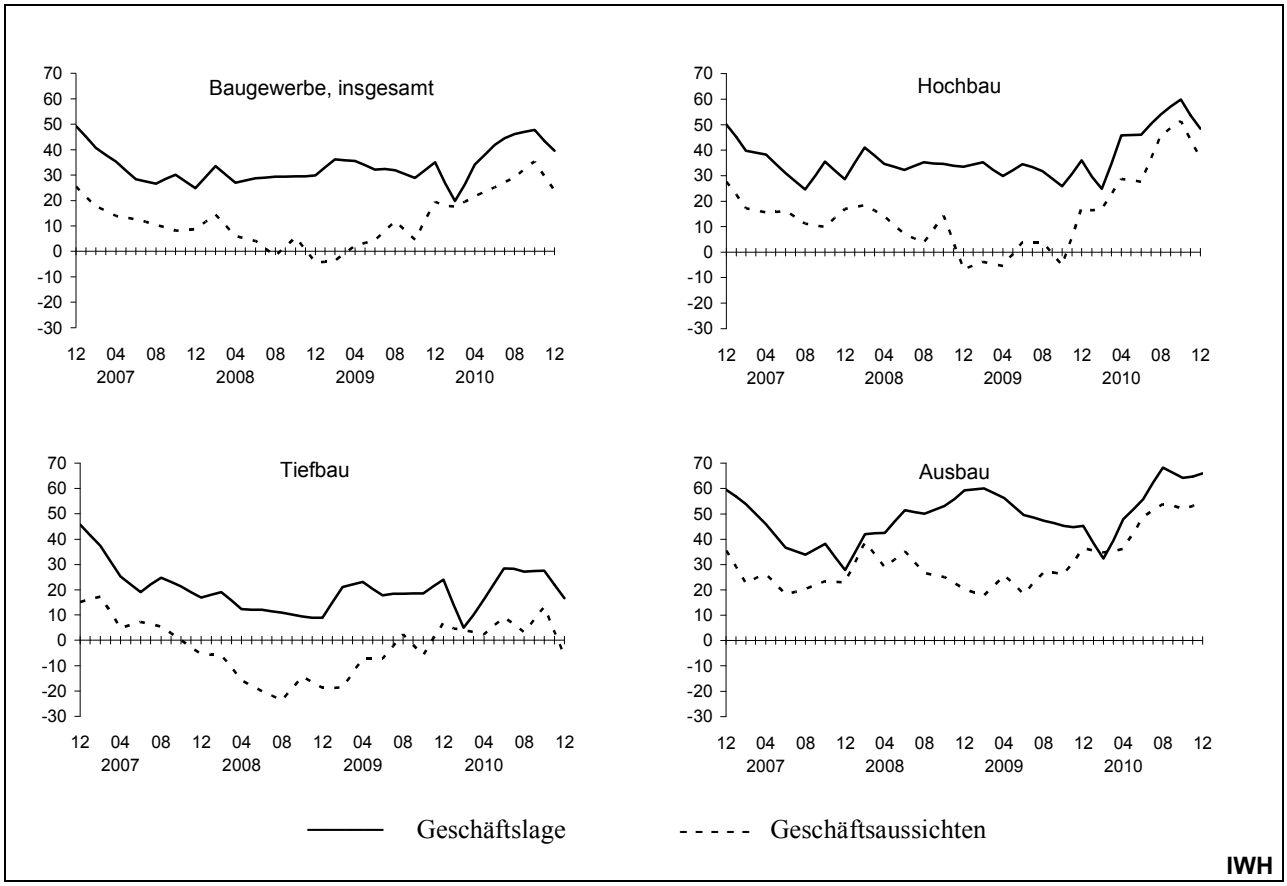
[8] In der Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland engagieren sich Unternehmen, Kammern und Städte aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen für die wirtschaftliche Entwicklung in der mitteldeutschen Region, nicht zuletzt durch Förderung der Clusterbildung und der weiteren Vernetzung der wirtschaftlich relevanten Akteure. Vgl. http://www.mitteldeutschland.com/.

IWH-Bauumfrage im Dezember 2010: Stimmung im Hochbau und Tiefbau trübt sich ein

Das Geschäftsklima im ostdeutschen Baugewerbe hat sich im Dezember deutlich eingetrübt. Die Geschäftslage zum Jahresende bewerten die knapp 300 vom IWH befragten Bauunternehmen wohl vor allem wegen der witterungsbedingt hohen Zahl von Ausfalltagen erheblich schlechter als in der vorangegangenen Befragung im Oktober. Der Saldo aus den guten und schlechten Urteilen fällt um 20 Punkte und erreicht in etwa das Niveau vom Vorjahreszeitraum. Aber auch die Geschäftsaussichten bis zur Jahresmitte 2011 werden schlechter bewertet als im Oktober. Das trifft im besonderen Maße für den Tiefbau und den Hochbau zu (vgl. Tabelle).

Das Nachlassen der Euphorie vom Sommerhalbjahr 2010 spiegelt sich auch in der saisonbereinigten Darstellung von Lage und Aussichten wider (vgl. Abbildung). Da der Kälteeinbruch und die damit einhergehenden Produktionsausfälle am Bau in diesem Winter einen Monat früher als in den zurückliegenden Jahren eingetreten sind, dürfte die tatsächliche konjunkturelle Lage am Jahresende allerdings etwas unterzeichnet sein. Mit Hilfe der Saisonbereinigungsverfahren können nur die langfristig üblichen jahreszeitlichen Schwankungen herausgefiltert werden. Darüber hinausgehende Produktionsrückgänge werden der Konjunktur zugerechnet. Es ist allerdings zu erwarten, dass die witterungsbedingt eingestellten Bauprojekte nach Abklingen des Winters zügig aufgeholt werden. Die weniger optimistischen Aussichten bis zum Sommer 2011 deuten allerdings darauf hin, dass neben der Unsicherheit über die Länge und Strenge des Winters wohl auch eine etwas weniger dyna-

Abbildung:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe
- Salden[a], saisonbereinigte Monatswerte -



[a] Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

mische Nachfrage erwartet wird. Die Konjunkturprogramme laufen aus und die Impulse nach Überwindung der Krise werden zunehmend moderater.

Nach Sparten betrachtet sind sowohl von dem Wintereinbruch als auch der Nachfragedämpfung im besonderen Maße der Hoch- und der Tiefbau betroffen. Aufgrund der hohen Frostempfindlichkeit vieler Bauarbeiten fällt der Lageindikator gegenüber der vorangegangenen Befragung im Oktober in beiden Sparten um elf Saldenpunkte (vgl. Abbildung). Das Niveau entspricht aber in etwa dem vom Frühjahr 2010, als der Aufschwung nach der Krise zu tragen begann. Bei den Aussichten bis zum Sommer zeichnen sich gewisse Unterschiede ab. Der Stimmungsabfall fällt im Tiefbau kräftiger aus, und das Indikatorniveau sinkt unter das vom vorangegangenen Frühjahr. Das Zurückfahren der öffentlichen Ausgaben kann im Tiefbau wegen ihres großen Gewichts nicht von den gewerblichen Tiefbauprojekten ausgeglichen werden, während im Hochbau der anziehende Wohnungsbau die rückläufige Zahl öffentlicher Projekte zum Teil kompensieren kann.

Brigitte Loose
(Brigitte Loose@iwh-halle.de)

Tabelle:
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe im Dezember 2010
- Ursprungswerte im Vergleich mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode -

Gruppen/Wertungen	**gut (+)**			**eher gut (+)**			**eher schlecht (-)**			**schlecht (-)**			**Saldo**		
	Dez. 09	Okt. 10	Dez. 10	Dez. 09	Okt. 10	Dez. 10	Dez. 09	Okt. 10	Dez. 10	Dez. 09	Okt. 10	Dez. 10	Dez. 09	Okt. 10	Dez. 10
	- in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe[a] -														
Geschäftslage															
Baugewerbe insgesamt	***25***	***37***	***28***	***47***	***46***	***46***	***24***	***13***	***20***	***4***	***4***	***6***	***44***	***67***	***47***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	22	33	20	49	49	50	26	14	24	3	5	6	41	63	40
darunter[b]															
Hochbau	23	35	20	47	52	55	28	12	19	1	1	6	42	75	51
Tiefbau	19	31	19	51	47	47	25	16	28	5	7	7	39	54	31
Ausbaugewerbe	34	51	49	42	39	36	18	8	9	7	2	6	51	81	70
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	30	43	33	38	44	38	25	10	19	7	4	10	36	74	41
20 bis 99 Beschäftigte	26	37	27	46	47	48	24	12	19	4	4	6	44	68	50
100 und mehr Beschäftigte	16	31	24	59	47	50	22	19	24	3	3	3	51	56	47
Geschäftsaussichten															
Baugewerbe insgesamt	***12***	***17***	***13***	***32***	***42***	***33***	***43***	***34***	***41***	***13***	***7***	***14***	***−11***	***18***	***−8***
Zweige/Sparten															
Bauhauptgewerbe	9	12	6	32	44	33	47	36	44	12	8	16	−18	12	−21
darunter[b]															
Hochbau	10	17	10	32	48	40	46	28	37	13	6	13	−17	32	0
Tiefbau	7	9	4	32	41	27	50	42	50	12	9	20	−22	0	−38
Ausbaugewerbe	22	29	32	34	40	34	30	25	29	15	6	6	12	37	31
Größengruppen															
1 bis 19 Beschäftigte	9	19	12	25	33	37	49	43	37	17	5	13	−32	5	−1
20 bis 99 Beschäftigte	17	17	15	29	47	32	44	28	43	11	8	10	−9	27	−6
100 und mehr Beschäftigte	5	13	9	49	42	32	32	39	38	14	7	21	8	10	−18

[a] Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 – Ergebnisse gerundet. – [b] Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Bauumfragen.

IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy
am 14. und 15. Februar 2011

The Halle Institute for Economic Research and INFER are organizing a workshop on applied economics and economic policy on February 14th and 15th 2011 to be held in Halle (Saale). The workshop provides a platform to discuss applied economic research. We invite empirical and theoretical contributions from all fields of macroeconomics and international economics with an emphasis on a high relevance for economic policy. The special topic of the workshop will be "The Empirics of Imbalances and Disequilibria".

Durchgeführte Veranstaltungen:

Experten-Workshop „Zur Zukunft der Energiepreise – globale Szenarien, Zusammenhänge und Trends"
am 10. Dezember 2010

Das IWH führt in Kooperation mit dem IÖR Dresden und dem E.ON ERC an der RWTH Aachen das Projekt „Energetische Aufwertung und Stadtentwicklung (EASE)" durch. Energiepreise und ihre zukünftige Entwicklung sind eine wesentliche Determinante für Investitionsentscheidungen im Bereich der energetischen Sanierung des Immobilienbestandes, wie auch in vielen weiteren Sektoren einer Volkswirtschaft. Im Rahmen des Experten-Workshops wurden die globalen Zusammenhänge der Energieversorgung im Spannungsfeld zwischen zukünftiger Energieträgerstruktur und Energienachfrageentwicklung, umweltpolitischen Herausforderungen und technologischen Möglichkeiten aufgezeigt und diskutiert.